BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 12 Köln, 25. Dezember 1958 **Preis DM 1,50**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Klaus Naumann

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Berlin — Anfang oder Ende:„* S. 877
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die Zeiger rücken vor"* S. 890
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Der Wettlauf mit der Zeit"* S. 898
- *Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, „Das Berliner Problem und die politische Weltlage"* S. 903
- *Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig, „Mit offenem Visier"* S. 912
- *Dr. Hans Henrich, „Gedanken von einer Reise in die Sowjetunion"* S. 917
- *Pastor Herbert Mochalski, „Sterben für Berlin?"* S. 924
- *Matthias Joseph Mehs, „Jetzt geht es um's Ganze"* S. 927
- *Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Halle/S., „Bemerkungen zur Deutschland-Frage und zum Berliner Problem"* S. 929
- *Rolf von Schoen, „Politik der Stärke — wohin?"* S. 932
- *Prof. J. Korowin, Moskau, „Verändert der Rapacki-Plan das Kräfteverhältnis in Europa?"* S. 935
- *Dr. Irene Hilgers-Hesse, „Indonesien im Umbruch"* S. 937
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 940

Dr. Achim von Borries

Berlin — Anfang oder Ende?

Bonns Konzeption ist unhaltbar

Die sowjetische Berlin-Initiative von Ende November hat den Westen alarmiert und vor die Notwendigkeit gestellt, seine bisherige Deutschlandpolitik zu überprüfen und weitgehend zu modifizieren, will er nicht unabsehbare weltpolitische Verwicklungen heraufbeschwören. Die Note aus Moskau hat die Westmächte und die Bundesrepublik der weltpolitischen Wirklichkeit konfrontiert. Auffallend schnell ist denn auch in diesem Falle das sonst übliche Gerede von ‚bloßer Propaganda' verstummt. Denn es zeigt sich, daß es der Sowjetregierung mit dem Abbau der Positionen des Kalten Krieges in Berlin selbst und mit der Forderung nach Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten durchaus ernst ist.

Und es ist gleichzeitig offenbar geworden, wie fiktiv längst die westlichen Positionen in der Deutschland-Frage sind, zu deren Wortführer sich vor allem Bonn gemacht hatte. Ganz offensichtlich geht es der Sowjetunion bei ihrem Vorstoß in der Berlin-Frage darum, die Deutschland-Frage selbst wieder zur Diskussion zu stellen, und zwar so, daß das F a k t u m der zwei deutschen Staaten sich nicht mehr umgehen läßt. Der Zusammenhang von Berlin-Problem und Deutschland-Frage ist denn auch im Westen durchweg betont worden. Wichtiger aber als die Frage, o b dieser Zusammenhang begriffen und anerkannt wird, ist die andere, w i e er verstanden wird. Die sowjetischen Vorschläge liegen ganz auf der Linie der Moskauer Deutschland-Politik der letzten Jahre, der man Konsequenz nicht wird absprechen können. Und sie entbehren darum auch durchaus des ihnen von einer dramatisierenden Propaganda angedichteten „sensationellen" oder gar „brutalen" Charakters, oder vielmehr: als sensationell konnten sie nur von den Bewohnern des weltpolitischen Wolkenkuckucksheimes am Rhein und von gewissen professionellen nationalpolitischen Hysterikern in Hamburg empfunden werden. Daß die westliche Propagandamaschine sofort auf den Slogan „Berlin ist bedroht" umschaltete, nimmt nicht wunder, so wenig wie die Bonner Behauptung, der Kreml wünsche eine weitere Teilung Deutschlands. Die Wirklichkeit widerlegt diese Propaganda, die zum Kalten Krieg gehört. Das zu erkennen, bedarf es freilich einer nüchternen Analyse der Motive, Anlässe und Ziele der sowjetischen Note sowie der Berliner Situation selbst. Eine solche unvoreingenommene Betrachtung dürfte aber unter den heutigen Umständen auch eher im deutschen Interesse liegen als die stereotype Wiederholung propagandistischer Redensarten. Zunächst: „bedroht" ist nicht die Freiheit Westberlins, sondern — die bisherige westliche und westdeutsche Deutschland-Politik auf der Basis der Nato-Konzeption, die von der Zweiteilung Deutschlands faktisch profitiert! Der sowjetische Ministerpräsident hat mit keinem Wort und auch nicht ‚zwischen den Zeilen' irgendeine „Eingliederung" Westberlins in die DDR gefordert oder etwa bereits angekündigt. Er hat vielmehr das Recht Westberlins auf freie politische Selbstbestimmung zu garantieren ausdrücklich sich bereit erklärt. In seiner Note findet sich ferner ein außerordentlich wichtiger Hinweis auf die Bereitschaft der Sowjetunion, die V e r e i n t e n N a t i o n e n zugunsten einer solchen umfassenden Garantie des Status der „Freien Stadt" Westberlin einzuschalten. Ferner: die sowjetische Initiative zielt eindeutig auf einen Abzug aller Besetzungstruppen aus den beiden Teilen Berlins und auf eine militärpolitische Neutralisierung Westberlins ab. Es ist abermals reine Propaganda, wenn daraus eo ipso eine akute „Bedrohung" eines „wehrlosen" Westberlin abgeleitet wird. Denn der sowjetische Vorschlag schließt nicht aus, daß die Freie Stadt Westberlin eine eigene Miliz aufstellt, die jede handstreichartige Besetzung ihres Territoriums unmöglich machen würde. Heute ist die Westberliner Position der Westmächte ganz unzweifelhaft mit der schweren Hypothek belastet, Exponent der Politik des Kalten Krieges gegen die DDR zu sein. Das Schlagwort von der „Frontstadt" Berlin ist im Westen geprägt worden, und dieser Westen hat sich oft genug damit gebrüstet, Westberlin sei ein „Vorposten der Freiheit", ein „Pfahl im Fleisch der Sowjetzone". Daß es ein riesiges Spionagezentrum ist, wird von westlicher Seite nicht bestritten und belastet zweifellos die Berlin-Frage außerordentlich. Anders gesagt: der Westberliner militärische Brückenkopf der Westmächte war und ist der am weitesten nach Osten vorgeschobene Exponent jener Nato-Politik, deren erklärtes Ziel der Ausbau Westdeutschlands zum Atomwaffen-Stützpunkt und die Nichtanerkennung, ja die Liquidation der DDR (durch ‚freie Wahlen') ist. Die Unhaltbarkeit dieser Konzeption, die den Kalten Krieg auf deutschem Boden verewigt, läßt sich heute nicht mehr verheimlichen. Ihre Fortsetzung würde ein

Spiel mit dem Feuer sein. Die sowjetische Berlin-Erklärung mit all ihren späteren Konsequenzen stellt gar nichts anderes dar als eine sehr entschiedene Reaktion auf die westdeutsche Atombewaffnung und die anhaltende Desavouierung der DDR. Wenn die Westberliner bisher — sei es mit Recht oder nicht — die westliche Besatzung als Schutz ihrer Freiheit empfunden haben, so ist nunmehr zu fragen, wie diese Freiheit sich in Zukunft o h n e die Hypotheken des Kalten Krieges schützen läßt. Ist auf diese Frage eine befriedigende Antwort zu finden, so besteht tatsächlich kein Anlaß mehr für eine weitere Anwesenheit westlicher Truppen in Westberlin. Die Wahlen vom 30. November haben dort zu einer beinahe einhelligen Ablehnung der SED durch die Bevölkerung geführt. An dieser eindeutigen Entscheidung werden weder die Sowjetregierung noch die Regierung der DDR vorbeigehen können. Denn bei aller Berücksichtigung der gewiß außergewöhnlichen propagandistisch-psychologischen Umstände vor dieser Wahl ist es doch unsinnig und reine Propaganda, ein solches Ergebnis durch das Gerede von ‚Terror' usw. diskreditieren zu wollen. Andererseits ist es nicht minder unsinnig, wenn von westdeutscher Seite der Ausgang dieser Wahlen mit einem Triumphgeheul, das nur die tiefe eigene politische Unsicherheit verdecken soll, als „Protest gegen Moskau" oder „Demonstration des Freiheitswillens" bezeichnet wird: denn gerade das Recht der Selbstbestimmung durch freie Wahlen hat ja die sowjetische Note den Westberlinern durchaus zuerkannt. Die Chrustschow-Erklärung enthält ferner einen Hinweis auf die Notwendigkeit eines Zuganges von der Bundesrepublik in die vorgeschlagene „Freie Stadt" — freilich unter der Voraussetzung einer de facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. Das aber heißt: sowohl das Problem der künftigen Sicherheit Westberlins wie auch das seiner wirtschaftlichen Förderung machen heute Verhandlungen Bonns mit der Ostberliner Regierung unvermeidlich. Ebenso unvermeidlich sind, wie man im Westen begriffen hat, umfassende Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über Berlin u n d das Deutschland-Problem überhaupt. Die Frist von sechs Monaten gibt genügend Gelegenheit für solche Verhandlungen. Nicht an ihrem Anfang, sondern an ihrem Ende wird der Abzug auch der westlichen Truppen aus Berlin stehen. Die sowjetische Note läßt gewiß manche Frage offen. Keine westliche Regierung kann es sich leisten, alle sowjetischen Vorschläge unbesehen pauschal zu akzeptieren. Und man wird, realistischerweise, dergleichen in Moskau auch kaum erwartet haben. Aber ebenso wenig kann der Westen die Note rundweg ‚ablehnen' und seine bisherige Politik der ständig wachsenden Risiken bei ständig wachsenden politischen Mißerfolgen einfach fortsetzen. Sein Entspannungs- und Friedenswille wird in den nächsten Monaten mehr denn je erprobt werden.

Das gilt aber in ganz besonderem Maße von der Bundesrepublik. Auch sie wird nicht darum herumkommen, jetzt endlich ihre Aufrüstungs- und Wiedervereinigungskonzeption gründlich zu revidieren, will sie nicht alle begrenzten Wiedervereinigungs-Chancen endgültig verspielen. Eine befriedigende Klärung der Berliner Frage ist im Interesse aller Deutschen. Sie bedarf aber einer d e u t s c h e n I n i t i a t i v e. Eine ‚deutsche Lösung' dieses Problems, die keineswegs einseitig die DDR begünstigt, erscheint durchaus möglich. Allerdings nur dann, wenn auch von westdeutscher Seite der Zusammenhang des Berlin- und des Deutschland-Problems anerkannt wird. Unter dieser Voraussetzung kann die sowjetische Note für die Deutschen zum Anlaß einer neuen realistischen Wiedervereinigungspolitik werden, in deren Rahmen auch der Status Berlin zu regeln sein wird. N u r so läßt sich eine „Dreiteilung" Deutschlands u n d eine Vertiefung der bisherigen Spaltung verhindern. Es ist für die Westdeutschen einigermaßen beschämend, daß solche realistischen Konzeptionen heute bereits von einsichtigen Politikern und

Publizisten in den westlichen Ländern offen diskutiert und propagiert werden, während derartige Erörterungen der deutschen nationalpolitischen Lebensfragen in der Bundesrepublik noch immer als verräterische ‚Abweichungen' von der Generallinie gelten, die Bonn diktiert! Man begreift auch im Westen in zunehmendem Maße, daß eine Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten unter den heutigen Umständen nicht allein die beste nationale (deutsche), sondern auch die einzig denkbare internationale Lösung des Deutschland-Problems ist.

Die internationale Lösung

Bereits die nervösen westlichen Reaktionen auf die Ankündigung der folgenschweren Berlin-Erklärung durch den sowjetischen Ministerpräsidenten ließen schlagartig erkennen, wie groß die Gegensätze und Spannungen innerhalb des westlichen Lagers hinsichtlich der künftigen Deutschland-Politik der Nato-Mächte längst sind. Die sowjetische Initiative in der Berlin-Frage wirkte dabei als auslösendes Moment. Und daß auch die eingeschworensten Fanatiker der bisherigen Politik des Kalten Krieges auf deutschem Boden und damit der Nichtkenntnisnahme der DDR angesichts der Realitäten, denen sie nun durch die Sowjetregierung unmißverständlich konfrontiert worden sind, nach den Möglichkeiten eines verklausulierten Rückzuges zu schielen beginnen, machte vor allem die Erklärung von Staatssekretär Dulles offenbar, man werde eben gegebenenfalls auch mit „Vertretern Pankows" in der Berlin-Frage verhandeln und diese dann einfach als „Beauftragte der Sowjets" ansehen. Diese Verlautbarung war nicht weniger als ein Eingeständnis des Fiaskos der bisherigen amerikanischen Deutschland-Politik, und sie rief denn auch in Bonn Konsternation hervor. Die sofort zur Beruhigung der Bundesregierung inszenierten Abschwächungs- und Beschwichtigungsmanöver Washingtons konnten daran nichts mehr ändern. Die sowjetische Note vom 27. November selbst rief dann vollends alle jene Kritiker der bisherigen Nato-Politik auf den Plan, die seit langem vor der sturen Fortsetzung dieses Kurses gewarnt und ein Eingehen auf die Disengagement-Konzepte Kennans und Rapackis gefordert hatten. Wie immer die erste Antwort auf Chrustschows Plan ausfallen mochte — Einigkeit besteht in den westlichen Hauptstädten darüber, daß eine gründliche Überprüfung der Nato-Politik selbst heute nicht mehr zu vermeiden ist und daß nur unter dieser Voraussetzung eine auch für den Westen tragbare Lösung des Berliner Problems möglich sein wird. So hat die sowjetische Erklärung als eine Herausforderung gewirkt und in der öffentlichen Meinung (die nicht zu Diskretion und Zurückhaltung verpflichtet ist wie die Regierungen selbst) zu sehr offenherzigen Erwägungen geführt. Es wird heute durchweg zugegeben, daß die atomare Bewaffnung Deutschlands für die Sowjetunion ein Schlüsselproblem ist und für den Westen eine schwere Hypothek bei allen Verhandlungen über Abrüstung, Atomversuchs-Stop usw. darstellt. Die Erklärung von Senator Humphrey in Genf, angesichts der Drohung mit der westdeutschen Atomrüstung zögere die Sowjetunion, sich auf ein Abkommen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen einzulassen, bestätigte diese Ansicht. Es kommt hinzu, daß man in weiten Kreisen des Westens im eigenen Interesse den Aufstieg der Bundesrepublik zur Atommacht mit wachsendem Unbehagen verfolgt und dieses unberechenbaren Verbündeten mit seinen nationalen Aspirationen kaum noch froh wird.

Zum Sprecher solcher Erwägungen hat sich in letzter Zeit vor allem Aneurin Bevan gemacht. Bevan war es auch, der schon am 30. November angesichts der sowjetischen Berlin-Note die gesamte westliche Deutschland-Politik für unhaltbar erklärte und die Westmächte geradezu der Doppelzüngigkeit bezichtigte. In der

Sonntagszeitung News of the World erklärte er: „Die Westmächte haben starr an ihrer Formel festgehalten, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Möglichkeit haben muß, sich seine Verbündeten selbst auszuwählen. Dies bedeutet praktisch, daß die Sowjetunion aufgefordert wird, einem wiedervereinigten Deutschland zuzustimmen, daß sich an die westliche Allianz anschließt. Jeder, der Anspruch darauf erhebt, ernstgenommen zu werden, weiß, daß diese Formel ein Rezept für die fortgesetzte Teilung Deutschlands ist, nicht für seine Wiedervereinigung. Kein normaler Mensch kann sich vorstellen, daß die Sowjets diesem Konzept beipflichten würden. Die Wahrheit ist, daß die westliche Demokratie zufrieden war, untätig zu sein. ... Die Konzeption eines neutralisierten Deutschlands mit einem ähnlich neutralisierten Gürtel zwischen sich und der Sowjetunion wird in der unmittelbaren Zukunft mehr und mehr Aufmerksamkeit erfordern ..." Bevan warnte die Engländer vor der Annahme, ein atomar bewaffnetes Deutschland werde ein „unterwürfiger Partner" in der Nato sein, und anerkannte sowohl das polnische wie das sowjetische Mißtrauen gegenüber der rüstungs-wütigen Bundesrepublik. In demselben Sinne äußerte sich der Labourführer dann Anfang Dezember in der außenpolitischen Unterhausdebatte; er forderte eine ernsthafte Diskussion des Rapacki-Planes und erklärte, ein Rückzug der fremden Truppen aus Mitteleuropa sei ein mächtiger Beitrag zur Sache des Friedens, dagegen sei es unrealistisch, den notwendigen Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems mit der deutschen Wiedervereinigung und diese mit „Freien Wahlen" beginnen zu wollen. Die angesehene Sonntagszeitung Observer empfahl dringend eine realistische, das heißt etappenweise Lösung des deutschen Problems unter aktiver Mitwirkung der Deutschen selbst: „Wir sollten bereit sein, unsere Aufrichtigkeit zu beweisen, indem wir Vorschläge wie den Rapacki-Plan, der, auch wenn er das deutsche Problem selbst nicht löst, doch eine Annäherung daran zu bieten scheint, ernst nehmen und indem wir in die westdeutsche Regierung dringen, nicht zu starr zu sein in der Weigerung, diesen Gegenstand mit den Ostdeutschen zu besprechen, auch wenn sie die ostdeutsche Regierung nicht anerkennen können." Verhandlungen zwischen beiden Teilen Deutschlands und den Großmächten seien jetzt notwendig, und zwar über das Problem der europäischen Sicherheit wie über das der deutschen Einheit: „Je früher solche Besprechungen beginnen, desto besser."

Hier klang bereits die nur allzu gerechtfertigte Befürchtung durch, die Bonner Regierung werde im westlichen Lager all ihren Einfluß geltend machen, um starrsinnig solche konstruktiven Verhandlungen zwischen West und Ost zu verhindern. Selbst der Vorschlag einer Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten als erste Form einer Wiedervereinigung ist heute im Westen keineswegs mehr tabu, sondern wird von immer weiteren Kreisen als die einzige realistische, weil den Interessen aller Beteiligten entsprechende Lösung des Deutschland-Problems ernstgenommen. Der Manchester Guardian wies besonders nachdrücklich auf die Einheit der beiden Komplexe Wiedervereinigung und Disengagement hin: „Herrn Chrustschows Vorschläge sollten nicht absolut und vollständig zurückgewiesen werden, denn sie enthalten einige Elemente einer möglichen Verständigung, falls sie mit Disengagement und Schritten für die deutsche Einheit verbunden sind. ..." „Die Berlin-Frage sollte im Zusammenhang mit Vereinbarungen über die Wiedervereinigung gelöst werden, selbst wenn diese Schritte nicht einen sofortigen Regimewechsel in beiden Teilen Deutschlands einschließen. ... Eine derartige Lösung läßt die Möglichkeit offen, daß nach einer Periode — entweder nach einer festgesetzten Zeit oder nach einer periodischen Überprüfung inerhalb der Konföderation der beiden Teile Deutschlands — ein einziges System mit freien Wahlen angenommen werden könnte. ..." Es

herrscht also weitgehend Übereinstimmung darüber, daß gerade die auch von Bonn noch immer erhobene Forderung „Freie Wahlen zuerst" überhaupt jeden Fortschritt in der deutschen Frage blockiert. Und schließlich Walter Lippman, der führende Nonkonformist unter den angesehenen außenpolitischen Publizisten der USA: „Realistisch gesehen und nicht durch die Dämpfe der offiziellen Formel, lautet die Alternative einerseits Bildung einer Art Doppelnation und andererseits Fortdauer der Teilung der deutschen Nation. .. Schon finden viel mehr Gespräche zwischen den beiden Gruppen von Deutschen statt, als die offizielle Politik der Nichtanerkennung ins Auge faßt, und es kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß es noch viel mehr Gespräche geben würde, wenn es nicht den Respekt und die Furcht vor Dr. Adenauer gäbe. ... Unser Gedanke freier Wahlen mit nachfolgender Integration Ostdeutschlands ist keine Lösung. Zunächst einmal werden die Russen freien Wahlen nicht zustimmen. Außerdem wünschen die Westdeutschen keine Integration. Und darüber hinaus wünschen sehr viele Ostdeutsche, die Sozialisten, wenn auch keine Kommunisten sind, sehr wahrscheinlich keine Integration und würden dagegen kämpfen" (in der „New York Herald Tribune"). All das sind unwiderlegbare Bankerott-Erklärungen der bisherigen Deutschland-Politik. Man wird den hier zitierten Kritikern dieser Politik weder eine besondere Sympathie für den Kommunismus oder die Sowjetunion noch eine besondere Antipathie gegen die Deutschen nachsagen können. Sie registrieren lediglich ohne Illusionen die Tatsachen und machen darauf aufmerksam, wie fiktiv und wie heuchlerisch das Wiedervereinigungsversprechen der westlichen Regierungen an Bonn ist. Und gerade dieses Wiedervereingungsversprechen wurde doch bisher von der Bundesregierung als ihre nationalpolitische Trumpfkarte ausgegeben: mit der Anerkennung und Unterstützung des von Anfang an höchst fragwürdigen „gesamtdeutschen Anspruchs" Bonns, der heute wirklich nur noch ein politischer Anachronismus ist, soll angeblich die Nato-Partnerschaft der Bundesrepublik honoriert worden sein. Heute läßt sich nicht mehr übersehen, daß gerade das Bestehen auf dieser Politik eines mit moralistischen Phrasen verbrämten gesamtdeutschen Nato-Maximalprogrammes der sicherste Weg zur Bestätigung, keinesfalls aber einer zur Aufhebung der deutschen Teilung ist. Anders gesagt: Halten Bonn und seine Verbündeten weiterhin an ihrer alten Forderung: zuerst „Freie Wahlen" und dann bündnispolitische Entscheidungsfreiheit einer aus ihnen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung fest, so geben sie damit zu erkennen, daß sie irgendeine Wiedervereinigung nicht wollen, sondern daß ihnen an einer Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung in ihrer heutigen Form liegt, entgegen allen ihren leeren Beteuerungen. Denn eine Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten, die aus Verhandlungen dieser beiden Staaten miteinander und mit den Großmächten hervorgegangen ist, ist ein sowohl für den Westen wie für die Bundesrepublik in jeder Hinsicht tragbares Projekt, sofern dieser Westen und sofern Bonn wirklich an Entspannung und Frieden interessiert sind. Alle heute gegen diese Lösung erhobenen Einwände sind fadenscheinig und dienen nur dazu, die bisherige Politik zu rechtfertgen, ihr Scheitern zu vertuschen. Sofern die westlichen Regierungen eine deutsche Einigung über eine solche Konföderation zu blockieren oder zu verhindern versuchen, ist es Sache der Deutschen, ihnen gegenüber das nationale deutsche Interesse an einer Wiedervereinigung im Rahmen des Möglichen entschieden geltend zu machen. Es ist dabei darauf hinzuweisen, daß gerade dieses Projekt

sowohl dem Sicherheitsinteresse aller europäischen Mächte wie dem deutschen Sicherheits-Bedürfnis und Wiedervereinigungs-Verlangen Rechnung tragen würde. Die Bundesrepublik würde zwar aufhören, im bisherigen Sinne Nato-Vorposten zu sein. Aber dem würde die militärpolitische Neutralisierung auch der DDR entsprechen, was eine weitere Ausklammerung anderer Zonen Europas aus den bisherigen Bündnissystemen nicht ausschließt. Der von den Großmächten zu garantierende, d. h. in einem Friedensvertrag mit ihnen zu fixierende militärpolitische Status beider Teile Deutschlands würde Deutschland endlich von der fatalen Hypothek befreien, Aufmarschraum des Westens gegen den Osten und, entsprechend, des Ostens gegen den Westen zu sein. Beide Machtblöcke würden sich auf eine militärpolitische Kontrolle des deutschen Raumes mit den Deutschen einigen und dabei doch ihren Anspruch auf irgendeine politische Herrschaft in diesem Raum aufgeben. Die Glaubwürdigkeit gerade der westlichen Wiedervereinigungs-Beteuerungen wird sich in der nächsten Zeit daran erweisen, ob die Nato-Mächte endlich bereit sind, einen solchen deutschen Status mit beiden deutschen Staaten und mit der Sowjetunion auszuhandeln. Eine derartige Konföderation bedeutet einen weltpolitischen Kompromiß. Die sowjetische Regierung ist heute taktisch und psychologisch in der weit besseren Positon und bringt den Westen mit ihren Vorschlägen in immer größere Verlegenheit, weil sie einen solchen Kompromiß ganz offensichtlich anstrebt, während die Westmächte und Bonn noch immer auf utopischen Programmen bestehen. Die sowjetischen Erklärungen zum Deutschland-Problem lassen bei sachlicher, unvoreingenommener Betrachtung erkennen, daß die Sowjetunion auf eine nur sowjetische oder sowjetdeutsche Lösung des Deutschland-Problems verzichtet. Das muß, entgegen aller Propaganda, mit Nachdruck betont werden. Moskau hat niemals Ostberlin zu einem gesamtdeutschen Anspruch ermuntert oder einen solchen unterstützt, sondern es ist seit Jahr und Tag ausdrücklich bereit, von dem Faktum der zwei deutschen Staaten auszugehen, also auch die Existenz einer nicht-kommunistischen westdeutschen Bundesrepublik anzuerkennen und in einem Friedensvertrag zu garantieren. Aber es ist allerdings außerordentlich daran interessiert, die atomare Bewaffnung Westdeutschlands zu verhindern, und denkt nicht daran, Gesamtdeutschland der Nato auszuliefern. Die Verbindung des beträchtlichen militärisch-technischen Potentials der Bundesrepublik mit einer antikommunistischen westdeutschen Großmannsucht im Stile des Herrn Strauss dürfte diese große Skepsis und dieses Mißtrauen nur erhöhen, nachdem die Sowjets schon einmal mit Deutschland schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Sich diese Zusammenhänge vergegenwärtigen, heißt nicht „russische Politik" machen, sondern sich über die politischen und psychologischen Voraussetzungen jeder deutschen Politik klar werden. Gerade die Berlin-Aktion hat gezeigt, daß Moskau sich durch die westdeutsche atomare Bewaffnung und die Intransigenz Bonns gegenüber der DDR nicht erpressen läßt, sondern Druck mit Gegendruck beantwortet. Das heißt: sofern Bonn eine Fortsetzung des Kalten Krieges wünscht, wird es ihn bekommen, aber die Deutschen werden die Zeche zu zahlen haben. Der Sowjetregierung liegt daran, ihre großen wirtschaftspolitischen Projekte im eigenen Lande militärpolitisch abzusichern. Zu diesem Konzept gehört vor allem die Abschirmung der Westflanke, d. h. die Verhinderung eines atomaren Aufmarsches in Mitteleuropa. Eine nüchterne Prüfung der Mittel wie der Möglichkeiten des sowjetrussischen Regimes in- und außerhalb der sowjetischen Landesgrenzen schließt die Annahme nahezu aus, die von einer unaufhörlichen Propaganda den Westdeutschen ständig suggeriert wird und zur Rechtfertigung der Bonner Aufrüstungspolitik dienen soll: Moskau sei gewissermaßen ständig „auf

dem Sprung" nach Europa und warte nur auf eine Chance zum „Überfall". Wäre eine militärische Eroberung des europäischen Raumes tatsächlich ein politisches Primärziel der Sowjetunion — sie hätte in den letzten Jahren genug günstige Gelegenheiten zu einer solchen gehabt, längst ehe die Nato aufgebaut und die Bundesrepublik wiederbewaffnet war. Ein so kenntnisreicher Mann wie der amerikanische Senator Humphrey hat solche Erwägungen erst kürzlich, im Anschluß an seinen Besuch in Moskau und sein achtstündiges Gespräch mit Ministerpräsident Chrustschow, bestätigt und erklärt, er glaube nicht daran, daß die Sowjets an irgendeinem militärischen Abenteuer interessiert seien. Die effektive militärische Macht der Sowjetunion, die jeden Angriff mit einem Gegenangriff unter Aufbietung aller Waffen beantworten kann, sichert eine rapide wirtschaftliche Entwicklung, die es Moskau heute schon erlaubt, einer aktiven Koexistenz, einem friedlichen wirtschaftlich-sozialen Wettbewerb der beiden Gesellschaftssysteme das Wort zu reden. In der Tat, die sowjetischen Staatsmänner wären nicht die kühl kalkulierenden Politiker, als die sie sich immer wieder erwiesen haben, würden sie ihr jetzt in entscheidenden Umformungsprozessen befindliches System durch einen militärischen Ehrgeiz aufs Spiel setzen, der nur zu einem dritten Weltkrieg führen könnte.

So ist eine Disengagement-Politik in Europa und eine Konföderation der beiden deutschen Staaten politisch und militär-politisch gewiss nicht ungünstig für die Sowjetunion — aber das heißt nicht eo ipso, daß beides nicht auch für den Westen und die Deutschen die günstigste Lösung der mitteleuropäischen Probleme ist. Unabhängig davon aber erweist sie sich heute als die einzige überhaupt zukunftsträchtige Kompromiß-Lösung, die eine weitere Verschärfung des Kalten Krieges im mitteleuropäischen Raum verhindern kann. Daß durch eine deutsche Konföderation und ihre Verknüpfung mit einem europäischen „Disengagement" der Großmächte Europa „wehrlos" gemacht und den Sowjets „ausgeliefert" würde, ist eine Bonner Propagandaphrase zur Behauptung der unhaltbar gewordenen Position der Regierung Adenauer. Denn selbstverständlich werden sowohl die Vertreter der deutschen Konföderation wie auch die Regierungen der Westmächte alle Anstrengungen darauf richten, auf dem Verhandlungswege von der Sowjetunion zureichende formale und materiale Garantien für den neuen Status des deutschen Raumes zu erlangen. Die Voraussetzung dafür ist freilich die Bereitschaft zu Entspannung und Kompromiß — in Bonn wie in Washington.

Die Bundesregierung hat auf die sowjetische Berlin-Erklärung und ihre Wirkungen im westlichen Lager mit größter Verlegenheit reagiert, sie hat aber auch den Willen erkennen lassen, noch einmal den alten Kurs um jeden Preis zu verlängern. Bonn ist heute nicht mehr nur einem zunehmenden innerdeutschen Druck zugunsten einer aktiven und überzeugenden Entspannungs-Politik ausgesetzt, sondern es muß auch zur Kenntnis nehmen, daß man im Kreis der Verbündeten beginnt, sich in das Unvermeidliche zu fügen und das Deutschland-Problem realistisch zu erörtern. Den Regierungen in Washington, London und Paris ist selbstverständlich Zurückhaltung geboten, in Wahrheit aber machen auch sie sich mit dem F a k t u m der Existenz zweier deutscher Staaten vertraut und sind dabei, auf der Grundlage dieses unabweisbaren und unaufhebbaren Faktums n e u zu disponieren. Die Bundesregierung aber hat seit Jahr und Tag die absolute Nicht-Anerkennung der DDR in einem solchen Maße zum ausschließlichen Prinzip ihrer Wiedervereinigungspolitik und zu einer Sache ihres eigenen nationalpolitischen Prestiges gemacht, daß sie heute vor aller Welt als — Fehlspekulant dasteht! Sie versucht darum durch planmäßige Störaktionen dieses Prestige noch einmal kurzfristig zu retten, und sie tut es heute auf Kosten des gesamtdeutschen Interesses

und ihrer eigenen Vertrauenswürdigkeit im westlichen Lager. Denn sie hat damit den Weg einer radikalen Selbstisolierung beschritten, wie die oben zitierten englischen Stimmen zeigen. Es fehlt nicht mehr viel, und man wird in den einsichtigen Kreisen des Westens mit Fingern auf den weltpolitischen Störenfried in Bonn zeigen. Der Bundeskanzler lehnte Ende November Verhandlungen über einen Friedensvertrag wieder einmal brüsk ab. Es folgte die demonstrative Erklärung des Verteidigungsministeriums vom 4. Dezember über den Aufbau der westdeutschen Raketen-Flugabwehr. Danach ist die Ausbildung von Soldaten der Bundeswehr an solchen Waffen in den USA bereits im Gange und die Aufstellung von drei Bataillonen mit 144 Abschußrampen für Nike-Flugabwehr-Raketen vorgesehen, und zwar nicht mehr nur mit Nike-Ajax (normaler Sprengkopf), sondern auch mit Nike-Hercules (mit Atom-Sprengkopf). Es hieß in Bonn, die Ajax-Ausrüstung solle im nächsten Herbst, die Hercules-Ausrüstung in zwei Jahren beginnen; man hoffe dann auch bereits mobile Raketenwaffen zur Verfügung zu haben. Offensichtlich meinte Herr Strauss, angesichts der sowjetischen Note einmal wieder „Politik der Stärke" spielen zu sollen. Die Verlautbarung seines Ministeriums über die Raketen-Flugabwehr und die Konferenz des Ministers mit den Spitzen der Bundeswehr zeigen, in welchem Maße die militärische Planung in der Bundesrepublik Selbstzweck geworden ist, wie sehr sie sich von übergeordneten politischen Erwägungen emanzipiert hat und nun ihrerseits solche Erwägungen blokkiert. Es zeigt sich auch, daß man dabei mit langen Fristen rechnet. So besteht nur allzuviel Grund zu der Annahme, daß Herr Strauss allen politischen Entspannungs-Verhandlungen schon darum abhold ist, weil er seine mit maßlosem Ehrgeiz betriebene politische Karriere mit diesem Aufrüstungsprogramm verknüpft hat. Dieser absolute Vorrang der atomaren Militärpolitik in Bonn ist dabei nicht nur politisch verhängnisvoll, er ist sogar militärpolitisch eine Absurdität, und das macht ihn vollends zum Skandal: Herr Strauss hat in einem Fernseh-Gespräch Ende November im Bayrischen Fernsehen offen zugegeben, daß die westdeutsche Atommacht im Ernstfall eine sofortige Eroberung der Bundesrepublik durch den Gegner gar nicht verhindern könne. Der Bundeskanzler indes praktiziert den Starrsinn auf die ihm eigene Art. Seine Politik ist schon immer in der Sache ebenso primitiv gewesen wie in der Form: aber selbst die ihm sonst nachgesagte taktische Schläue hat er nun verloren, und zwar in einem Augenblick, wo sich zeigt, daß taktische Schläue eine konstruktive politische Konzeption nicht ersetzen, deren Fehlen nur vorübergehend verdecken kann. Das von ihm selbst veranlaßte Bonner „Einigkeits"-Pathos hat er persönlich in Berlin ad absurdum geführt — und man wird das nicht einmal bedauern können: denn diese aus dem Munde von Dr. Adenauer bis dahin noch nie vernommene Forderung nach „Einigkeit" war doch nichts anderes als der Notschrei eines politisch Schiffbrüchigen, der die Niederlage und Not seiner Politik nun in allerletzter Stunde auch noch der Opposition aufbürden wollte. Berlin aber erlebte einmal mehr den Parteiführer Adenauer, wo es, noch immer in Illusionen befangen, den großen „Staatsmann" Adenauer erwartet hatte. Und die Reaktionen des Kanzlers auf die sowjetische Berlin-Erklärung erwecken den Eindruck einer heute nicht mehr allein für Deutschland lebensgefährlichen politischen Greisenhaftigkeit. Das nur mehr kindische Gerede „Erst muß die Note weg" und die pauschale Ablehnung von Verhandlungen über den Gesamtkomplex von Berlin- und Deutschland-Problem werden ihm heute nicht einmal mehr seine treuesten Anhänger als ernsthafte politische Antwort abnehmen. Die Westmächte aber werden gegenüber diesem Partner immer skeptischer, der sich auch in einem weltpolitisch so entscheidenden Augenblick wie diesem nicht scheut, sie immer wieder auf seine eigene

Macht- und Prestige-Politik festzulegen. Denn Bonn tut nicht nur gar nichts, selbst zugunsten einer konstruktiven Lösung des Deutschland-Problems aktiv zu werden und damit auch den Status Westberlins zu sichern, sondern es versucht auch noch die westlichen Verbündeten von jeder solchen Aktivität abzuhalten. Begründet wird diese Obstruktionspolitik mit der alten These, Verhandlungen mit Ostberlin oder gar eine Konföderation mit der DDR seien eine „Anerkennung" des dortigen Regimes und machten den gesamtdeutschen Anspruch zunichte, der die Grundlage der Bonner Deutschland-Politik sei — also eben jenen Anspruch, über dessen Irrealität man sich heute überall im Westen Rechenschaft gibt!

Wenn die Bundesregierung heute behauptet, eine solche Konföderation „vertiefe", „bestätige" oder „verewige" die deutsche Spaltung, so ist dazu nur zu sagen: diese Spaltung selbst ist eine Realität, von der keine deutsche und keine westliche Politik mehr abstrahieren kann und die gerade durch die durch Maximalforderungen bestimmte Politik der Bundesregierung vertieft und verewigt wird. Diese Politik fortzusetzen, heißt aber nicht nur die Zweiteilung Deutschlands in der bisherigen Form bestätigen, es bedeutet auch ein Spiel mit dem Feuer riskieren. Denn zweifellos ist es der Sowjetunion mit ihrem Berlin-Projekt ernst. Sie wird nicht zögern, ihre Berlin-Politik mit der Konsequenz fortzusetzen, mit der sie sie begonnen hat — sofern nicht in der Zwischenzeit auf dem Verhandlungswege andere Lösungen des Berlin- und des Deutschland-Problems sich gewinnen lassen. Der Westen und insbesondere die Bundesrepublik marschieren damit auf unabsehbare Verwicklungen und Gefahren zu, wenn sie die Chrustschow-Note nicht zum Anlaß weitläufiger Verhandlungen sowohl mit Moskau wie mit Ostberlin nehmen. Der bisherige Mangel an konstruktiver Initiative in der Deutschland-Frage hat den Westen jetzt in die Lage gebracht, in einer für ihn schockierenden Weise der Wirklichkeit konfrontiert und an den Verhandlungstisch mehr oder weniger gezwungen zu werden. Das allgemeine Entspannungs- und Sicherheits-Interesse der west- wie der ost-europäischen Völker und das Wiedervereinigungs- und Sicherheits-Verlangen des deutschen Volkes lassen sich nicht mehr voneinander trennen. Diesem Komplex von verschiedenen nationalen Bedürfnissen aber kann heute e i n z i g d i e k o n f ö d e r a t i v e Lösung des Deutschland-Problems Genüge tun.

D i e d e u t s c h e A u f g a b e

Hat die Berlin-Initiative der Sowjetregierung den Bonner gesamtdeutschen Anspruch endgültig ad absurdum geführt, so erweist sich in diesem Augenblick auch die von der SPD nachdrücklich empfohlene relative Abweichung von der Adenauer-Linie als unrealistisch, die Forderung nämlich, Bonn solle nun endlich mit Moskau selbst freimütig über Wiedervereinigung und Disengagement verhandeln. Aber auch dafür ist es längst zu spät. So billig kommt die Bundesrepublik nach den Jahren der forcierten Nato-Politik nicht mehr davon. Das mag eine bittere Wahrheit sein, aber es ist sinnlos, sich ihr weiter zu verschließen, und es ist außerdem gefährlich. Die Sowjetunion hat seit langem immer wieder erklärt, über die Wiedervereinigung müßten nunmehr die beiden deutschen Staaten selbst verhandeln. Sie hat sich in dieser Schlüsselfrage unmißverständlich festgelegt und hat gar keinen Grund, diese ihre Haltung heute etwa zu ändern. Jede Hoffnung auf irgendeinen westdeutschen Alleingang nach Moskau — mit welcher Konzessionsbereitschaft immer — ist nur eine neue Fehlspekulation. Wenn die sowjetische Regierung Bonn immer wieder an Ostberlin verweist, so bedeutet das nur, daß zuerst die beiden deutschen Staaten selbst sich über eine Konföderation einigen sollen und dann Vertreter dieser Konföderation mit den vier Siegermächten über einen Friedensvertrag, das heißt also über den künftigen militärpolitischen

Status der Konföderation verhandeln müssen. Selbstverständlich ist eine solche Wiedervereinigung nicht „nur" Sache der Deutschen, aber zweifellos bedarf es erst einmal einer gemeinsamen politischen Willensbildung der beiden deutschen Staaten. Der Weg zu Friedensvertrag, Entspannung und Sicherheit, ebenso wie der zu einer deutschen Lösung (und das heißt: weder einer einseitig westdeutschen noch einer einseitig ostdeutschen) des Berlin-Problems führt unweigerlich über „Pankow", ob man das nun „grundsätzlich" für unerfreulich hält oder nicht. Bei derartigen Deklamationen eines politischen Wunschdenkens sich noch länger aufzuhalten, ist heute höchst überflüssig und schädlich. Da heute weder die Existenz der DDR geleugnet noch diese irgendwie „liquidiert" werden kann, eine weitere Verweigerung der de facto-Anerkennung aber zu einer gefährlichen Zuspitzung der Berlin-Krise und zu einer Schmälerung auch noch der letzten Kontakte zwischen den Deutschen hüben und drüben führen muß — bleibt gar keine andere Möglichkeit mehr, als endlich Herrn Ulbricht beim Wort zu nehmen und mit ihm über eine Konföderation zu verhandeln. Eine solche Konföderation kann nicht urplötzlich, gleichsam als neues ‚deutsches Wunder' zustandekommen, sondern sie wird das Ergebnis außerordentlich schwieriger Verhandlungen und vieler Kompromisse auf beiden Seiten sein. Wie groß die Kompromißbereitschaft der Regierung der DDR ist, läßt sich nur in Gesprächen mit dieser selbst abtasten. Das Eintreten in solche Verhandlungen bedeutet mitnichten, daß die Bundesrepublik nun einfach beliebige Forderungen von Herrn Ulbricht annehmen müsse, sondern es kann sich heute nur um den ersten Versuch einer gewissen Annäherung in nationalpolitischen Grundsatzfragen und in praktischen Angelegenheiten handeln, unter relativer Ausklammerung der unmittelbar nicht aufhebbaren ideologischen Gegebenheiten. Das heißt, die gesellschaftspolitischen Gegensätze zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind nicht von heute auf morgen und sie sind schon gar nicht einseitig zu beseitigen. Aber es ist möglich, die radikale Verschärfung dieser Gegensätze, mit allen ihren Folgen, zu verhindern. Es gilt, eine gemeinsame außenpolitische Grundkonzeption der beiden deutschen Staaten zu gewinnen, die es den bevollmächtigten Vertretern der Konföderation möglich macht, mit den Siegermächten über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Bei einer sachlichen Prüfung der heutigen weltpolitischen Konstellation und der künftigen Möglichkeiten einer westdeutschen Wiedervereinigungs- und Sicherheits-Politik läßt sich zweierlei nicht übersehen:

1. Man wird sich in der Bundesrepublik so bald wie möglich von jeder nationalpolitischen Romantik in Sachen Wiedervereinigung frei machen müssen, von dem Ballast pseudo-politischer Sentimentalitäten, die nur zur Herrschaft eines narrenhaften nationalpolitischen Dilettantismus, zu einer Verwirrung der Gemüter führen können. Die deutsche Wiedervereinigung ist als europäisches und weltpolitisches, aber auch als deutsches Problem ein politisches Problem. Eine für die Deutschen befriedigende Lösung dieses Problems setzt ein Höchstmaß kühlen, aber mit konstruktiver Phantasie begabten politischen Verstandes voraus, eines Verstandes freilich, der des Antriebes durch einen entschiedenen kollektiven Einheitswillen bedarf. Und dieser nationale Wille wiederum sollte der Ausdruck dessen sein, daß den Deutschen ihre Wiedervereinigung Herzenssache ist. Aber es geht nicht an, bei nationalen Emotionen, bei der ‚Herzenssache' stehen zu bleiben und — in einer leider nicht ganz seltenen spezifisch deutschen Mischung von Selbstüberschätzung und Selbstbemitleidung — gar noch die ganze Welt auf die deutsche Wiedervereinigung als ‚Herzenssache'

verpflichten zu wollen. Denn diese Welt hat keineswegs vergessen, daß die heutige Teilung Deutschlands in erster Linie das Ergebnis des Hitler-Krieges und daß ihre Vertiefung die Folge der von den Westdeutschen selbst gewählten kurzsichtigen Militärpolitik ist.

2. Darüber hinaus ist es notwendig, daß wir uns endgültig von der irreführenden Wunschvorstellung lösen, „die Wiedervereinigung" werde, eines Tages, ein einmaliger großer Akt sein. In Wahrheit wird sie, wenn überhaupt, dann nur durch einen langfristigen Prozeß zustandekommen, das heißt langsam und etappenweise. Mehr als der Anfang dieses Prozesses ist heute nicht zu wollen. Dazu gehört auch die Einsicht, die manchem ideologischen Fanatiker und nationalem Romantiker auf beiden Seiten schwer fallen wird: es wird keine „Befreiungsfeste" geben, weder hüben noch drüben. Aus der heutigen Misere kommen die Deutschen überhaupt nur wieder heraus, wenn sie ihre nationalpolitischen Ziele so besonnen und maßvoll wie entschieden formulieren. Mehr als eine auf einer gegenseitigen de facto-Anerkennung und vielen Kompromissen beruhende Konföderation der beiden deutschen Staaten ist zunächst völlig unmöglich. Und wenn diese Konföderation der Vorbereitung und dem Abschluß eines Friedensvertrages und damit der weltpolitischen Entspannung in Mitteleuropa dient, außerdem aber auch wesentliche Erleichterungen im inner-deutschen Verkehr ermöglicht, ist bereits sehr viel gewonnen. Alles andere sind nur Wunschträume, und wer sie in der Form unsinniger Maximalprogramme weiterhin propagiert, jeden Kompromiß ablehnt, gibt damit, beim heutigen Stand der Dinge, zu, daß er die Teilung und nicht die Wiedervereinigung will.

Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin müßten zunächst ein gesamtdeutsches Minimalprogramm zum Ziel haben, das eine Einigung etwa in folgenden Punkten erfordert:

a) Verzicht auf atomare Bewaffnung der beiden deutschen Staaten und gemeinsame Aktivität zugunsten einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa im Sinne des zweiten Rapackiplanes;

b) Bereitschaft zur militärpolitischen Neutralisierung der beiden Teile der deutschen Konföderation im Rahmen eines Friedensvertrages;

c) nach Abschluß des Friedensvertrages und Abzug aller fremden Truppen Beschränkung der Streitkräfte der beiden deutschen Teilstaaten und gegenseitige Garantien gegen gewaltsamen Umsturz;

d) Vereinbarungen über ein von beiden Seiten zu garantierendes deutsches Berlin-Statut im Sinne der folgenden Punkte: 1. Westberlin hat das Recht der politischen Selbstbestimmung durch freie Wahlen. 2. Westberlin ist ein Teil der Deutschen Konföderation. 3. Westberlin ist weder ein Teil der DDR noch ein Teil der Bundesrepublik. 4. Westberlin hat das Recht zur Aufstellung einer eigenen Miliz zur Sicherung seiner inneren und äußeren Sicherheit und zur Verhinderung jedes Handstreiches auf sein Gebiet. 5. Die DDR garantiert den freien Zugang nach Westberlin. 6. Die beiden deutschen Teilstaaten bestimmen Westberlin zum Sitz des Rates der Konföderation, das heißt zur „Hauptstadt" der Konföderation;

e) Vereinbarungen über eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation der beiden deutschen Teilstaaten, unter Berücksichtigung der schrittweise zu modifizierenden, schon fortgeschrittenen Integration der Bundesrepublik in das westeuropäische und der DDR in das osteuropäische Wirtschaftssystem;

f) Bestellung einer Delegation aus Vertretern der beiden deutschen Teilstaaten, die bevollmächtigt werden, mit den Siegermächten Verhandlungen über einen

Friedensvertrag zu führen, nachdem sich die beiden deutschen Regierungen auf eine gemeinsame Zielsetzung bei solchen Verhandlungen geeinigt haben.

Ein solches Programm verlangt nicht Selbstaufgabe von einer der beiden deutschen Seiten und steht in keinerlei Widerspruch zu den Sicherheitsbedürfnissen der europäischen Nachbarstaaten Deutschlands. Dem Kalten Krieg auf deutschem Boden würde damit ein Ende gemacht, sein Umschlag entweder in eine Weltkatastrophe oder aber in einen deutschen Bürgerkrieg verhütet. Die durch die Atmosphäre des Kalten Krieges geschaffene ideologische Hysterie hüben wie drüben würde allmählich einem ernsthaften friedlichen Wettbewerb der beiden Teile Deutschlands, einer aktiven Koexistenz weichen. Im Rahmen einer solchen haben die Bundesrepublik wie die DDR große Entwicklungsmöglichkeiten; nur auf diesem Wege aber ist mit der Zeit auch ein Abbau des politischen Extremismus auf beiden Seiten herbeizuführen.

Die konföderative Lösung des Deutschland-Problems ist nicht denkbar als deutscher weltpolitischer Alleingang, aber sie ist auch nur möglich auf Grund einer deutschen Initiative. Verbunden mit Disengagement und Friedensvertrag würde sie selbst weltpolitisch zugunsten einer Entspannung wirken können. Man darf sagen: eine Konföderation eröffnet neue Möglichkeiten der allgemeinen Entspannung, und eine solche schafft wiederum neue Möglichkeiten innerhalb der Konföderation selbst. Das eine ist ohne das andere nicht zu denken.

Heute ist Bonn im Westen aktiv, um jede Entspannung, jede westliche Kompromißlösung abermals zu blockieren. Es ist nach wie vor in erster Linie der Bundeskanzler selbst, der sich einer solchen entgegenstellt. Um so größer ist die Verantwortung der westdeutschen Öffentlichkeit. Sie steht vor der Aufgabe, die Bundesregierung zu einer Umkehr zu zwingen, ehe es wieder einmal zu spät ist. Sie muß auf den Weg zu Verhandlungen mit Ostberlin weisen. Solche Verhandlungen sind heute angesichts der sowjetischen Berlin-Note unvermeidlich, und zwar gerade im Interesse Westberlins. Es ist politische Mythologie, wenn behauptet wird, solche Verhandlungen seien der Anfang einer „Kapitulation" Westdeutschlands vor Herrn Ulbricht. Niemand fordert eine solche Kapitulation, und im übrigen ist es Sache der Westdeutschen, in den Verhandlungen selbst zu verhindern, daß sie einen „kapitulationsreifen" Eindruck machen. Und es ist ebenfalls nur politische, und sogar nur parteipolitische Mythologie, wenn man heute in Bonn mit einer gewaltigen psychologischen Propaganda den Zusammenbruch der unhaltbaren Wiedervereinigungs-Konzeption der Regierung Adenauer in eine „Bedrohung der Bundesrepublik" umfälscht. Es geht nicht um eine Kapitulation vor Herrn Ulbricht, und es ist keinerlei Anlaß, von einer absoluten „Ausweglosigkeit" der westdeutschen Politik zu sprechen. Es geht einzig um die Anerkennung der deutschen und der weltpolitischen Wirklichkeit als die Voraussetzung einer deutschen Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik. Nur wer sich der deutschen politischen Wirklichkeiten nicht länger verschließt, wird auch die deutschen politischen Möglichkeiten erkennen. Es ist an uns, dafür zu sorgen, daß das Ende der Adenauer-Politik, veranlaßt durch die sowjetische Berlin-Initiative, zum Anfang einer deutschen Wiedervereinigungspolitik auf realistischer Basis wird.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die Zeiger rücken vor

Der Ruf nach Einigkeit

„Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche", sagte der Kaiser, als es sich im August 1914 zeigte, daß er das deutsche Volk nicht den versprochenen „herrlichen Zeiten", sondern der Mobilmachung entgegengeführt hatte. „Alle inneren Gegensätze müssen vor der Not des Vaterlandes zurückgestellt werden", war die Parole, mit der ein Dammbruch der nationalen Begeisterung eingeleitet wurde. Wilhelm II. bot den Sozialdemokraten seinen berühmten „Burgfrieden" an. Man brauchte sie, — die man vaterlandslose Gesellen gescholten, verachtet und verleumdet hatte. Denn die Einheitsfront aller Parteien war die Vorbedingung dafür, daß keine Kritik an den Fehlern und Versäumnissen der Regierungspolitik laut werden konnte. Erst der innerpolitische Burgfriede machte es möglich, daß die Wogen patriotischer Gesinnung sich überschlugen und die Besten der deutschen Jugend freiwillig zum Opfergang antraten. So begann jener verhängnisvolle Weg, der mit den Augustoffensiven anhob und mit der Kapitulation im Walde von Compiègne endete. —

„Alle Deutschen müssen jetzt geschlossen und einig zusammenstehen. Die Parteiinteressen müssen hinter dem vaterländischen Interesse zurücktreten", sagte der Kanzler, als es im November 1958 offenbar geworden war, daß seine „Politik der Stärke" dem deutschen Volk nicht die oft verheißene Wiedervereinigung, sondern einige sowjetische Noten zur Berlinfrage eingebracht hat. Es sei jetzt nicht die Zeit, erklärte Konrad Adenauer am 2. Dezember vor der CDU/CSU-Fraktion, daß die Parteien untereinander nach den Fehlern der Vergangenheit suchen. Nichts kann die Lage in Bonn besser kennzeichnen als diese Forderung nach einem Verzicht auf die grundsätzliche Diskussion über die außenpolitischen Doktrinen des Kanzlers. Wie anno 1914 sollen die Sozialdemokraten plötzlich für eine Politik mitverantwortlich gemacht werden, vor deren Ergebnissen sie seit Jahren gewarnt haben. Sie, die noch vor kurzem mit dem „Untergang Deutschlands" gleichgesetzt wurden, werden nun wieder dringend gebraucht, um die „Einheitsfront aller Parteien" zu sichern. „Wenn die Deutschen sich in dieser Situation jetzt selbst bekämpfen, dann wird das verhängnisvolle Folgen vor allem auch für gewisse Strömungen im Ausland haben", prophezeite Adenauer vor seinen beklommenen Parteifreunden. Es läßt sich eben nicht mehr übersehen, daß starke Kräfte in Amerika und England deutlich von der Bonner Linie abgerückt sind. Und so scheint es dem Bundeskanzler nötig zu sein, durch eine demonstrative Geschlossenheit und Einigkeit innerhalb der Bundesrepublik den Vertrauensschwund im Ausland abzufangen. Seine Besorgnisse werden auch von anderen geteilt, die sich über die „deutsche Frage" schon länger Gedanken machen. Unter ihnen befinden sich auch einige bekannte Publizisten — denen man zutrauen darf, daß sie es eigentlich besser wissen könnten —, die aber dennoch sofort die Bildung einer Allparteienregierung forderten. Aber von solchen Emotionen hält der Kanzler genau so wenig wie weiland Wilhelm II. (der erst dann den Sozialdemokraten zwei Sitze in der Regierung einräumte, als alles verloren war, nämlich im Herbst 1918). Es würde Adenauer völlig genügen, wenn SPD und FDP mit ihm einig in der Berlinfrage am gleichen Strange zögen. Eine „gemeinsame Politik" zieht er überhaupt nicht in Betracht, schon weil er nicht im geringsten an eine Änderung seines politischen Kurses denkt. Er braucht lediglich Mitverantwortliche in der aktuellen Situation —, mehr will er nicht. Unter diesen Umständen

aber sind die Aussichten für das Funktionieren einer „Einheitsfront" sehr schwach. So einfach geht das nicht. Das weiß Adenauer auch sehr wohl, und deshalb erklärte er schon wenige Tage nach seinem Einigkeitsappell — auf einer Wahlversammlung in Berlin —, die Sozialdemokraten sollen jetzt „den Mund halten und nicht stören" (Die Welt, 8. Dez.). Daß die Opposition den Mund zu halten hat, ist eine für den Stand der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik sehr bemerkenswerte Feststellung. In dieser Forderung kommt aber nicht nur das bedenklich lockere Verhältnis des Bundeskanzlers zu demokratischen Umgangsformen zum Ausdruck. Dahinter steckt auch eine unverkennbare Furcht. Die Opposition soll schweigen, weil Adenauer unter allen Umständen eine Wiederholung jener denkwürdigen Stunde in der Nacht des 23. Januar 1958 vermeiden möchte, als Thomas D e h l e r seine unvergeßliche Anklagerede hielt und H e i n e m a n n vor dem atemlos lauschenden Bundestag mit Adenauers „Wiedervereinigungspolitik" abrechnete. Damals sah sich der Bundeskanzler gezwungen, nachträglich noch höchst persönlich vor die Fernsehkamera zu treten und ein televisionäres Plädoyer in eigener Sache zu halten. Aber inzwischen hat sich seine Position so verschlechtert, daß er jeder Auseinandersetzung über Grundsatzfragen der Außenpolitik aus dem Wege gehen möchte. Deshalb läßt er uns eben heute wissen, es käme nicht darauf an, „wessen außenpolitische Konzeption recht gehabt habe, die der Regierungsparteien oder die der Opposition".

Aber genau darauf kommt es jetzt an. Die sowjetischen Vorschläge zur Lösung des Berlinproblems verweisen uns gerade auf die Frage, wer 1955 recht hatte, der Kanzler (der behauptete, der Beitritt der Bundesrepublik zur Nato bringe uns der Wiedervereinigung näher) oder die Opposition (die vorhersagte, daß die Eingliederung Westdeutschlands in das atlantische Militärsystem die Wiedervereinigung verhindere). Diese Frage erhebt sich schon deshalb, weil wir zu erwägen haben, was uns bevorsteht, falls sich die Opposition auf einen halben oder ganzen „Burgfrieden" einlassen würde, falls sie „den Mund hält" und dem Kanzler jetzt grünes Licht gäbe.

B r e n n p u n k t B e r l i n

Der sowjetische Vorstoß in der Berlinfrage hat die erstarrten diplomatischen Fronten in Bewegung gebracht. Das Deutschlandproblem ist durch die Noten an die drei Westmächte und die Regierungen in Bonn und Ostberlin endlich wieder in den Vordergrund der Weltpolitik gerückt. Die westlichen Alliierten können sich nun nicht mehr mit bloßen Deklarationen über die deutsche Einheit begnügen und im übrigen am status quo festhalten. Sie müssen jetzt Stellung beziehen, denn die Sowjetunion hat vorgeschlagen, die Besetzung Berlins zu beenden und Westberlin zur Freien Stadt zu erklären. Dieser Vorschlag wird von Bonn und den Westmächten als unannehmbar bezeichnet. Aber man ist sich im klaren darüber, daß man mit der vierten Besatzungsmacht zu Verhandlungen kommen muß. Der Westen möchte den Komplex Berlin im Zusammenhang mit der deutschen Frage aufrollen. Die Sowjetunion ist dazu bereit. Sie hat in ihren Noten das Deutschlandproblem ausführlich behandelt und zu erkennen gegeben, daß sie an vorbereitenden Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages teilnehmen würde. Aber C h r u s t s c h o w hat andererseits deutlich darauf hingewiesen, daß die angekündigten Berlin-Maßnahmen nach Ablauf von sechs Monaten in Kraft gesetzt werden. Nach dieser Frist gehen die Rechte, die bisher die Sowjetunion im Zusammenhang mit Berlin wahrgenommen hat, an die Regierung der DDR über. Kommt es also zu keiner Einigung über den Status von Westberlin, und bestehen die Westmächte weiterhin auf der Anwesenheit alliierter Truppen in der alten Reichshauptstadt, dann werden sie in Zukunft mit den Behörden der

DDR Kontakt pflegen müssen. Sie werden sich an den Nachschublinien zu Lande, zu Wasser und in der Luft durch Organe der Ostberliner Regierung kontrollieren lassen müssen. Sie werden sich in allen die Versorgung Berlins betreffenden Fragen mit jenem Teil Deutschlands direkt in Verbindung zu setzen haben, den sie offiziell nicht anerkennen, an dessen Existenz sie aber nicht länger vorbei kommen. Chrustschows Vorschläge laufen also darauf hinaus, daß die Deutsche Demokratische Republik in jedem Falle in das politische Kräftespiel gebracht wird. Die Westmächte beginnen sich bereits auf diese Unabänderlichkeit einzustellen. Mit der ihm eigenen Erfindungsgabe für juristische Spitzfindigkeiten hat John Foster Dulles schon angedeutet, daß die USA sich mit Kontrollorganen der DDR an den Zonengrenzen abfinden und diese als „Beauftragte" (agents) der UdSSR betrachten würden. Ähnlich hat sich auch Seldwyn Lloyd, der britische Außenminister, geäußert. Diese Gelassenheit der Verbündeten war für Bonn enttäuschend. Und enttäuschend mag es auch gewesen sein, daß die Vertreter weltbekannter britischer und amerikanischer Zeitungen aus der Haltung ihrer Regierungen die Konsequenz zogen und prompt nach Ostberlin eilten, um sich Interviews von Walter Ulbricht geben zu lassen, während es ihnen offenbar uninteressant erschien, die Meinung des Bundeskanzlers zu erfahren. In Bonn war man um eine Dramatisierung der Lage bemüht. Man sprach von einer Verschärfung der internationalen Situation, von der Gefährdung Westberlins und von einer Zuspitzung des Deutschlandproblems. Schon ließ man bekannt werden, daß eine westliche Außenministerkonferenz in Bonn zusammentreten würde. Aber in den westlichen Hauptstädten scheint man die Lage realistischer zu beurteilen und winkte deutlich ab: Die routinemäßige Tagung der Natopolitiker im Dezember würde Gelegenheit zu Besprechungen bieten.

Die außenpolitische Konzeption des Bundeskanzlers ist also ins Wanken geraten. Kein Wunder, daß parlamentarische Kreise (Presseberichten zufolge) mit „Mißvergnügen" und einem Gefühl des „Unbehagens" dem Natotreffen in Paris entgegensehen. Man weiß nicht, wie die unterschiedlichen Auffassungen im westlichen Lager auf einen Nenner gebracht werden sollen. Nun —, man wird, wenn es in Paris zu einer Sonderkonferenz der drei westlichen Außenminister mit Brentano kommt, sicherlich ein einigermaßen freundlich klingendes Communiqué zustande bringen. Aber nicht die Communiqués zählen — sondern die Tatsachen. Diese aber lassen erkennen, daß gegenwärtig die Ansichten der Westmächte über die sowjetischen Vorschläge sehr erheblich von denen des Bundeskanzlers abweichen. Alle bisherigen Informationen aus Washington und London deuten darauf hin, daß man dort im Zusammenhang mit dem Berlinproblem die Gedanken des „disengagements", der militärisch verdünnten Zone des neutralen Staatengürtels in Europa und des Rapackiplans wieder heftig diskutiert. Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten soeben die erfolgreiche Erprobung einer internationalen Rakete (vom Typ „Atlas") bekanntgaben und dadurch das Gefühl der Abhängigkeit von den Stützpunkten der europäischen Verbündeten nicht mehr so ausschlaggebend ist wie bei der vorjährigen Natokonferenz in Paris. Zum ersten Male seit dem Erscheinen der Sputniks zeichnet sich eine größere Bewegungsfreiheit für die Amerikaner ab. Man hat den Gesprächen Stevensons, Lippmans und Humphreys mit Chrustschow große Bedeutung beigemessen und empfand sie als Bestätigung der Thesen Kennans, die sich noch im vorigen Jahre nicht durchsetzen konnten. Nicht zuletzt wirkt sich jetzt auch die Schlappe Eisenhowers bei den Kongreßwahlen aus. Die Amerikaner sind — endlich — der Politik „am Rande des Krieges" müde geworden. Man hat der Krisen genug erlebt. Dulles' Stern ist im Sinken. Die Weltpolitik

bewegt sich auf umfassende West-Ostgespräche zu, und man weiß auf beiden Seiten, daß der Gefahrenherd Berlin und die deutsche Frage dabei zur Verhandlung kommen müssen.

Das alles ist sehr beunruhigend — wenigstens für den Bundeskanzler. Der Boden, auf dem er fest zu stehen meinte, scheint zu schwanken. Wie eh und je klammert er sich nun an die alten Formeln der Politik der Stärke. Daß die Westmächte in irgendeiner Form auf den sowjetischen Vorstoß reagieren müssen, steht außer Zweifel, denn die bestehenden Verhältnisse werden sich nur noch gute fünf Monate aufrechterhalten lassen. Dann werden sie sich in jedem Falle geändert haben. Die Zeiger rücken vor, und die Uhr, die Chrustschow aufgezogen hat, wird Ende Mai abgelaufen sein. Man muß verhandeln. Die Frage ist nur, ob und wie weit es dem Bundeskanzler noch einmal gelingt, seine Vorstellungen in London und Washington durchzusetzen.

Des Kanzlers alte Formeln

Die Neigung der Westmächte, die Moskauer Noten zum Ausgangspunkt für Verhandlungen über die deutsche Frage zu machen, hat sofort Adenauers Widerspruch erregt. Schon bei seiner ersten Stellungnahme vor der Fraktion seiner Partei warnte er eindringlich davor, den Rahmen für den westlichen Gegenvorschlag zu weit zu spannen. Offenbar befürchtet er, daß man in Verhandlungen über einen Friedensvertrag etwa auf der Grundlage der Vorschläge Gerstenmaiers vom Februar ds. Js. eintreten könnte, die sich in einigen Punkten erheblich von den stereotypen Formeln des Bundeskanzlers unterschieden und zumindest einen Ansatz für Gespräche mit der Sowjetunion erkennen ließen. Um solchen Möglichkeiten von vornherein zu begegnen, beeilte sich Adenauer, die unrealistische, alte These zu wiederholen, daß ein Friedensvertrag nur mit einer aus „freien Wahlen" hervorgegangenen Regierung abgeschlossen werden dürfe. „Daran müssen wir unter allen Umständen festhalten", beschwor er seine Fraktion. Das aber bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als das West-Ostgespräch mit einer Hypothek zu belasten, die es zum Scheitern verurteilt, ehe es begonnen hat. Denn mit dieser Forderung nach freien Wahlen vor dem Friedensvertrag wird nun schon seit Jahren jede Verhandlung über das Deutschlandproblem blockiert. Der Westen geht dabei nämlich von der Voraussetzung aus, daß infolge des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik und ihres zahlenmäßigen Übergewichts bei gesamtdeutschen Wahlen (50 Mill. Einwohner gegen 17 Mill. in der DDR) eine eindeutig westlich orientierte (Adenauer-) Regierung zustandekommen muß. Es ist völlig utopisch, anzunehmen, daß die Sowjetunion jemals einer derartigen Schwächung des „sozialistischen Lagers" zustimmen wird und also dem Westen das Gebiet der DDR über „freie Wahlen" zuspielen wird. Daran sind schon die Wiedervereinigungsverhandlungen in den Jahren 1952 bis 1954 gescheitert. „Es ist begreiflich", schreibt Paul Sethe über diese Zeit (in: Zwischen Bonn und Moskau S. 62 f.) „daß die überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung in allen westlichen Ländern sich für die Parole entschied: zuerst freie Wahlen, erst dann Entscheidung über den Friedensvertrag und über den militärischen Status Deutschlands. Aber so volkstümlich diese Losung war, so undiplomatisch war sie auch. Sie verkannte völlig das Wesen jeder diplomatischen Verhandlung." Die Wiederholung der unfruchtbaren Losung: „Zuerst freie Wahlen" ist heute mehr denn je geeignet, die Entspannung in Europa zu verhindern. Wenn sie für die Sowjetregierung schon 1952 nicht akzeptabel war, als es um die Aufstellung von zwölf — konventionellen — deutschen Divisionen ging, um wieviel weniger ist sie heute annehmbar, wo Bonn sich anschickt, aus Westdeutschland ein europäi-

sches Atomrüstungszentrum zu machen. Es ist töricht, zu erwarten, daß sich Moskau darauf einlassen könnte, über einen Friedensvertrag zu verhandeln, in dem bestenfalls die sogenannte „Sowjetzone" als kernwaffenfreies Gebiet deklariert werden würde. Vorschläge dieser Art sind völlig utopisch und werden offensichtlich nur gemacht, weil man weiß, daß sie abgelehnt werden. Eine aus freien Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung, die sich vorbehält, im Westen des Landes die Atomrüstung weiter voranzutreiben (bis zur „kontrollierten, allgemeinen Abrüstung"), ist für die Sowjetunion indiskutabel. Eine Lösung der deutschen Frage ins Auge zu fassen, die den Westen in dem gleichen Maße stärkt, wie sie den Osten schwächt, entbehrt jeder realen Grundlage. Das war schon 1952 der Fall. Mit „freien Wahlen" konnte man auch damals nicht beginnen. Sie mußten am Ende langer Verhandlungen stehen, nicht am Beginn. „Von den Russen das Gegenteil erwarten, hieß, von ihnen fahrlässigen Landesverrat zu verlangen. Kein westlicher Minister hätte in ähnlicher Lage zugestanden, was von den Sowjets verlangt wurde" (Sethe S. 65). Heute aber verlangt der Bundeskanzler noch viel mehr von ihnen. Der Londoner „Economist" vermutet deshalb in seiner letzten Ausgabe, daß Adenauer überhaupt nicht an einer Lösung des Deutschlandproblems interessiert ist: „Adenauer, dessen politische Überlegungen von der katholischen Überlegenheit in Westdeutschland ausgehen", so meint das bekannte Blatt, begründe seine Politik „noch immer mit dem Konzept eines karolingischen Europas, das am Rhein seine Achse habe, sowie auf dem Grundsatz, auf keinen Fall die Verteidigung schwächen... Er hat wenig Verständnis — vielleicht auch wenig Interesse für ein größeres Deutschland und für ein Europa, das sich weiter nach Osten erstreckt." Die Wiederholung der erfolglosen Parolen von 1952 genügt dem Kanzler jedoch noch nicht. Um ganz sicher zu gehen, daß es zu keinen Verhandlungen kommt, warf er bei seiner Ansprache an die Abgeordneten der CDU/CSU die Frage nach den deutschen Ostgrenzen auf, — ein Problem, das der Westen unter keinen Umständen anpacken kann und will. „Warum er sich entschlossen hat", schreibt die Londoner „Times" (3. Dezember), „jetzt auf die Frage der Oder-Neiße-Linie zurückzukommen, weiß kein Mensch. Aber indem er das tut, kann er eine Lage nur schwieriger machen, die sowieso kompliziert und gefährlich ist." Der „Economist" meint dazu: „Die Vorschläge der Alliierten (als Antwort auf die Sowjetnoten) müßten vollständig klarstellen, daß der Westen nicht die Wiedergewinnung der verlorenen östlichen Provinzen im Sinn hat, wenn er über die deutsche Einheit spricht. Deutsche Einheit bedeutet Vereinigung der Gebiete, die gegenwärtig deutsch sind."

Was also ist die Absicht des Kanzlers, von dem man doch annehmen sollte, daß er sich über die Einsatzbereitschaft des Westens für die Rückgewinnung der verlorenen (durch Hitlers Krieg verlorenen!) deutschen Ostgebiete keine Illusionen macht? Seine Absicht äußerte Adenauer einige Tage später ganz deutlich, als er vor dem Berliner Senat erklärte, daß Verhandlungen über das Deutschlandproblem unter dem „Druck des sowjetischen Ultimatums" (gemeint ist die Halbjahresfrist) überhaupt nicht in Frage kommen.

Wann gedenkt eigentlich die Bundesregierung die Deutschlandfrage als Thema von Besprechungen zwischen den Großmächten zuzulassen, wenn nicht jetzt? Will sie warten, bis Herr Strauß die 15 Bataillone mit Atomwaffen ausgerüstet hat, von denen er in dem Interview mit C. L. Sulzberger, dem Korrespondenten der „New York Times" sprach? Und er vergaß nicht hinzuzufügen, daß die Bundesrepublik sich durch keine „sowjetische Erpressung" davon abbringen lassen werde, eine moderne, atomar ausgerüstete Armee aufzustellen. Wir sind also nach einigen Tagen erschrockenen Hin und Hers wieder da angekommen, wo wir

immer waren — bei der Politik der Stärke. Um das ganz deutlich zu machen, bestellte Herr Strauß mitten in der Diskussion der Parteien um die Berlinfrage Nike-Herkules für die Bundeswehr. „Die Politik der systematischen Ablehnung jeden Versuchs, einen deutschen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten, die Politik des Ignorierens vieler seit 1952 veränderter Gegebenheiten in der internationalen Politik", wie sie der SPD-Pressedienst charakterisiert, wird also fortgesetzt. „Wenn der Westen hart bleibt, werden auch die Sowjets nachgeben", sagte der Kanzler am 2. Dezember.

„Wenn der Westen hart bleibt..."

Wie schon so oft, will man auch diesmal in Bonn Verhandlungen aus dem Wege gehen. Man will weiterrüsten, stärker werden und auf einen imaginären Augenblick warten, in dem die Sowjetunion zum „Nachgeben" gezwungen ist. Die Berlin-Noten bieten eine Chance, über die Zukunft Deutschlands mit Moskau ins Gespräch zu kommen. Man darf sie nicht vorübergehen lassen. Es ist deshalb an der Zeit, den Kanzler im Bundestag zu fragen, was er eigentlich unter „Nachgeben" der Sowjets versteht und auf welche Weise es zustande kommen soll. Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, auf welche konkrete politische Analyse der Kanzler seine Politik in der Deutschlandfrage stützt. Von schlichten Hoffnungen haben wir schon viel zu lange gelebt, und das einfache Wunschdenken hat uns nur immer weiter in die Sackgasse getrieben.

Einen Weg zur Lösung der deutschen Probleme bietet die Konzeption des Bundeskanzlers doch wohl nur unter der Voraussetzung an, daß entweder bei einem lokalen Konflikt die Sowjetunion „nachgibt" und also, um seine Ausweitung zu vermeiden, den Wiedervereinigungsvorstellungen Adenauers entspricht, oder daß die Sowjetunion unter bestimmten Umständen das sogenannte „ostzonale Regime" fallen läßt.

Beides ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, ja ausgeschlossen. Denn zu diesen Voraussetzungen ist folgendes zu bemerken:

1. Ein lokaler Konflikt, der sich jederzeit an den unhaltbaren Zuständen im zweigeteilten Berlin oder an der Frage der Zufahrtswege in den Westen der Stadt entzünden kann, ist niemals zu begrenzen. Einige unverbesserliche amerikanische Kreuzzugsideologen haben schon von „Luftkämpfen" über dem Gebiet der DDR gesprochen und einen „Panzerdurchbruch" in Erwägung gezogen, als die Diskussion um die Berlin-Noten begann. Es ist denkbar, daß bei einem solchen Konflikt sich die Bundesrepublik in einer Aufwallung nationalen Empfindens zum militärischen Eingreifen veranlaßt sehen könnte. Aber man gebe sich keinen Illusionen hin: Kampfhandlungen auf dem Gebiet der DDR würden automatisch die aus dem Warschauer Pakt resultierende Beistandspflicht der Sowjetunion in Kraft setzen. Dann ist der Krieg da. Die UdSSR kann sich ihrer übernommenen Pflicht nicht entziehen, weil das die Auflösung des Warschauer Paktes bedeuten würde. Will man bei einer solchen Lage auf die Anwendung atomarer Waffen verzichten, muß man sich schnellstens arrangieren. Die Alternative zum 3. Weltkrieg heißt dann nicht „Wiedervereinigung", sondern wie bei allen andern bisherigen Konflikten Anerkennung des status quo, d. h. de facto- oder de jure-Anerkennung der DDR. Am 14. November stand — laut dpa/UPI-Meldung — einer Gruppe amerikanischer Panzer bereit, „um drei von den Sowjets am Berliner Kontrollpunkt festgehaltene US-Lastwagen notfalls mit Gewalt zu befreien." Es tat nicht not. Aber die Meldung sollte uns zu denken geben: Drei festgehaltene Lastwagen und ein nervöser Stadtkommandant können unter Umständen die Wirkung der Schüsse von Sarajewo wiederholen! Das Berlin-Problem ist nicht durch Festhalten der

Alliierten an der alten Reichshauptstadt zu lösen und das Deutschland-Problem nicht an einem „lokal begrenzten Konflikt".

2. Daß die Sowjetunion die DDR aus dem „sozialistischen Lager" entläßt und ihrer Eingliederung in ein westlich orientiertes Gesamtdeutschland zustimmt, ist für Moskau aus ideologischen und realpolitischen Gründen schlechterdings unmöglich. Wer darauf hofft, daß dies die Folge einer Krise innerhalb der UdSSR sein könnte, verkennt die tatsächlichen Verhältnisse oder stellt sich wissentlich blind. Die Sowjetunion handelt nicht in der Bedrängnis des Jahres 1917, die sie zur Kapitulation vor dem Diktat des Friedens von Brest-Litowsk nötigte. Die Bevölkerung Rußlands schreit nicht nach Brot. Sie ist stolz auf die Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft und Technik. Es ist deshalb dringend davor zu warnen, Spekulationen auf innere Schwierigkeiten der Sowjetunion anzustellen. Der Kanzler war schon einmal schlecht beraten, als er vor einigen Jahren bei seiner Beurteilung der osteuropäischen Situation von den phantastischen Hypothesen des Arztes Starlinger und dessen Gefangenschaftserzählungen ausging. Heute muß man sich wiederum besorgt fragen, warum es eigentlich so schlecht um die Informationen steht, die dem Kanzler zur Verfügung gestellt werden, wenn er jetzt — wie es bei seiner Fraktionsaussprache geschah — den russischen Vorstoß in der Berlinfrage als Ablenkungsmanöver für innere Schwierigkeiten wertet und diese (ausgerechnet!) auf die Schulreform und auf Auseinandersetzungen zwischen Chrustschow und der Bulganin-Malenkow-Gruppe zurückführt.

Die Rechnung mit dem Faktor X-Krise geht nicht auf. Eine Krise würde freilich sofort entstehen, wenn Moskau die DDR fallen ließe. Man braucht sich nur zu verdeutlichen, welche Wirkung es auf die Regierungen der Ostblockländer hätte, wenn die Sowjetunion den Forderungen des atomrüstungsfreudigen Teils Deutschlands „nachgeben" würde, um zu erkennen, daß dies gänzlich außerhalb der Möglichkeiten der sowjetischen Regierung liegt. Selbst wenn Chrustschow bereit wäre, einen sehr hohen Preis für die Befreiung Mitteleuropas zu zahlen, — diesen Preis zahlt er nicht, weil er ihn ganz einfach nicht zahlen kann. Angesichts dieser Tatsache hilft kein Auftrumpfen mit Nike-Herkules-Raketen, keine Aktion „Macht das Tor auf" und auch keine Genugtuung über den Ausgang der Berliner Wahlen. Wir müssen uns mit den Tatsachen abfinden und werden auch in absehbarer Zeit von dem Vorhandensein zweier deutscher Staaten Kenntnis zu nehmen haben. Wenn der Kanzler jetzt nicht über einen Friedensvertrag verhandeln will, dann werden es nach ihm andere tun müssen.

Verhandeln, verhandeln!

Die Frage, ob die Moskauer Berlin-Vorschläge eine Möglichkeit zu weitergehenden Verhandlungen bieten, ist nur zu beantworten, wenn man jegliches Wunschdenken ausschaltet und nüchtern, unpathetisch und sorgfältig die Zusammenhänge untersucht, in denen die Sowjetnoten vorgelegt werden. Dabei ist von den machtpolitischen Interessen der beiden Weltmächte auszugehen.

I. Die Entscheidung über die zukünftige Entwicklung kann nicht durch einen weltweiten Krieg erzwungen werden, weil es nur dazu führen könnte, daß „beide miteinander Selbstmord begehen". Es zeichnet sich bereits deutlich ab, daß die Entscheidung in einem großen wirtschaftlichen Ringen in Asien und Afrika fallen wird. Die Konzentration auf diesen gigantischen Wirtschaftskampf erfordert von beiden Weltmächten eine Klärung der Situation in Europa. Chrustschow drängt auf diese Klärung, weil er offenbar auf Grund einer Analyse der westlichen Wirtschaft (die in ihren Grundzügen von Mikojan am 41. Jahrestag der bolsche-

wistischen Oktoberrevolution der Weltöffentlichkeit unterbreitet wurde) und auf Grund von Gesprächen mit führenden amerikanischen Politikern den Eindruck gewonnen hat, daß jetzt der Zeitpunkt für eine Entspannung in Europa gekommen ist. Ob tatsächlich, wie man es in politischen Kreisen Bonns vermutet, bereits sowjetisch-amerikanische Geheimverhandlungen stattgefunden haben, lassen wir als bisher unbestätigte Meldung außer acht.

II. Eine Klärung der Situation in Europa kann nur auf der Grundlage des disengagements erfolgen. Ein Auseinanderrücken der Atommächte und die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone würde das Deutschland-Problem entschärfen. Das würde günstige Voraussetzungen für Verhandlungen über einen Friedensvertrag schaffen. Andererseits könnten auch West-Ost-Gespräche über den Abschluß eines Friedensvertrages den Ausgangspunkt für die Errichtung einer Zone kontrollierter und begrenzter Rüstung in Mitteleuropa sein. Die Londoner „Times" bemerkt am 4. Dezember hierzu: „Deutschland kann in diesem Stadium kein Diskriminierungsobjekt (für die Sowjetunion) sein; deshalb bleibt als einziger Weg nach vorn die Errichtung eines breiteren Gürtels der überwachten, begrenzten Rüstung."

III. Jede der Entspannung dienende Verhandlung schließt eine bestimmte Minimalverständigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein. Ohne diese Minimalverständigung kann kein Abzug der Sowjettruppen aus Ostdeutschland und kein Abzug der Natoverbände aus Westdeutschland vorgesehen, folglich auch keine verdünnte Zone und kein Gespräch über einen Friedensvertrag in Aussicht genommen werden.

IV. Die Genfer Konferenzen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und über die Verhütung von Überraschungsangriffen könnten, wenn man über eine Entspannung in Europa verhandelt, die nötigen Vorkehrungs- und Sicherungsmaßnahmen dafür ausarbeiten.

Es dürfte nunmehr Pflicht der Bundestagsabgeordneten sein, — wenn die Regierung sich außerstande sieht, unter der Leitung des Bundeskanzlers ihren bisherigen Kurz zu ändern —, ein klares Programm für die Annäherung der westlichen und sowjetischen Standpunkte vorzulegen. Mit einem einfachen Nein zur Taktik der Regierung ist es ebensowenig getan wie mit allgemeinen Forderungen nach Verhandlungen. Die Deutschen müssen endlich selber die Initiative ergreifen und Vorschläge unterbreiten, die die Interessen sowohl des Westens wie der Sowjetunion berücksichtigen und die Berlin-Problematik in den umfassenden Zusammenhang stellen, der sich aus der weltpolitischen Situation ergibt. Dabei muß bedacht werden, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur ein langsamer Prozeß sein kann, der über bestimmte Formen gemeinsamer Existenz im zweigeteilten Deutschland vor sich geht. Diese Formen zu entwickeln, ist Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit. Die Ausgangsphase könnte in der Bildung von unabhängigen Gremien gefunden werden, in denen Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet prüfen und gemeinsame Vorschläge erarbeiten, die der Auflockerung der deutschen Situation dienlich wären. Mit Advokatengescheitheiten, die das Vorhandensein von zwei Staatsgebilden auf deutschem Boden doch nicht aus der Welt schaffen können, ist uns nicht zu helfen. Sechs Monate sind schnell vergangen. Wir müssen handeln, ehe es zu spät ist.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Der Wettlauf mit der Zeit

„Frontstadt Berlin"

Das kalte Kriegsspiel ist schon seit dreizehn Jahren im Gange. Seit 1945 hat Moskau jeden Zug des Westens mit einem Gegenzug pariert, von der Londoner Konferenz 1947 über die Bizone und Trizone, die Währungsreform und die Bonner Staatsgründung bis zur Aufrüstung, zum KP-Verbot und dem Nato-Eintritt. Es gehörte keine Sehergabe dazu, vorauszusagen — und wir haben es getan —, daß der Bonner Atombeschluß einen besonders drastischen Gegenzug auslösen werde, ging es doch nicht mehr um Aufmarsch, Geplänkel und Abdeckung, sondern um einen Angriff auf den Kern der sowjetischen Position. Korea, Libanon, Quemoy waren nur Vorspiele im großen Spiel um die Macht. Diesmal ist es ernst. Für den Westen, mindestens für Bonn geht es um die „Insel der Freiheit", die „Frontstadt" Berlin, für den Osten um die Einbruchstelle in den volksdemokratischen Sicherheitsgürtel. Daher die verhaltene Entschiedenheit, aber zugleich Behutsamkeit, mit denen man von beiden Seiten an das Problem herangeht. Ein einziger Funke in das Pulverfaß kann zur Explosion führen.

Auch in Bonn verspricht man Vorsicht und Schweigsamkeit. In Wahrheit hantiert man lebhaft mit der Lunte, um die innere Unsicherheit zu verbergen. „Die Note muß weg", proklamiert der Bundeskanzler als politische Richtschnur, anstatt Erwägungen darüber anzustellen, welche Vorschläge man ihr entgegensetzen kann. Herr Strauß verkündet mit großer Lautstärke, daß die atomare Ausrüstung der Bundeswehr unbeschadet der Genfer Atomverhandlungen beschleunigt weitergeführt wird, und der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Krone, der militärische Monomanie nicht als Entlastung für sich ins Feld führen kann, stellt vor seiner Fraktion die feuergefährliche Behauptung auf, wenn die Sowjets die „deutsche Hauptstadt" räumten, hätten die Alliierten das Recht, ganz Berlin militärisch zu besetzen. Mittlerweile sind jene wackeren Leute, die Propaganda mit Politik verwechseln, eifrig darum bemüht, die gesamtdeutsche Stimmung zu heben mit Proklamationen, Plaketten, Protesten, und Minister, Parlamentarier, Regierende Bürgermeister verkünden von neuem eine Politik der Stärke und der Bereitschaft für „alle Eventualitäten". Von diesem Widerstandslärm werden jene zahlreichen schüchternen Stimmen übertönt, die eine Politik der Vernunft und die Vorlage konstruktiver Gegenvorschläge fordern. Es ist alles wie früher: statt der Aktion bloße Reaktion, statt der Vorschläge Proteste und Proklamation. Kein Zweifel: Westdeutschland ist, durch die Schuld seiner Regierung, völlig unvorbereitet in eine Krise geraten, die erst in ihren Anfängen steht.

Dabei hat es nicht an Bemühungen aus beiden Lagern gefehlt, der Bundesrepublik die Umkehr von ihrem Irrweg leicht zu machen. Die Vorschläge eines Kennan, Eden, Gaitskell fanden Echo und Ergänzung in den Abrüstungsplänen eines Rapacki und eines Gromyko vor den Vereinten Nationen. Der Wahlsieg der Demokraten in den USA, Humphreys europäische Mission, die Parteitagsbeschlüsse der Labour, die Fortschritte in den beiden Genfer Kommissionen, das alles hätte einen willkommenen Anlaß bieten können, die Bonner Außenpolitik zu revidieren, ohne „das Gesicht zu verlieren". Bis heute aber klingt aus Bonn nur jenes monotone, unfruchtbare Nein, das wir seit Jahren zu allen östlichen Vorschlägen vernehmen. Diesmal aber kann das Nein lebensgefährlich werden. Es verrät entweder Unfähigkeit zu konstruktivem Denken oder fehlende Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung.

Die drei Wege

Es bedeutet eine bewußte Verfälschung, wenn in Reden und Kommentaren behauptet wird, Chrustschow habe nur zwei mögliche Lösungen offengelassen. In Wahrheit zeigt er drei Lösungsmöglichkeiten auf:

Erste Möglichkeit: Berlin wird eine entmilitarisierte Freie Stadt unter internationaler Garantie. Die Bonner Ablehnung dieses Vorschlages wird begründet mit der Vertragsunwürdigkeit Moskaus und des „Zonenregimes". Tatsächlich haben sich die meisten „freien Städte" der Vergangenheit eines besonderen Maßes an Wohlstand und Sicherheit erfreut, beim Paradebeispiel Danzig aber wurde die Freiheit der Stadt nicht vom Landesherrn, sondern durch revolutionäre Eingriffe aus dem „Mutterland" zerstört. Der Einwand gegen den Neutralisierungsvorschlag muß völlig anders begründet werden: Wer die Wiedervereinigung wirklich will und wünscht, kann keine Neutralisierung West-Berlins wünschen, weil sie die Wiedervereinigung noch mehr erschwert und verzögert.

Zweite Möglichkeit: Die drei Westmächte bleiben in Berlin. Dann übergibt Ende Mai die Sowjetunion ihre Besatzungsfunktionen den Instanzen der DDR, und die Westmächte werden sich damit unter Protest abfinden nach der von Dulles erfundenen Formel, daß man die DDR-Beamten als Agenten Moskaus betrachten werde. Da im übrigen die DDR von diesem Zeitpunkt ab ihre territorialen Hoheitsrechte geltend machen wird, so hängt es von ihr ab, von woher und auf welchen Wegen West-Berlin seinen Warenbedarf deckt und wer auf dem Land- oder Luftwege ihr Territorium durchreist. Chrustschow hat es also über Ost-Berlin in der Hand, Tempo und Zeitpunkt der Abschnürung Berlins von seinen auswärtigen Verbindungen zu bestimmen, ohne daß ein akuter Kriegsgrund geschaffen zu werden braucht. Es kommt hinzu, daß die Verewigung der alliierten Besatzung in Berlin nach der sowjetischen Räumung vor aller Welt dokumentieren wird, daß sich Deutsche vor Deutschen mit fremden Waffen beschützen lassen. Dies ist die schlechteste Lösung.

Dritte Möglichkeit: Wiedervereinigung ganz Deutschlands auf dem Wege über Friedensvertrag und Konföderation. Westdeutschlands Leser und Hörer sind darüber im unklaren gelassen worden, daß diese Lösung in Chrustschows Noten wiederum ausführlich und nachdrücklich empfohlen wird. Wahrscheinlich hat Chrustschow die Berlin-Frage überhaupt in der Absicht aufgerollt, um endlich eine Generalbereinigung der Deutschen Frage auf einer Vier-Mächte-Konferenz unter Mitwirkung der beiden deutschen Teilstaaten durchzusetzen. In diesem Sinne wird die Chrustschow-Note auch von maßgebenden Persönlichkeiten in Washington und London verstanden. Auch die westdeutsche Parteiopposition stimmt dieser Deutung überwiegend zu. Es blieb der Bundesregierung vorbehalten, zu erklären, daß sie nicht bereit sei, „unter Druck zu verhandeln", — als ob sie jemals bereit gewesen wäre, ohne Druck über Entspannungsvorschläge zu verhandeln.

„Handlanger Moskaus"

Die Politik des Als ob, die in Bonn betrieben wird, fängt nachgerade an, lebensgefährlich zu werden. Man träumt von der amerikanischen Schützenhilfe, als ob inzwischen keine Sputniks in den Himmel aufgestiegen wären. Man pocht auf bundesdeutsche Monopolansprüche, als ob die „Zone" ein militärisches und politisches Vakuum wäre. Und manche Leute reden und handeln bereits so, als ob die Bundesrepublik als vierte Atommacht nötigenfalls auch allein mit den Sowjets fertig würde. Man hält an Parolen und Vorstellungen einer schon fernen Vergangenheit fest, während die Entwicklung unablässig fortschreitet und die Zeit sich als ein Parteigänger Moskaus erweist. Seit Jahren läuft man hinter der Entwick-

lung her und ringt sich erst dann mit halbem Herzen zu einem Entschluß durch, wenn der richtige Zeitpunkt längst verpaßt ist. Wie gern wäre man heute in Bonn bereit, gesamtdeutsche, freie Wahlen um den Preis des Desengagements zu erkaufen, aber dazu ist es heute zu spät. Heute beklagt sich Adenauer darüber, daß ihm Mikojan in Bonn seine Unterstützung in der Deutschen Frage versprochen habe; aber inzwischen ist die atomare Aufrüstung ohne Rücksicht auf die östlichen Rückwirkungen vorangetrieben worden. Man kann nun einmal nicht beides zugleich haben: Wiedervereinigung und Aufrüstung, das weiß auch Herr Adenauer ganz genau. Aber er hält offenbar die Ausrüstung mit Massenvernichtungsmitteln für wichtiger als die Wiedervereinigung und die Sicherung jener Stadt, der Herr Adenauer zu wiederholten Malen die Eignung als künftige deutsche Hauptstadt abgesprochen hat. Sein Desinteresse an Berlin und den Berlinern ist anläßlich seiner beiden letzten Aufenthalte in der alten Reichshauptstadt zur hellen Empörung ihrer Bewohner deutlich genug sichtbar geworden.

Nur zaghaft wagt sich in Presse und Rundfunk die Kritik an Adenauers Haltung hervor. Um so eifriger ist man trotz aller evidenten Mißerfolge des Bonner Kurses bemüht, die Kritiker der Bundespolitik als Dummköpfe oder Söldlinge Moskaus zu verleumden oder zu verfemen. Quislinge, die den Volksverrat als Kavaliersdelikt beschönigen oder gar als Heldentat feiern, wagen denen Verrat an Berlin, an Deutschland vorzuwerfen, die aus tiefer Sorge um ihr Volk schonungslos die Tatsachen beim Namen nennen, weil sie sonst nicht begriffen oder totgeschwiegen werden. Wer Reden oder Noten oder Zeitungsaufsätze in einer Form zitiert, die ihren Inhalt verfälscht, ist auch dann ein Lügner, wenn er kein Wort hinzu erfindet. Wer seiner guten Sache sicher ist, wird Beschimpfungen oder Verleumdungen seiner Person mit Gelassenheit hinnehmen. Aber es kann ihm nicht gleichgültig sein, welche politischen Folgen dieses System der Verfemung nach sich zieht.

Politischer Erdrutsch?

Die Aufrollung der Berlin-Frage hat in der deutschen Öffentlichkeit zunächst starke Beunruhigung hervorgerufen. Der scheinbare Rückzug Chrustschows auf eine Sechsmonatsfrist, die Treueerklärungen der Westmächte, die markigen Worte des West-Berliner Bürgermeisters und das eindeutige Berliner Wahlergebnis, nicht zuletzt die eiserne Ruhe des Bundeskanzlers gaben den breiten Massen das Vertrauen zurück, daß bei ihm ihr Wohl weiter in den besten Händen sei. Die Besinnungsfrist kann aber nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie dazu genutzt wird, die Gültigkeit der alten Formeln des Kalten Krieges zu überprüfen und die Bevölkerung mit den harten Tatsachen zu konfrontieren, die man bisher geflissentlich geleugnet hat. Würde diese Erkenntnis zu spät und schlagartig hereinbrechen, dann könnte es einen Erdrutsch der öffentlichen Meinung geben, den im deutschen Interesse niemand wünschen sollte.

In Bonner Parlaments- und Regierungskreisen beurteilt man die Lage unverändert ernst. Das gilt vor allem für die Sachkenner im Auswärtigen Amt und in den Reihen der Opposition, die baldige Verhandlungen mit Moskau für unerläßlich halten. Selbst in den Reihen der CDU wächst die Einsicht in die wachsende Gefahr. Im Führungskreis der CDU ist es zu scharfen Kontroversen gekommen, und es kennzeichnet die Krisenstimmung, wenn ausgerechnet in diesem Moment der außenpolitische Sprecher der Partei, Kiesinger, in die Innenpolitik flüchtet. Die Forderung nach Friedensverhandlungen, die Herr Gerstenmaier schon vor Monaten nachdrücklich erhoben hat, findet in der CDU immer mehr Anhänger, und die „Rebellen" im Kabinett, Schäffer und Lemmer, mußten vom Regierungschef mit sehr derben Mitteln zur Ordnung gerufen werden. Kein

Zweifel, es gärt in Bonn. Niemals seit der Gründung der Bundesrepublik wurde der außenpolitische Kurs des Bundeskanzlers im eigenen Kreis so scharf kritisiert.

Der nationale Notstand

Adenauer hat bisher noch jede Parteirebellion dank seiner Autorität und einer genialen Mischung von Druck und Verlockung niedergehalten. Diesmal, wo die erprobte Taktik zu versagen scheint, appelliert er an die Pflicht zur Einheit vor der drohenden Gefahr. Auch gegenüber der Opposition beruft sich der Kanzler auf den „Nationalen Notstand"; freilich liegt es ihm fern, damit im Sinne einer All-Parteiregierung ernst zu machen. Mit Recht macht die Opposition geltend, daß es gerade in diesem Zeitpunkt ihre gebieterische Pflicht sei, ihre abweichenden Vorstellungen von einer deutschen Friedenspolitik zur Geltung zu bringen. Je entschiedener dies geschieht, je präziser die konstruktiven Vorschläge der Opposition sind, desto besser für das Gemeinwohl. Eine Opposition, die in dieser entscheidenden Stunde versagen und schweigen würde, trüge eine klare Mitschuld an einer etwaigen Katastrophe.

Die Ausrede gilt heute nicht mehr, daß die Entscheidung über deutsche Fragen ja doch in den Händen der Großmächte liege. Das war schon in früheren Jahren nur bedingt richtig. Auch bei früheren Verhandlungen in London, in Berlin, in Genf konnten sich die Alliierten nur deshalb gegenüber den zahlreichen konkreten Vorschlägen der Sowjets behaupten, weil Adenauer ihre Ablehnung unterstützte, ja nachdrücklich betrieb. Heute haben die Westmächte, haben vor allem die USA ein vitales Interesse daran, sich mit den Sowjets zu arrangieren, denn der Traum vom Roll back, von einem Sieg der Politik der Stärke ist ausgeträumt. Heute bedauert man es in Washington, daß man sich in einer Zeit maßloser antikommunistischer Expansion in fast allen Teilen der Welt militärisch und vertragsrechtlich engagiert hat. Das ist in der Bagdadkrise und im Formosakonflikt deutlich genug geworden. In Genf verhandelt man gegenwärtig ernsthaft und nicht ohne Erfolg über eine kontrollierte Beendigung der Atomtests („Test-Versuche", sagt Herr Strauß!), man würde gern auch manchen Ballast des Kalten Krieges über Bord werfen. Aber da sind die Tschiang-kai-Scheks und Syngman Rhees, die auf ihrem Garantieschein bestehen und Geschäfte daraus machen, und da ist die öffentliche Meinung drinnen und draußen, vor der man nicht gern als unzuverlässiger, vielleicht gar wortbrüchiger Partner erscheinen möchte. Washington ist heute der Gefangene seiner antikommunistischen Propaganda und seiner globalen Engagements. Es ist nicht leicht, davon herunter zu kommen, ohne „sein Gesicht zu verlieren".

Der große Atomkrieg

Das weiß man natürlich auch in Bonn. Daher das Bestreben, die Garantien für Berlin noch einmal feierlich bestätigt zu erhalten. Für keinen Teil der Welt hat die US-Regierung so viele Garantien übernommen, und sie hat mit ihrer Luftbrücke vor neun Jahren bewiesen, daß es ihr damit ernst war. Darüber hinaus ist zu vermuten, daß Washington auch für andere westdeutsche Forderungen, welche die „Neuordnung im Osten" betreffen, konkrete Zusicherungen gegeben hat, im Austausch gegen Aufrüstung, Nato-Treue und Atombeschluß. Ein Zusammenbruch der Washingtoner Konzeption für den europäischen Revisionismus stellt damit auch die Bonner Konzeption ernstlich in Frage. Herr Strauß begründet die Dringlichkeit der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr neuerdings mit dem Argument, daß die Amerikaner in absehbarer Zeit die Bundeswehr in ihrem Abwehrkampf gegenüber dem Osten allein lassen könnten. Diese atomare Beschleunigung wurde wiederum der Anlaß für Chrustschow, eine baldige Regelung der

Mitteleuropafragen zu erzwingen. Noch ist die Bundeswehr nicht atombereit, noch stehen atomarausgerüstete amerikanische Einheiten auf bundesdeutschem Boden, die eingreifen müßten, wenn es zum militärischen Zusammenstoß kommt. Damit erhebt sich die Frage, welcher der Partner ein Interesse daran haben könnte, ein gewaltsame Entscheidung zu erzwingen oder mindestens den Gegensatz bis an den Abgrund eines großen Krieges zu steigern. Denn daß um Berlin, um das geteilte Deutschland im Gegensatz zu Libanon oder Quemoy der „große Krieg" ausbrechen und daß mindestens in seiner zweiten Phase die Amerikaner beteiligt sein würden, darüber herrscht auf keiner Seite der geringste Zweifel.

Wir erleben also einen Wettlauf mit der Zeit, der über Leben und Tod der Völker unseres Kontinents entscheiden kann. Auf der einen Seite stehen jene Kräfte, die eine Machtentscheidung suchen — um mit Herrn Strauß zu reden: die „potentiellen Kriegsverbrecher" — auf der anderen Seite jene Gruppen, die einen Ausgleich zwischen Ost und West und damit über Deutschland suchen. Chrustschow hat für diesen Wettlauf mit der Zeit eine Frist gesetzt, die Ende Mai abläuft, und nur Phantasten können glauben, daß er die Frist verlängern wird, wenn der Westen nichts tut als Nein sagen.

Präsident Eisenhower hat einmal das bemerkenswerte Wort gesprochen, daß es zum Frieden keine Alternative gebe. Im Zeichen der großen Bombe hat dieses Wort eine mehr als rhetorische Bedeutung bekommen. Die westliche und östliche Welt wissen, daß Eisenhower recht hat. Um so weniger ist es zu begreifen, daß es in Bonn Leute gibt, die den kriegerischen Konflikt ernstlich in ihre Rechnung der Stärke einkalkulieren, ja, die dabei mit fremden Armeen rechnen und mit Atombomben, über die sie selbst — noch nicht — verfügen. In den westlichen Hauptstädten weiß man um den lebensgefährlichen Ernst der Lage, dort macht man sich eifrig Gedanken um die Wege, die zur Rettung des Friedens und zur Normalisierung in Mitteleuropa führen können. Dort weiß man, daß Berlin nur ein Symptom jenes Krankheitszustandes ist, unter dem Mitteleuropa seit 13 Jahren leidet. Ausgerechnet einer d e u t s c h e n Regierung blieb es vorbehalten, alle Schritte zu Verhandlungen und zur Entspannung abzulehnen, bevor nicht die sowjetische Weltmacht ihre wohlgezielte politische Aktion kurzer Hand widerruft. Anstatt die deutsche Öffentlichkeit mit dem Ernst der Lage und der Notwendigkeit von Konzessionen vertraut zu machen, appelliert man wie mitten im heißen Krieg an die eiserne Entschlossenheit der Bundesbürger zum Widerstand, wirft der Bundeskanzler in die schwelende Flamme noch das hoch entzündliche Oder-Neiße-Problem. Das Spiel mit dem Feuer kann tödlich enden. Es gibt nur einen Weg, um hiermit noch fertig zu werden: Verhandlungen, auf der Ebene der vier Großmächte über den Friedensvertrag und auf gesamtdeutscher Ebene über unser höchstes nationales Anliegen: die Wiedervereinigung. Es gab Leute, die es nach Bekanntwerden der Schäffer-Reise für möglich hielten, daß die heutige Bundesregierung selber diesen neuen Weg einschlage. Leider zeigen die Erfahrungen der letzten drei Wochen, daß diese Hoffnung ein Wunschtraum war. Wenn aber diese Regierung nicht zu Verhandlungen geht, dann müssen die anderen es tun — und sie werden es tun. Unser nationales Schicksal darf nicht am blinden Nein von wenigen zerbrechen. Aus einer Alternative der Bonner Außenpolitik wird damit eine Alternative des Bonner Regimes.

Adenauer hat gesagt: „Diese Note muß weg." Wenn das sein letztes Wort ist, dann gibt es darauf nur noch eine Antwort: „Dieser Kanzler muß weg."

Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning

Das Berliner Problem und die politische Weltlage

Die weltpolitische Lage steht unter dem Zeichen, daß die politische Initiative restlos in die Hände der bolschewistischen Mächte gelangt ist. Man kann aus dieser Tatsache nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß die Westmächte in ihrer abwartenden Haltung dem Frieden dienten, während der Osten durch neue Vorstöße den Kalten Krieg belebe und somit den Frieden gefährde. Es ist vielmehr immer noch und mehr denn je das Fehlen einer schlüssigen Außenpolitik der Westmächte, insbesondere der Vereinigten Staaten, die das Gesetz des Handelns hat in die Hände des Ostens übergehen lassen. Es fehle noch immer an einer außenpolitischen Konzeption. Es sei noch immer keine Spur einer zusammenhängenden amerikanischen Politik zu entdecken, warnt der bekannte Kolumnist Joseph Alsop. Überhaupt keine Politik scheine das einzige Ziel in Washington zu sein. Man kann geradezu von einer Politischen Katalepsie sprechen. Die vulkanischen Eruptionen im Mittleren Osten hätten die Basis für das, was als amerikanische Politik galt, zerstört. Die großen Niederlagen des letzten Frühlings und Sommers hätten Amerikaner und Briten in ihrer Politik zu bloßen Rückzugsstationen reduziert. Nicht anders, wird man hinzufügen können, ist die politische Haltung des Westens im Fernen Osten zu beurteilen. Man nennt beschönigend „Kursänderung", was in Wirklichkeit politischer Rückzug ist. Während bisher die amerikanische Chinapolitik auf dem Dogma zu beruhen schien, daß die Exilregierung Tschiang-Kai-scheks in Formosa die einzig legitime sei und daß eines Tages dieses richtige China die Unterstützung des Westens erhalten würde, um das Revolutionsregime auf dem Festlande zu stürzen, erklärt Staatssekretär Dulles überraschend im Formosakonflikt, Amerika werde auch keine Angriffe gegen die Chinesischen Kommunisten tolerieren, und zwang Tschiang, seine Streitkräfte auf den vorgeschobenen Inselpositionen zu verringern, was nichts anderes als die endgültige Preisgabe jeder Aktion auf dem Festlande bedeuten kann. Unter dem Druck eines möglichen Großkrieges bekennt sich Dulles zu einer neuen Politik, die die New York Times ein neues Konzept der nationalchinesischen Mission nennt. Es weist dem Formosa-China die Funktion eines „kulturellen Vorbildes" zu. Man wird angesichts dieser Entwicklung von einem zweiten Grundzug der weltpolitischen Lage sprechen müssen, und kann ihn als das Abschlagen der äußeren Verschalung der westlichen Politik bezeichnen.

In dieser Liquidation vorgeschobener politischer Positionen drückt sich das Scheitern der bisherigen politischen Ersatzkonzeptionen, der Politik der Rückdrängung und der Eingrenzung des Bolschewismus aus, die etwas vollmundig in Parallele zu der ehrwürdigen amerikanischen Monroedoktrin als Truman- und Eisenhowerdoktrin bezeichnet wurden. Politisch weniger sichtbar ist die Entwertung oder mindestens Schwächung von Positionen militärischer Natur, wie es die vorgeschobenen Flugbasen der strategischen Bomberkommandos sind. Vollzieht sich dieser Rückgang des Westens planmäßig in neue vorbereitete Positionen? Wo ist die Linie des wirklichen Widerstandes des Westens? Das sind die besorgten Fragen der Bundesgenossen Amerikas. Nicht der Rückzug aus unhaltbaren Positionen ist schon besorgniserregend; er könnte vielmehr vielfach als Erleichterung empfunden werden. Anlaß zur Sorge ist vielmehr die Ungewißheit über die eigentlichen politischen Absichten der Vereinigten Staaten. Zu dem Element der Unsicherheit, das durch die Theorie vom „kleinen Krieg" in die Abschrek-

kungsstrategie getragen ist, kommt die Ungewißheit über die eigentliche Linie, die politisch gehalten werden soll und an der es nicht im Augenblick der akuten Krise zu dem kommt, was die amerikanische Presse etwas euphemistisch „Kursänderung" nennt. War es zudem zweckmäßig, mit solchen Kursänderungen zu warten, bis sie durch den Ernst der Lage erzwungen wurden? Wäre es nicht wesentlich fruchtbarer und vertrauenerweckender gewesen, wenn der Rückzug aus vorgeschobenen Positionen auf Grund eigener Initiative, nicht aber als Reaktion auf die Initiative anderer Mächte erfolgt wäre? Der Kern der Besorgnis über die Entwicklung ist die Frage, ob solche Kursänderungen, wie sie im Mittleren Osten und im Formosastraßenkonflikt geschahen, wohl überlegte Züge im Rahmen einer neuen politischen Konzeption oder nur Improvisationen sind, die durch die Lage plötzlich erzwungen sind.

Am naivsten, weil ungewollt, hat dieser Ungewißheit der bundesdeutsche Wehrminister erst jüngst Ausdruck gegeben. Er hat dies zwar zur Begründung der Notwendigkeit einer starken eigenen Verteidigungsmacht getan; aber seine Ausführungen über die Gewißheit, daß die Amerikaner um örtlicher Ziele willen — wie Berlin etwa — nicht einen Krieg mit Wasserstoffbomben riskieren, waren ebenso überzeugend wie die über die Ungewißheit, wann und wofür sie überhaupt einen Wasserstoffbombenkrieg riskieren würden. Ungewißheit besteht jedoch nicht nur über den Einsatz der äußersten militärischen Mittel der Vereinigten Staaten, sondern hinsichtlich aller bisher als die Richtlinien einer gemeinsamen Politik geltenden politischen Weisungen. Die Verschlechterung der Lage aller Westmächte ist nicht die Folge einer mit größerer Skrupellosigkeit und Aggressivität betriebenen Politik der bolschewistischen Mächte, sondern des mangelnden Willens oder unzulänglicher Urteilsfähigkeit der führenden Politiker, die schon 1953/54 sichtbar gewordenen Machtverschiebungen zu realisieren und sich ihnen rechtzeitig durch eine Revision der außenpolitischen Konzepte anzupassen. Eine weniger starre Haltung in den Konferenzen von Berlin und Genf in den Jahren 1953/55 hätten die Verluste und Prestigeeinbußen des Westens, die mit den Rückzügen dieses Jahres nicht ihr Ende gefunden haben werden, sicherlich vermeiden lassen. Immer deutlicher wird es, daß zur Zeit der Berliner Konferenz 1953/54 sich der Westen in der günstigsten Verhandlungsposition für eine allgemeine Beilegung des Kalten Krieges befand. Das damals Versäumte ist nicht mehr nachzuholen. Wohl aber ist es möglich, eine Wiederholung der damals begangenen Irrtümer zu vermeiden. Gerade das aber ist die Gefahr, die allen Beteiligten droht, nicht nur der Bundesrepublik, die Gefahr, daß abermals das Mögliche in der Hoffnung auf ein später erreichbares Besseres ausgeschlagen wird, daß man sich an irreale Formen klammert — wie seinerzeit an das „Junktim" zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung; daß man sich in legalistischen Argumenten verliert und daß man die ganze Lage überhaupt verkennt. Es ist die fatale Schwäche von Anciens Regimes, das Unvermeidliche immer zu spät zu tun. Die Politik des Westens ist ein unschöpferisches, phantasieloses „muddling through".

Ein „Durchwursteln" ohne eine feste oder gar „weltanschaulich verankerte" Konzeption ist bisher die Stärke der englischen Politik gewesen; sie hat in der Tat den Vorzug einer Beweglichkeit und nüchternen Realistik, die doktrinär verhärteten politischen Konzeptionen abgeht. Aber die Konzeptionslosigkeit der amerikanischen Politik ist schlechterdings ratloses Abwarten auf Entwicklungen, die die Lage verbessern könnten. Es fehlt ihr das Durchdenken des eigenen Handelns. Sie wartet auf ein Geschehen bei anderen. Solch ein Abwarten hoffte zur Zeit Stalins auf den Zusammenbruch des bolschewistischen Systems in Dia-

dochenkämpfen nach dem Tode des Diktators; es erwartete eine Liberalisierung des Systems unter dem Druck innerer Schwierigkeiten; es hoffte auf eine Militärdiktatur unter einsichtsvollen und dem Westen zugänglichen Generalen und es hofft gegenwärtig neben wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf eine Zuspitzung der Beziehungen der bolschewistischen Staaten, insbesondere der natürlichen Gegensätzlichkeit von Rußland und China. Wenn jüngst aus London berichtet wird, daß ein politischer Vorstoß Rußlands einiges fundamentales Umdenken unter den Alliierten veranlaßt habe, so charakterisiert dies treffend die Abhängigkeit der westlichen Politik von der Initiative der Gegenseite, und man wird mit einigem Erstaunen registrieren, daß es äußerer Anstöße bedarf, um dreizehn Jahre nach dem Kriege „neue Wege zu prüfen" und selbst Risiken für einen Versuch der Verständigung auf höchster Ebene in Kauf zu nehmen. Wenn Staatssekretär Dulles gar von der Notwendigkeit spricht, 50 oder 100 Jahre abwarten zu müssen, um etwa eine Lage zu erreichen, in der es zu einer Verständigung zwischen Amerika und Rußland kommen könne, so ist das nicht nur das Eingeständnis der Ratlosigkeit, sondern auch irreal, weil es die Verkennung der Dynamik der Lage bedeutet.

Auch der politische Gegner der bolschewistischen Mächte sollte daher der neuesten Initiative Sowjetrußlands in der Berliner Frage immerhin dafür dankbar sein, daß sie ohne Zweifel Illusionen beseitigen wird, daß sie die reale Lage von dem bisherigen Dunst und Brodem der Phrasen klärt und dazu beiträgt, daß gesündere und haltbarere Regelungen mindestens erörtert werden können. Sie beendet die Stagnation, die politische „Katalepsie", in die wir durch die Initiativelosigkeit und den Quietismus der westlichen Politik geraten sind. Sie erlaubt vor allem, die Frage nach der deutschen Einheit, die von den Westmächten als nicht zeitgemäß ad acta gelegt war, erneut aufs Tapet zu bringen. Die Einzelzüge des sowjetischen Vorstoßes in der Berliner Frage können hier als bekannt vorausgesetzt werden. Wenn man nach den Motiven fragt, warum gerade jetzt das Berliner Problem aufgerollt und ein dem chinesischen Zuge entsprechender Zug zur Klärung der europäischen Lage unternommen wurde, so wird man weiter ausholen müssen, um das Geschehnis in seiner ganzen Tragweite zu erkennen. Man wird gut tun, zur Erläuterung das ausführliche und ungewöhnlich offene Gespräch dabei heranzuziehen, das der russische Premier Chrustschow kürzlich mit dem amerikanischen Spitzenkolumnist Walter Lippman hatte. Im Licht dieser Ausführungen zeigt sich klar und deutlich, was die bolschewistische Politik mit ihren Vorstößen im Mittleren Osten, in der Formosastraße und nunmehr im europäischen Konfliktzentrum Berlin bezweckt. Es ist keineswegs, wie man vielfach im Westen zunächst annahm, eine „Diversion", gewiß kein bloßes taktisches Manöver, am allerwenigsten ein Bluff, ein „Nadelstich" oder nur ein Schachzug im Kalten Kriege. Es ist vielmehr die Ankündigung der Absicht, den Westen Farbe bekennen zu lassen, ob ihm an einer friedlichen Beilegung der Weltkonflikte gelegen ist oder ob er eine von Moskau aus als zweideutig empfundene Politik weiter führen will, die so, wie sie zur Zeit dahin treibt, zu weiteren Verschärfungen der Spannungen führen muß, an deren Ende der Präventivkrieg mit einem Wettlauf um den günstigsten Absprungsmoment droht. Der Politiker des Westens wird dabei in Betracht ziehen müssen, daß von Moskau aus gesehen, der sozialen Theorie entsprechend, der Spätkapitalismus im Endkampf um seine Existenz „faschistisch und aggressiv" wird, und daß eine Reihe politischer Erscheinungen im Westen als bedrohliche Bestätigung dieser Theorie aufgefaßt werden müssen. Daher steht im Mittelpunkt des erwähnten Interviews die fundamentale Wahrheit, daß die Wiedergewinnung wechselseitigen Vertrauens zu-

einander das erste Erfordernis einer Verständigung sei, nicht Kontrollvereinbarungen über die Atomwaffe oder Abrüstungsmaßnahmen und andere solche Vorleistungen des Vertrauens. Der Westen, in seiner Subjektivität oft allzu selbstgefällig, übersieht es, daß nicht nur e r ein begründetes Mißtrauen zu überwinden hat, sondern ebenso der Gegner, der auf eine lange Reihe unfreundlicher und feindlicher Akte in seiner vierzigjährigen Geschichte zurückblickt. Eine Entspannung des Verhältnisses zwischen West und Ost kann nicht ausschließlich von den Einzelproblemen her erarbeitet werden; sie ist vielmehr von einer neuen politischen Haltung zueinander abhängig, und jede Lösung der Einzelfragen wird nur in dem Maße möglich werden, als die Erörterung der gegensätzlichen Interessen und Anschauungen nicht durch Mißtrauen beschwert wird. Mit einer beispiellosen Offenheit, ja mit einer heilsamen Brutalität hat Chrustschow die ganzen taktischen Blenden und Fassaden niedergerissen, weil nur in voller Offenheit der Boden für eine realistische Verständigung geebnet werden kann. Nicht ein mythischer „Genfer Geist" kann das Mißtrauen beseitigen, sondern die rückhaltlose Aufdeckung der Karten; die Voraussetzungen und Grenzen einer Verständigung, ohne Beschönigung noch diplomatische Sprachregelung. Es ist anzunehmen, daß in Amerika gerade diese „down to earth"-Sprache offene Ohren finden wird und daß auch der Teil seiner Ausführungen nicht als Drohung aufgefaßt wird, sondern als das, was er ist: als die Feststellung einer unaufhaltsamen Entwicklung, wenn es zu einer Entspannung nicht kommt.

Wie schwierig trotzdem und wie voller Mißverständnisse schon die allerelementarsten Voraussetzungen einer Verständigung sind, zeigen die Ausführungen des gewiß verständniswilligen Publizisten Lippman über den Begriff des status quo. Mit Recht hebt Lippman hervor, daß der übliche Sprachgebrauch darunter eine politische Lage versteht, wie sie im gegenwärtigen Augenblick existiert, während die russische Auffassung damit etwas spezielles, mit Bezug auf die konkrete Lage, ausdrückt. Es bedeutet die Anerkennung der durch die bolschewistische Revolution geschaffenen Ordnung und des durch die machtpolitische Entwicklung erreichten Geltungsbereiches als bleibendes Faktum der Politik. Konkret gesprochen heißt das, daß eine Entspannung zur Voraussetzung hat, daß alle westlichen Bestrebungen der Rückgewinnung von Gebieten, in denen der Kommunismus einmal zur Geltung gelangte, für die liberale demokratische Ordnung aufgegeben werden; mit anderen Worten: alle Versuche einer „Rückrollung" nicht nur des russischen Machtbereiches, sondern des bolschewistischen Geltungsbereiches auch dort, wo in den Abmachungen der Alliierten während des Krieges nur das erstere gemeint war. So schwierig der Verzicht auf Rückgewinnung solcher Gebiete wie Polen, Tschechoslowakei und die Deutsche Demokratische Republik für den Liberalismus der Westmächte sein muß: er ist schlechterdings die conditio sine qua non einer Entspannung. Die Anerkennung des status quo bedeutet somit im russischen Sinn angesichts der konkreten Lage die Aufgabe gegenrevolutionärer Bestrebungen sowohl in den einzelnen Herrschaftsräumen des Kommunismus als auch gegenüber dem Kommunismus als sozialem Ordnungswillen. Es bedeutet das Fallenlassen des mit so viel Selbstgerechtigkeit verbundenen Kreuzzugskomplexes. Die Forderung der Erhaltung des status quo bedeutet dagegen in der russischen Auffassung n i c h t die Galvanisierung der gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnisse und Beziehungen der Weltmächte zu einander. Das kann deshalb nicht der Fall sein, weil sich die Welt in einem unaufhaltsamen Prozeß revolutionärer Umgestaltung befindet, die es nur ihrem Wesen nach revolutionären, dynamischen Mächten erlaubt, sich der Entwicklung anzupassen. Man kann das indessen nicht, wie Lippman interpretiert, als das

Verlangen einer Voraus-Anerkennung aller künftigen Fortschritte der bolschewistischen Weltrevolution auffassen, eine Anerkennung der Revolution „nicht nur wie sie ist, sondern wie sie sich entwickeln wird". Es wird vielmehr lediglich die tatsächliche Lage dahin charakterisiert, daß keine Garantie eines augenblicklichen Besitzstandes den unaufhaltsamen Fortgang der revolutionären Umgestaltung aller menschlichen Daseinsordnungen und ihre politischen Auswirkungen aufhalten kann. Ihr gegenüber kann sich nur eine in sich selbst revolutionäre Ordnung behaupten. Gibt es eine andere als die kommunistische, so hat sie dieselbe Chance. Bleibt diese die einzige, so ist der Endsieg des Kommunismus nicht zweifelhaft. In den Augen Chrustschows gibt es keine andere. Daher ist sein Glaube an den Endsieg des Kommunismus nicht als Drohung oder Ankündigung einer expansiven Politik, sondern als Ausdruck eines Glaubens aufzufassen, bestimmt durch die Entwicklung des westlichen Liberalismus zu einem Ordnungssystem, das seine einst revolutionären Impulse eingebüßt hat. Zwischen den Zeilen des Chrustschow-Interviews steht somit kein Anspruch darauf als Vorbedingung einer Verständigung, Asien und Afrika und alle unterentwickelten Länder dem Kommunismus als Einflußzone zu überlassen. Was vielmehr herauszulesen wäre, das ist die Feststellung, daß die Westmächte es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie aus der sich vollziehenden Weltumgestaltung politisch und sozial als die Verlierer hervorgehen sollten. Der Liberalismus des Westens wird sich nur als revolutionärer Impuls behaupten können, so weit er an der Umgestaltung schöpferisch teilnimmt; nicht aber als Ideologie eines nur seine „wohlerworbenen" Rechte und Besitzstände erhaltenden Machtstrebens. Die Konzeptionslosigkeit des Westens beruht auf seiner Ratlosigkeit der sich überall durchsetzenden Änderung gegenüber, auf seiner Unwilligkeit, sie in ihrer Berechtigung und Notwendigkeit anzuerkennen und dabei zu helfen, statt sich zurückzuhalten.

Der bundesdeutsche Politiker wird an diesem Interview von Lippman nicht vorübergehen können, wenn er den eigentlichen Sinn des russischen Vorstoßes in der Berliner Frage verstehen und nach Möglichkeit ihrer Lösung im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und einer Beilegung des Kalten Krieges suchen will. Er wird dabei nicht übersehen, daß dieser Vorstoß in unmittelbarem Zusammenhang mit der deutschen Aufrüstung mit Atomwaffen steht. Zweifellos ist es die Absicht, an diesem schwächsten Punkt der europäischen Position Amerikas das deutsche Problem in seiner Gesamtheit aufzurollen, die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem hochgerüsteten Machtstaat zu brechen. Der bundesdeutsche Politiker wird sich dabei der Gefahr bewußt sein müssen, daß es unter Umständen angesichts der für die Westmächte höchst unbequemen Lage zu einer ähnlichen oder gar weiter gehenden „Kursänderung" der Dulles' schen Politik kommen könnte wie im Formosakonflikt. Die Bundesrepublik, die sich so sicher ist, politisch diesmal auf „der richtigen Seite" zu stehen, könnte sich eines Tages zwischen allen Stühlen sitzend finden oder gar zwischen Hammer und Amboß. Der Hinweis Chrustschows auf eine mögliche Wiederholung des Hitler-Stalin-Paktes ist keine grundlose Verdächtigung, wie die westtreue bundesdeutsche Politik behaupten wird. Sie ist die logische Folgerung aus einer militärisch unhaltbaren Lage, in die der Westen und Bonn die Bundesrepublik hineingetrieben haben. Diese Äußerung des russischen Premiers hat denn auch bereits die Aufmerksamkeit und das Mißtrauen der amerikanischen Öffentlichkeit gefunden, wie zum Beispiel soeben einer Radiorede zu entnehmen war. Es läßt sich denn auch kaum ein anderer Ausweg für die bundesdeutsche Politik im Ernstfall denken, um die totale Zerstörung des Bundesgebietes in wenigen Augenblikken durch russische Raketen zu verhindern, als die im Höhepunkt der Krise voll-

zogene Schwenkung zu den Russen, was denn auch der amerikanische Redner andeutete. Man wird sich dabei erinnern, daß ebenfalls im Westen bereits Bedenken über das Ausmaß und das Tempo der deutschen Rüstung aufgetaucht sind und neuerdings Zweifel darüber geäußert werden, ob dies eine richtige Politik gewesen sei. Man spricht von einem „German runaway rearment", einer aus der Kontrolle geratenden Aufrüstung, erinnert sich an das Hitler'sche Verfahren und vermutet eine besonders „verschlagene" Politik der Deutschen. Man wird in diesem Zusammenhang kaum von einem Zufall sprechen, daß ausgerechnet in diesem Augenblick das Aufsehen erregende Gespräch bekannt wurde, das mit Duldung des Bundeskanzlers ein Bundesminister mit dem russischen Botschafter in der DDR und anderen Persönlichkeiten dort über Möglichkeiten der Wiedervereinigung hatte. Die Indiskretion hatte zweifellos den Zweck, die Möglichkeiten einer politischen Schwenkung des deutschen Volkes in den Augen des Westens zu unterstreichen. Wie dem sei, jedenfalls ist es von schwerwiegender Bedeutung, daß die Sowjetregierung die gemeinsame Kontrolle eines nicht voll gerüsteten Deutschlands durch Westen und Osten der Gewinnung der Bundesrepublik für ihren Machtbereich vorzieht. Angesichts des wachsenden Unbehagens des Westens über die deutsche Aufrüstung wird dieser Wink im Westen wohl verstanden, auch wenn sich vorläufig noch keine wichtigen Stimmen darüber geäußert haben. Es könnte zu Entwicklungen führen, die den Deutschen zeigen, daß im Grunde bei den ehemaligen Siegermächten noch nichts vergessen ist, was gestern geschah, und daß eine Rückkehr feindseliger Gesinnung infolge der ungewöhnlichen Wirtschaftsblüte, der wachsenden Macht und eines häufig genug jeden Takt vermissen lassenden Selbstgefühles nur weniger politischer Ungeschicklichkeiten bedarf, um politisch einen Bergsturz herbeizuführen. Es ist jedenfalls an der Zeit, daß die bundesdeutsche Politik, statt die gepanzerte Faust zu zeigen oder die Bundesgenossen zu Akten der militärischen Gewalt aufzufordern, sich für eine Politik der Verständigung ausspricht, selbst wenn eine solche e r h e b l i c h e e i g e n e O p f e r kosten wird. Denn wenn eines Tages — und es ist unvermeidbar, wenn es nicht rechtzeitig vorweg genommen wird — eine Verständigung über den Kopf einer sturen und auf ihrem legalen Recht beharrenden Bundesrepublik erfolgt, werden die Opfer der Deutschen ungleich größere sein. Die bundesdeutsche Politik sollte sich, anstatt im billigen Unwillen hochzukochen, vielmehr bei der Berliner Frage darüber klar werden, daß auch für die deutsche Lage das zutrifft, was Chrustschow so nachdrücklich betont hatte, nämlich daß es zuerst der G r u n d l e g u n g des Vertrauens bedarf und daß die Initiative zu einer solchen, auch Sowjetrußland gegenüber, bei dem deutschen Volk liegt. Es genügt nicht, „auf der richtigen Seite zu stehen", weil die richtige Seite unter Umständen eine sehr unrichtige Politik treiben kann. Es kommt vielmehr darauf an, aus einer zweimaligen Katastrophe die richtige Schlußfolgerung zu ziehen, nämlich, daß die politischen Probleme nicht länger mit Gewalt gelöst werden können, am allerwenigsten die eines Volkes der Mitte, das mit seinen Beziehungen nach allen Seiten verknüpft ist.

Es ist nicht der Zweck dieser Ausführungen, konkrete Vorschläge für die Lösung der Berliner Frage und der gesamten deutschen Probleme zu machen. Das wird von anderer Seite aus geschehen. Aber im Zusammenhang mit der politischen Weltlage sind dazu ein paar Worte zu sagen, nämlich darüber, was jedenfalls n i c h t versucht werden sollte. Im Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, sind die Gegenvorschläge der Westmächte noch nicht bekannt geworden. Die bisherigen Äußerungen lassen jedoch befürchten, daß hier weder der volle Ernst der Lage erkannt wird noch die Stärke der Verhandlungsposition der Sowjets, die zu

einem guten Teil die Folge der quietistischen, den eigentlichen Problemen aus dem Wege gehenden Politik des Westens ist. Es besteht somit wenig Hoffnung, daß es zu einem ersten Schritt wirklicher Verständigung über ein konkretes Problem, wie es die Berliner Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands ist, kommen könnte. Es kommt hinzu, daß die Position des Staatssekretärs Dulles durch den Ausgang der amerikanischen Wahlen noch nicht im Handumdrehen erschüttert ist, wohin Äußerungen demokratischer Senatoren zielen. Man wird deshalb trotz „Kursänderungen" mit der Beibehaltung der Generallinie der Dulles'schen Politik zu rechnen haben, die darin besteht, ständig am Rande des Atomkrieges weiter zu wandern und nur völlig unhaltbare Positionen aufzugeben. Ob dazu die Berliner und deutsche Position gehört, wird die Zukunft lehren. Ganz so schlimm wie bei Tschiang Kaischeck wird es dabei nicht abgehen. Aber es könnte doch sein, daß im weiteren Verlauf der Entschließung trotz aller männlichen Worte der Bundesrepublik auch keine größere Mission zuerkannt wird als die Funktion eines „kulturellen Vorbildes".

Darüber besteht wohl allseitige Übereinstimmung, daß eine isolierte Lösung des Westberliner Problems nicht annehmbar und nur ein Provisorium sein könnte; ebenso daß eine einfache Ablehnung von Verhandlungen über eine Neuregelung nicht richtig wäre. Die anfänglichen Proteste mit Bezug auf die Rechtslage sind gegenstandslos. Die diesbezüglichen Ausführungen erinnern allzu sehr an jenen Morgenstern'schen Vers, in dem messerscharf bewiesen wird, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Mit taktischen Ausflüchten, zu denen phantasielose diplomatische Routiniers ihre Zuflucht nahmen, wie etwa dem Vorschlag eines „Plebiszits" über den Status Westberlins als Freie Stadt, betreibt man nur Schaumschlägerei. Auch der Appell, mit Tanks und Kampffliegern sich die freie Zufahrt nach Westberlin gegebenenfalls zu erzwingen, ist angesichts der realen Lage Geschwätz. Von realistisch denkender Seite ist denn auch solchem Ansinnen gegenüber darauf hingewiesen worden, daß um Berlin 22 sowjetische Kampfdivisionen stünden. Über die veränderte Lage bezüglich einer neuen „Luftbrücke" ließ sich der bekannte Kolumnist Drew P e a r s o n vernehmen, daß 1948 Amerikas strategisches Luftkommando über eine hundertfache Überlegenheit an Vergeltungsgewalt verfügt habe. Gegenwärtig sei die totale Luftstärke der Russen 28 000 Flugzeuge, von denen 18 000 als Kampftypen zu gelten hätten, während Amerikas Luftstärke auf 20 000 mit 13 000 Kampftypen herabgesunken sei. Nicht berücksichtigt sei dabei die weite Überlegenheit der Russen an Raketen.

Es ist indessen kaum anzunehmen, daß es infolge Westberlins zu einem Atomkrieg kommen würde. Solange Truppen der Westmächte in Berlin bleiben, ist eine gewaltsame Änderung des Berliner Status kaum zu befürchten; denn zur Überraschung Bonns hat Staatsekretär Dulles bereits verlauten lassen, bei einer Änderung des Berliner Kontrollsystems mit der Deutschen Demokratischen Republik als Stellvertreter der Sowjets wegen der Zufahrtsstraßen in Verhandlung treten zu wollen. Das stelle keineswegs eine Anekennung als Staat dar, setzte er beruhigend hinzu. Die eigentliche Gefahr für Westberlin ist vielmehr d e r u n g e k l ä r t e S c h w e b e z u s t a n d und die Ungewißheit über die Zukunft. Jedermann wird sich sagen, was bisher nicht so deutlich in Erscheinung getreten ist, daß eines Tages die Schutztruppen des Westens zurückgezogen werden und daß es nicht lohnt, in einem Gemeinwesen sich wirtschaftlich zu betätigen, in dem jeden Augenblick durch unvorhergesehene Entwicklungen eine Änderung aller Besitzverhältnisse und Betätigungsmöglichkeiten eintreten könnte. Im Grunde besteht zwischen dem bisherigen Zustand unter dem Schutz der Okkupationsmächte und dem von Moskau vorgeschlagenen einer Freien Stadt kein so großer Unterschied, um die Empörung zu rechtfertigen, die der Vorschlag ausgelöst hat; beides sind

nur Provisorien. Die Empörung muß daher viel mehr als der Ausdruck einer Enttäuschung über die durch den russischen Vorschlag sichtbar gewordene prekäre Lage Westberlins und die Unfähigkeit der Westmächte, eine wirksame Änderung herbeizuführen, gewertet werden. Auf die Dauer würde Westberlin auch bei aller Unterstützung durch die Bundesrepublik unter dem Schutz der alliierten Mächte wirtschaftlich und moralisch zum Erliegen kommen, wenn die Wiedervereinigung um 50 oder 100 Jahre verschoben wird. Westberlins Lebenswille nährt sich von der Hoffnung einer baldigen Eingliederung in ein ganzes Deutschland und der Rückgewinnung der Funktion als Hauptstadt. Wird diese Hoffnung zerstört, so ist an dem Endergebnis nicht zu zweifeln, trotz internationaler Bauwettbewerbe und Bundestagstagungen. Die Vorstellung Bonns, daß allein schon die Anwesenheit alliierter Truppen in Berlin und auf dem übrigen Bundesgebiet eine Garantie für bewaffnete Hilfe im Falle eines Konfliktes dadurch dargestellt, daß sie in militärische Aktionen hineingezogen werden und Washington nichts anderes übrig bleiben würde, als mit dem vollen Schwergewicht seiner Rüstung in den Austrag des Konfliktes einzutreten, ist nicht mehr richtig. Gerade die Vermutung solcher Spekulationen bei der bundesdeutschen Regierung könnte vielmehr unter dem wieder erwachten Mißbehagen an der deutschen Machtposition die gegenteilige Wirkung haben. Auch die Anwesenheit einer amerikanischen Flotte hat im Formosakonflikt nicht dazu geführt, daß dieser sich zu einem „Befreiungskrieg" Tschiangkai-Scheck-Chinas auf dem Kontinent auswuchs.

Man wird befürchten müssen, daß der Westen in seinen Gegenvorschlägen zu einer Lösung des deutschen Problems nicht wesentlich über die bisher angeregten Regelungen hinausgehen wird. Es verlautet zur Zeit, daß es im Kern bei dem Vorschlag zur Wiedervereinigung auf Grund freier Wahlen sein Bewenden haben werde, und daß der Forderung, den Status quo zum Ausgangspunkt zu nehmen, so wie dies von russischer Seite verstanden wird, kaum Rechnung getragen werden wird; das heißt, daß die soziale Ordnung im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik nicht angetastet werden dürfe. Im Verlauf langwieriger und zunächst wahrscheinlich ergebnisloser Verhandlungen wird sich für die Bundesrepublik reichliche Gelegenheit für eine eigene Initiative in der Lösung des Berliner Problems und der Wiedervereinigungsfrage bieten. Zu einem Erfolg können sie nur führen, wenn die Bundesrepublik nicht bei dem bisherigen Tenor ihrer Politik verharrt, zu „halten, was sie hat", sondern wenn sie bereit ist, für die Lösung Opfer zu bringen, nicht materielle in klingender Münze, keine Milliarden aus dem Juliusturm, wie einige politische Schlauberger zu glauben scheinen. Wohl aber das Opfer einer — im wesentlichen ohnedies illusorischen „Sicherheit". Die Bundesregierung muß unter Umständen in der Bereitwilligkeit, auf die Grundforderung der Sowjets einzugehen, weiter gehen als die übrigen Westmächte und diese im Willen, zu einer Entspannung zu kommen, mitreißen, statt hinter ihnen als grollender Schäferhund nachzutrotten. Das ist die einzige Chance, daß die Bundesrepublik sich nicht eines Tages von dem Verständigungswillen der anderen Mächte überspielt sieht und zum Sündenbock für eine seit langem veraltete und verfehlte Politik gemacht wird. Es ist in diesem Zusammenhang erfreulich zu hören, daß bereits 1956 ein Bundesminister den Versuch eines unmittelbaren Kontaktes mit der DDR machte und den Plan einer Konföderation erörterte. Es gibt also in der regierenden Partei Elemente, die die Zeichen der Zeit verstanden haben.

Integration braucht nicht gleichbedeutend mit Assimilation zu sein. Das gilt für beide deutsche Staatsgebilde. Eine Integration ist auch bei voller Wahrung der beiderseitigen sozialen Ordnungssysteme möglich. Die Wahrung dieses Prinzips würde erlauben, den umgekehrten Weg einer Integration zu beschreiten als wie er bisher im Westen und von Bonn als einzig gangbar gewiesen wurde. Gesamtwahlen für eine gemeinsame Bundesstelle werden am Schluß, nicht am Beginn zu stehen haben. Zu beginnen wäre vielmehr mit einem Staatsvertrag der beiden Teilstaaten im Zusammenschluß zu einer Konföderation. Es wäre ein gemeinsames Organ zu bilden, dem die vorläufige treuhänderische Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben und die Vorbereitung eines Friedensschlusses zukommt. Erst in Verbindung mit einem Friedensvertrag und der Annahme eines solchen wären Wahlen zu einer gemeinsamen Körperschaft anzuberaumen. Der weitere Fortgang der Integration würde dem pragmatischen Prozeß der konkreten Entwicklung überlassen bleiben, dem größeren oder geringeren Willen und der Fähigkeit zu einer kooperativen Synthese. Ob eine solche Entwicklung Hand in Hand mit einem schrittweisen Rückzug der Okkupationsmächte aus dem Gebiet der Konföderation zu erfolgen hätte oder dieser erst nach Friedensschluß, ob zunächst für Westberlin oder nicht vielleicht für ganz Berlin ein Sonderstatus als Hauptstadt der Konföderation festgelegt werden sollte, sind Einzelprobleme, deren Lösung von Zweckmäßigkeitserwägungen abhängen wird. Von grundsätzlicher Bedeutung wird gegeben sein, daß keine der vertragschließenden Parteien direkt oder indirekt versucht, den Ordnungszustand des Vertragspartners zu ändern. Daß solche Vereinbarungen als regierungsseitig in Bonn abgelehnt werden, ändert nichts an der Tatsache, daß nur auf solche Weise überhaupt noch der Friede gerettet und Deutschland wiedervereint werden kann. Wer kein Vertrauen gewährt, hat auch keinen Anspruch auf Vertrauen. Solange sich die Bundesregierung nicht von dem Gespenst der Bolschewisierung auf kaltem Wege frei machen kann und sich nicht stark genug weiß, die eigene Ordnung unter der Bedingung der Gleichberechtigung der bisher gegnerischen Partner aufrechterhalten zu können, ist weder an Frieden noch an deutsche Einheit zu denken.

In dem Berliner Problem verdichtet sich die ganze Problematik der deutschen Frage, nein: der Beziehungen des Westens und Ostens zu einander. Es ist kaum anzunehmen, daß eine baldige und befriedigende Lösung einer in ihren Zusammenhängen und Folgen so schwer wiegenden Aufgabe gefunden werden kann. Wiederum wird mit dem Argument operiert werden, daß jedes Entgegenkommen russischen Forderungen gegenüber eine „Besänftigungspolitik" ist, die, wie gegenüber Hitler, gerade das heraufbeschwört, was durch sie verhindert werden sollte. Aber die populäre Auffassung über das, was im Westen als „appeasement" gilt, ist ein politischer Mythos. München 1938 war nicht ein Akt politischen Nachgebens, sondern ein politisches Ablenkungsmanöver. Es ist mißglückt. Man übersieht auch dabei, daß nur einige der Zugeständnisse, die Hitler gewährt wurden, zur rechten Zeit etwa dem Reichskanzler Brüning gegenüber ausgesprochen, wahrscheinlich die katastrophale Entwicklung vermieden hätten. Es kommt vor allem darauf an, w a n n unvermeidliche Zugeständnisse gemacht werden.

Die Bundesregierung und die Westmächte stehen gewiß vor schweren Entscheidungen, die unter Umständen bereits die unsichtbare Entscheidung über einen nahen Krieg oder einen noch möglichen dauernden Frieden in sich bergen. Das große Versäumnis der Jahre 1953/55 in den kommenden Monaten noch einmal wiederholen wollen, hieße die Wiedererstehung Deutschlands endgültig zu verscherzen. Die Deutschen sollten in dem russischen

Vorstoß in der Berliner Frage nicht einen unfreundlichen Akt sehen, sondern den Ansatzpunkt für eine schrittweise Lösung ihrer Schicksalsfragen. Es ist die Chance, die vermutlich letzte Chance, eine Lösung der deutschen Frage doch noch zu Bedingungen zu erlangen, die ihnen erlauben, eine bedeutsame und selbständige Funktion im Kreise der Nationen auszuüben.

Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig

Mit offenem Visier

„Das Meer der Entscheidungen" hieß einmal eine weltgeschichtliche Betrachtung. Spengler schrieb von den „Jahren der Entscheidung" und Sethe unter ähnlichem Titel. Wir blicken eigentlich auf ununterbrochene Jahre der Entscheidungen zurück; aber manchmal will es uns vorkommen, als ob sich doch die Anzeichen häufen und die Notwendigkeit von Entscheidungen auch denen sichtbar wird, die sie bisher möglichst zurückgeschoben und zur Geduld gerufen haben.

Wohl nicht mit Unrecht rechnet man von unseren Tagen ein neues Zeitalter, das der Entdeckung der Atomkraft nicht nur, sondern auch ihrer praktischen Anwendung. Die Entwicklung wurde nicht durch den Drang nach Erkenntnis vorangetrieben, nicht durch den Wunsch, sie zum Wohle der Menschheit zu nutzen, sondern sie in ihrer alles vernichtenden Unbändigkeit militärisch einzusetzen. Als dies möglich wurde, war aber der Krieg bereits entschieden. Die Aufnahme eines so gearteten globalen Vernichtungsmittels in das Arsenal der von einem Staat benutzten Waffen wurde so zu einer hoffentlich unüberlegten Tat größter Grausamkeit, ein Großverbrechen gegen Religion und Ethik und in seiner Sinnlosigkeit durch nichts zu rechtfertigen. Das haben die Wissenschaftler aller Länder mit ganz wenigen Ausnahmen anerkannt und bezeugt. Der Versuch eines dieser Wissenschaftler, die militärische Anwendung der Atombomben wenigstens halbwegs zu verstehen, ist mehr als widerlegt worden. Jedenfalls hat der so hoch geachtete Wissenschaftler sich nicht darauf eingelassen, Widerlegungen zu entkräften. Seine letzten Äußerungen geben vielmehr die absolute Verantwortungs- und Sinnlosigkeit einer Anwendung dieses Menschheitsvernichtungsmittels zu.

Die Entscheidung des Militärs ist aber eindeutig für die Atomwaffe gefallen. Eigentlich sollte man sich darüber wundern, denn damit bleibt für ihre eigene Wissenschaft, für die Lehren der Strategie und Taktik, für Beweise von Scharfsinn, Übersicht und Entschlußkraft, von physischer Ausdauer, ja sogar von Nervenstärke nichts übrig. Sie werden — und sie sind es schon geworden — zu den Sklaven der Technik und einer mehr oder weniger ausschließlich auf deren Kräfte aufgebauten äußerst einfachen Politik. Die Führer der nordatlantischen Armeen bekennen das ja auch jeden Tag selbst. Die herkömmlichen Truppen, deren Führung immerhin noch die bisher benötigten Eigenschaften erforderten, werden laufend verringert und durch Vorkehrungen für blinde atomare Gesamtvernich-

tungsschläge ersetzt. Die Frage, ob Atomwaffen einzusetzen sind oder nicht, ist längst eine rein politische Frage geworden, und die, ob herkömmliche Waffen im Letzten noch, also schließlich doch keine Anwendung finden, auch. Dabei sind sich Feind und Freund vollkommen darüber einig, daß es in einem Atomkrieg weder Sieger noch Besiegte gibt und er einfach zur Vernichtung, und zwar der qualvollsten, unmoralischsten und sinnlosesten der Völker auf dieser Erde führen muß. Da wird von Buschfeuern gesprochen, von kleinen und begrenzten Kriegen, von abgestuften Waffeneinsätzen. Man beachte aber, daß diese Art Kriege nie bis zu einem endgültigen Austrag geführt worden sind, daß in Korea, in Vietnam, im Vorderen Orient, bei der Auseinandersetzung zwischen Israel und den Arabern es immer nur zu einem Waffenstillstand kommen konnte und nur dieses Teilziel in dem grausamen Vernichtungskrieg der Franzosen gegen das algerische Volk wie auch in Zypern hoffentlich erreicht werden kann, weil am Ende der militärischen Gewaltanwendung schließlich doch nur die Kernwaffen stehen. Bei einem atomaren Gleichgewicht der Großmächte hat sich der Krieg, ob mit konventionellen oder Atomwaffen, deswegen selbst ad absurdum geführt und mit ihm die Politik der Stärke, die ja nichts weiter ist als ein Euphemismus für die militärische Form der Auseinandersetzung. Krieg kann nicht mehr Fortsetzung der Politik, sondern nur noch ihr Ende sein.

Diese Betrachtungen, diese Feststellungen, so wenig neu sie sind und obwohl sie noch von Machthabern, wenn auch immer weniger überzeugt, bekämpft werden, sind notwendige Prämissen. Sie sind wahrhaftig ausführlich genug begründet und höchstens mit Meinungen und Vermutungen bestritten worden. Aber die Tatsachen der unausgefochtenen Kriege, der Zurückziehung der französischen Schutztruppen aus Deutschland, ihr gescheiterter Einsatz in Algerien und im Vorderen Orient, der Verminderung der englischen Einquartierung, um sie durch vernichtungskräftigere Apparaturen zu ersetzen, der Stationierung überholter amerikanischer Raketeneinheiten, weiter das Zeugnis unserer Wissenschaftler, die Reue derjenigen von ihnen, die sich — und Gott sei Dank sind es die meisten — ihrer ethischen Verpflichtungen entsinnen: das alles sind doch wohl Realitäten, von denen wir auszugehen haben. Sie sind unseren leitenden Politikern bekannt und wohl auch bewußt. Der Bundeskanzler selbst hat vor vielen tausend Zeugen u. a. in Hamburg vor der Wahl erklärt, daß an eine Atombewaffnung nicht gedacht würde und auch erst in zwei Jahren überhaupt die technischen Voraussetzungen dieser Frage zur Erörterung stünden.

Was wunder, wenn bei unseren Aufrüstungsbemühungen mit allermodernsten Waffen, wie man immerhin mit etwas Scham sagt, man im Osten uns Militarismus und Kapitalismus vorwirft? Man weiß oder will dort anscheinend nichts davon wissen, daß größte Teile — denkende, echte Verantwortung für diese und die nächste Generation des deutschen Volkes fühlende Teile — gegen die Wiederaufrüstung sind, daß dazu auch mutige Männer der regierenden Partei gehören und selbst in der jungen Armee der alte Militarismus verpönt ist. Wissen wir doch, daß wir beispielsweise unsere Ostgebiete niemals militärisch zurückgewinnen können. Wir wollen und wünschen es auch gar nicht, denn die unmittelbaren Folgen von Gewaltanwendung stehen uns, und zwar ausnahmslos auch den Törichten, ganz klar vor Augen. Es wäre eine Beleidigung der Militärs, wenn man nicht von ihnen annehmen würde, daß sie sich gerade aus beruflicher Verantwortung dieser Auffassung am allerehesten anschließen. Aber wozu können wir nun eine organisierte militärische Macht, die nach heutigen Auffassungen immer noch zum Wesen des Staates gehört, gebrauchen? Jeder, der Soldat war, der eine Friedensausbildung selbst alter Art genossen hat, weiß ihren erzieherischen Wert zu schätzen. Doch davon abgesehen benötigen wir sie zur Sicherung

der inneren Ordnung, falls die Polizei nicht genügt, zum Schutz der Grenzen, wenn die politische Lage und die Verteilung der Kräfte das nicht schon von vornherein überflüssig machen, und — das ist zuzugeben — zur Erziehung der Nation, zur Weckung des so stark abgesunkenen Staatsbewußtseins, zum Katastrophenschutz, zu Großarbeiten, die der Staat in seiner augenblicklichen Finanzverfassung nicht stark genug ist zu leisten, und schließlich, aber nicht zuletzt, zu einem organisierten Widerstand, wenn wirklich eine vernünftige und friedliche Politik uns im Atomzeitalter nicht vor einem Einfall fremder Mächte vorbeugend sichern sollte.

Man hat Vorleistungen für politisch besonders gefährlich erklärt, und ganz augenscheinlich liegt ja in dem eben Gesagten der Vorschlag einer solchen Vorleistung. Ohne sie ist aber aus dem Teufelskreis nicht herauszukommen. Uns muß sie sogar vor allem deswegen leichtfallen, weil wir dem Gegner jede politische Waffe aus der Hand schlagen und den Beweis der Wahrheit unserer Erklärungen und der Aufrichtigkeit unserer Absichten liefern. Zudem brauchen wir heute nur etwas zu unterlassen und nicht etwas schon mit Anstrengungen Aufgebautes wieder abzureißen. Damit erfüllen wir eine sehr einfache, am Anfang aller Befriedungsversuche stehende Forderung, daß das Übel unserer Zeit an der Wurzel angepackt werden muß, daß wir zunächst alles tun müssen, um Mißtrauen zu beseitigen und Spannungen zu lösen.

Wie vorher die Sinnlosigkeit militärischer Maßnahmen — denn wir werden doch niemals in Atomwaffen so stark und vor allem gegen sie so unempfindlich sein wie die Sowjetrussen und niemals eine herkömmliche Armee aufstellen können, die nur die geringste Aussicht hat, der russischen gewachsen zu sein —, so werden wir leicht auf eine Wiederbewaffnung in der Art, wie sie uns unsere Besieger unerwartet und plötzlich gegen alle ihre Grundsätze gestattet und dann auferlegt haben, verzichten können. Gerade daß wir angesichts dieser Sachlage und des von den Blockmächten bereits gehaltenen Gleichgewichts aufrüsten, macht ja unsere östlichen Gegner so mißtrauisch. Wozu die herkömmliche Armee, wenn sie nicht auf Grund irgend einer noch unvorhergesehenen Änderung der Verhältnisse gegen die schwächeren Nachbarn eingesetzt werden soll? Wozu eine Armee, die ihrem ganzen Charakter nach lediglich für eine Verteidigung eingesetzt werden sollte, mit Landungsbooten versehen, die noch dazu zu den schrottähnlichsten Einheiten der amerikanischen Flotte gehören? Weshalb sich mit sehr hohen Beträgen auf Rüstungsbezüge festlegen, weshalb wieder eine ganze Industrie mit Panzer- und anderen Aufträgen versorgen? Weshalb Stück für Stück 58 oder 85 Millionen erfordernde Torpedoboote oder Zerstörer bauen, die anerkanntermaßen veraltet sind? Und, wenn schon die Gründe dieser Maßnahmen verborgen bleiben sollen, sieht man nicht die Gefahr, auch die rein wirtschaftliche, solcher uns teils auferlegter, teils anscheinend gern übernommener Belastungen für eine bisher hauptsächlich und erfreulich produktive Wirtschaft?

Es ist und bleibt deswegen unerfindlich, warum Pläne wie zuerst der von Eden, dann von Gaitskell, von Kennan und Rapacki, vor allem in seiner entgegenkommend veränderten Form, nicht als Verhandlungsgrundlage aufgegriffen, sondern von vornherein abgelehnt worden sind. Daß der Gegner zunächst sich eine vorteilhaftere Stellung sichern will, ist doch ganz selbstverständlich. Aber wesentlich wäre, den Grund für seine Vorschläge festzustellen, und da hätte man doch vielleicht die allgemeine Beobachtung bestätigt finden können, daß ein unbestreitbares Friedensbedürfnis durch die ganze Welt ausnahmslos geht und, um nur eine weitere Tatsache zu erwähnen, Sowjetrußland ja in den Zeiten seiner unbestrittenen militärischen Überlegenheit von ihr keinen Gebrauch gemacht und sich ganz auf eine Wirtschaftsoffensive gelegt

hat. Oder wagt irgend ein Beobachter Rußlands oder unserer östlichen Nachbarländer zu behaupten, daß dort ein immer ausgesprocheneres Friedensbedürfnis nicht vorhanden wäre, daß es, wie das ja naturgesetzlich gar nicht anders sein kann, eine Entwicklung zu freieren Lebensformen gibt und der entsetzliche Zwang, mit dem dort immer noch gearbeitet wird, auf die Dauer gar nicht aufrechtzuerhalten ist. Man beachte hier die Beziehung, die sich zwischen der östlichen und westlichen Jugend, vor allem soweit sie nicht von der Regierungsseite beeinflußt sind, entwickelt haben, oder die zwischen der deutschen und der polnischen Künstlerschaft, wie sie aus der Ausstellung der bergischen Maler in Warschau sich ergeben haben, oder die Kontakte der jungen Schriftsteller, für die Marec Hlasko gesprochen hat, oder die Verständigung der Wissenschaftler, sogar in den das Politische so stark berührenden Atomfragen, und andere Umstände mehr. Sie zeigen in offener und manchmal erschütternder Form, was ja nicht nur in Polen, sondern selbstverständlich auch in Sowjetrußland und der Deutschen Demokratischen Republik sich vollzieht. Überall kämpft es schmerzlich innerlich und äußerlich. Bei uns hört man zwar davon und sieht sogar vieles. Aber was geschieht? Es werden Erklärungen abgegeben, Versicherungen der fremden Verbündeten gesammelt, Ruhe als erste Bürgerpflicht proklamiert und, das scheint nun wirklich eine Maßnahme, fünf deutsche Botschafter vom Außenminister zusammenberufen. Was können sie tun? Den Außenminister über die Verhältnisse ihrer Empfangsländer aufklären und ihn beraten? Das ist ihre ständige erste Aufgabe. Man darf ohne weiteres selbst bei den Nichtberufsdiplomaten voraussetzen, daß sie diese bisher immer erfüllt haben. Oder Anordnungen des Außenministers entgegennehmen? Auch da muß angenommen werden, daß der Außenminister für den jetzt drohenden Fall, der ja vorhersehbar war und dem man längst begegnen mußte, seinen Herren die nötigen Instruktionen gegeben hat, daß also eine wechselseitige Beratung in den Jahren seiner Amtszeit längst erfolgt ist.

Wir hoffen sehr, daß es nicht nur eine Anordnung ist, die demonstrieren soll, daß etwas „geschieht". Aber erfreulich wäre es immerhin, wenn darauf wirklich etwas geschähe, z. B. die uns befreundeten Regierungen überzeugt würden, daß es auf dem bisherigen erfolglos beschrittenen Wege nicht weitergeht und nun ein Weg aus der Sackgasse gefunden werden müßte, daß es sich nicht mehr darum handelt, über Tagesordnungen zu sprechen oder die Priorität des einen oder anderen Gegenstandes, sondern wirkliche Maßnahmen getroffen werden müssen, von befreundeter Seite wie von uns selbst. Was kann Amerika ernsthaft hindern, die zahllosen Atombombenversuche bei den riesigen Vorräten an nuklearen Waffen dem russischen Vorschlag entsprechend einzustellen? Mit mehr als zehnfacher Sicherheit braucht doch die Welt nicht vernichtet zu werden. Die Vorräte bleiben zunächst ja erhalten. Also warum die Versuche nicht ebenso endgültig aufgeben, wie es die Russen zu tun angeboten haben? Und wenn die Russen ihre Truppen aus einer gefährdeten Spannungszone zurückziehen wollen, warum nicht von alliierter befreundeter Seite das Gleiche tun und den Boden Deutschlands nicht nur um die anerkannt unnützen herkömmlichen Truppen, sondern auch um die Atomartillerie entlasten? Hat nicht der amerikanische Kriegsminister Herr McElroy noch kürzlich erklärt, daß Basen für Mittelstreckenraketen uninteressant geworden seien, weil die Entwicklung der interkontinentalen Rakete sie wie die zum Abwracken verurteilten Schlachtschiffe und Flugzeugträger überflüssig gemacht hätte? Wo bleibt da die Notwendigkeit, unter Gefährdung der politischen und militärischen Lage Deutschlands, derartige Waffen noch in Westdeutschland und ihr Symbol in Berlin zu stationieren?

Und weiter von uns: Wenn wir mit der Aufrüstung einhalten, wenn wir der Armee einen unbestreitbar zur Verteidigung bestimmten inoffiziellen Charakter geben, wer kann da uns noch Militarismus vorwerfen wollen? Herr Gomulka wird dann ganz anders reden können und auch müssen. Der Rapacki-Plan würde dann nicht nur verhandelt werden, sondern zu einer über ihn hinausgehenden Entmilitarisierung gerade auch des Ostens führen können. Auf jeden Fall aber könnte man ihn und andere östliche Erklärungen entlarven, wenn sie nicht aufrichtig gemeint sein sollten. Man hüte sich aber, Unvernünftiges zu verteidigen, nur weil die Sowjetregierung — vielleicht in Kenntnis unseres Charakters — davon abrät.

Damit dürfen wir die militärischen Gesichtspunkte für unsere Politik als erledigt betrachten und zu den zivilen kommen. Es ist völlig unbegreiflich, warum über diese und ähnliche Fragen nicht mit unseren deutschen Brüdern im Osten verhandelt werden soll. Wie kann uns ein diese ganzen Verhältnisse überblikkender Staatsmann in den Vereinigten Staaten von Amerika oder Frankreich es verübeln, über diese uns so nahe angehenden Fragen, mit den Deutschen in der anderen Zone, gerade mit den heftigsten Gegnern, sprechen zu wollen? Ausnahmslos jeder Gesprächspartner, Verbündeter wie Gegner, behauptet, die Wiedervereinigung zu wünschen. Selbst Ulbricht und Grotewohl proklamieren sie ja immer wieder. Sie behaupten sogar, sie sei das erste Ziel ihrer ganzen Politik. Immer wieder sind ja auch Amerikaner wie Fullbright in den letzten Tagen und die Times, vorher schon der Observer, zu der ganz natürlichen Forderung gelangt, daß man miteinander sprechen und verhandeln müsse. Und der Präsident des belgischen Senats hat uns noch kürzlich als Völkerrechtler, genau wie Professor Menzel aus Kiel, unter dem Beifall der studentischen Jugend Hamburgs erklärt, daß in dem Verhandeln weder eine Aufgabe unserer westlichen Freundschaftsbeziehungen, noch eine rechtliche Anerkennung der DDR läge. Im Gegenteil, man könnte die letzten Schritte der Sowjetregierung sogar als einen Anstoß zur Klärung der Verhältnisse betrachten. Die Sowjetregierung hat erklärt, ihre bisherigen Befugnisse nach sechs Monaten an die von ihr gehaltene Sowjetzonenregierung zu delegieren. Damit hat sich an der staats- und völkerrechtlichen Lage der Sowjetzonenregierung nichts geändert, wohl aber ist sie nun zu Verhandlungen für Rußland legitimiert und damit uns die Möglichkeit einer Rücksprache ohne völkerrechtliche und staatsrechtliche Folgerungen gegeben. Wir können also auch seelenruhig mit den Machthabern im anderen Deutschland auch über rein zivile Probleme sprechen, die anzufassen wir uns bisher so sehr gewehrt haben*).

Im Westen Deutschlands haben wir uns ein Grauen vor den „Errungenschaften der DDR" einjagen lassen. Warum man sich vor diesen Errungenschaften fürchtet, ist nicht ganz erfindlich, denn offensichtlich sind unsere Brüder in der Ostzone schlechter angezogen, schlechter ernährt und behaust, seelisch bedrückter als die Leute hier bei uns, wo ja auch nicht alles zum Besten steht. Freizügigkeit, beiderseitige ungehinderte oder auch nur eine gewisse Kenntnis der literarischen und Presseerzeugnisse und, wenn man noch mehr machen möchte, ein Austausch von Arbeitern im großen Maßstab würde uns bald ebenso über die Verhältnisse drüben belehren wie die Arbeiterschaft im Osten über das, was der Monopolkapitalismus leistet. Überdies hat aber in seiner bemerkenswerten Unterhaltung mit Professor Hagemann Ulbricht erklärt, daß er keineswegs etwa das in der Ostzone gebräuchliche Wirtschafts- und Sozialsystem nun dem Westen auferlegt sehen wollte. Zunächst also könnte jeder seine Staats- und Sozialverfas-

*) Der Aufsatz ist am 25. November vor der Erklärung von Dulles geschrieben.

sung beibehalten, es würde sich dann bald erweisen, welche die größere Werbekraft besitzt. So wird es immer unerfindlicher, warum man nicht mit den nun einmal Regierenden der Ostzone in aller Öffentlichkeit und Offenheit spricht. Wir sind doch nicht so schwach, daß wir deren Argumente zu fürchten hätten. Und ein Gespräch bedeutet — und das muß wiederholt werden — noch keineswegs eine staatsrechtliche Anerkennung oder die Aneignung der Argumente.

Damit aber sind wir bei dem Fragstück Berlin angelangt. Wir können keinen Krieg um Berlin führen, und die Alliierten einschließlich der Russen werden es nicht tun. Bleibt also die politische Auseinandersetzung, für die der Außenminister durch Einberufung seiner Botschafter ja eine weitere Voraussetzung getroffen zu haben scheint. Die Russen haben einen ersten Schritt getan und wollen ihre Truppen aus Berlin zurückziehen. Das bedeutet ja noch nicht viel, weil sie noch in der Zone stehen. Aber wenn sie ihre Truppen aus der Zone völlig zurückgezogen und sogar — weil ja die Besetzung ihrer Nachbarstaaten nur zur Sicherung der Etappen erfolgt ist — auch aus diesen, so wäre natürlich die einzige und unmittelbare Folge, daß die Westmächte auch ihre wie nachzuweisen unter den heutigen Umständen völlig wertlosen Truppen aus Deutschland zurückzögen. In ihren eigenen Territorien können sie natürlich sich einrichten, wie sie wollen. Mit einer solchen Maßnahme aber ginge man, wie erwähnt, schon über den Plan Rapackis hinaus. Schüchtern und vielleicht in Unkenntnis der Zustimmung, die er findet, hat er gar nicht einmal damit rechnen wollen, daß es im Westen Deutschlands so entschiedene Vertreter einer ganz und gar nicht militaristischen Politik geben könne. Die Auseinandersetzung um Berlin aber zwingt — und das ist zweifellos ein politischer Erfolg der Sowjetrussen, vielleicht sogar ein uns im Letzten nicht unwillkommener —, endlich aufrichtig und offen sich zu entscheiden, ob man bei Gleichstand der nuklearen Waffen der großen Blockmächte ehrlich Frieden will oder, wie das leider zeitweise übersteigerte Kurse vermuten ließen, mit der Kriegsgefahr hart am Abgrund wandelnd spekuliert.

Neuzeitliche Staatsmänner, schon gar des Atomzeitalters, kämpfen, gerade weil Schwert und Lanze nicht mehr anwendbar sind, mit offenem Visier.

Dr. Hans Henrich

Gedanken von einer Reise in die Sowjetunion

In den letzten Kriegsjahren erzählte man sich in Deutschland folgende „staatsfeindliche" Anekdote: Ein Bauer kommt in die Stadt, betritt eine Buchhandlung und bittet den Verkäufer, ihm auf einem Globus die Sowjetunion zu zeigen, da sein Sohn dort als Soldat kämpfe. Der Buchhändler tut das, und der Bauer staunt über die Ausdehnung des Landes. Dann läßt er sich Groß-Deutschland zeigen. Der Verkäufer kommt auch dieser Bitte nach. Der Bauer kann seine Enttäuschung darüber nicht verhehlen, daß Groß-Deutschland, verglichen mit der Sowjetunion, so klein sei, und nach einigem Kopfschütteln fragt er: „Weiß das auch der Führer?"

Er wußte es nicht, dieser „Führer", oder vielmehr, er wollte es nicht wissen. Er war wütend über die realistischen Berichte seines Botschafters Graf von der

Schulenburg, die nicht in sein Konzept hineinpaßten, und schließlich lasen weder er sie noch sein Außenminister. Hitler glaubte allen Ernstes, daß dieses Riesenreich bei der ersten größeren militärischen Auseinandersetzung an seinen inneren Schwächen zugrunde gehen werde. Und als er den Halys überschritt, da zerstörte er, dem sagenhaften König Krösus gleich, in der Tat ein großes Reich, allerdings nicht das sowjetische, sondern das eigene.

Falsche Vorstellungen und Vorurteile

Die Spuren Napoleons und Hitlers, die beide an der Unkenntnis und Unterschätzung des Russischen Reiches zu Grunde gegangen sind, scheinen einige unserer Zeitgenossen nicht zu schrecken. Das Bestürzende ist, daß sich wieder mit der Aggressivität die fast totale Unwissenheit und die Manie verbindet, die Tatsachen nach eigenen Wunschbildern zurecht zu frisieren. Leute, die vor 20, 30 Jahren einmal in Rußland waren, enttäuschte Kommunisten und Emigranten, liefern, was gewünscht wird. Diplomaten, Journalisten, Wirtschaftler aus dem Westen, die sich längere Zeit in der Sowjetunion aufhielten, urteilen sehr viel sachlicher.

Nicht nur bei uns gibt es falsche Vorstellungen und Vorurteile über die Sowjetunion, auch drüben gibt es derlei über uns. Auf diese Formel einigte ich mich mit einem Moskauer Publizisten im Herbst 1957, anläßlich der Eröffnung des neu gewählten Bundestages in Berlin, nach langen Diskussionen, und wir beschlossen, unseren Verlagen einen Austauschbesuch vorzuschlagen. Mein Gesprächspartner kam im Mai 1958 für drei Wochen auf unsere Kosten in die Bundesrepublik. Ich war anschließend, im Juni, drei Wochen lang zu den gleichen Bedingungen in der Sowjetunion. Ich reiste also nicht nach einem genau festgelegten Inturist-Schema, sondern nach einem Programm, das meinen Vorstellungen und Wünschen entsprechend aufgestellt wurde. Daß die Gastgeber sich bemühten, nicht gerade ihre schlechtesten Sachen zu zeigen, und daß man in drei Wochen nur einen kleinen Bruchteil der Erscheinungen dieses Riesenreiches erfassen kann, versteht sich von selbst. Mir erschienen aber drei Wochen persönlicher Anschauung immer noch wertvoller als drei Jahre Lektüre der Offenbarungen von Kreml-Astrologen.

Ich hatte zuvor nicht nur Kreml-Astrologen, sondern auch seriöse Schriftsteller gelesen, so daß ich, als ich das Land betrat, nicht jenem Schock ausgesetzt war, der gewöhnlich die negativen Vorurteile in eitel Schwärmerei umschlagen läßt. Trotzdem kann ich nicht verhehlen, daß ich beeindruckt war.

Wirtschaftlicher Aufstieg unbestreitbar

Auch wenn man den Produktionsziffern der sowjetischen Statistik skeptisch gegenübersteht, kann man sich von dem Augenblick an, in dem man auf dem Flughafen Wnukowo eintrifft, dem Eindruck nicht entziehen, daß in der Sowjetunion viel gearbeitet und produziert wird. Gerade die in Moskau ansässigen westlichen Diplomaten und Journalisten bestätigen einem das immer wieder. Kilometerlang beherrschen auf der Fahrt von Wnukowo nach Moskau hinein bereits fertiggestellte oder noch im Bau befindliche Wohnungsneubauten mit zum Himmel ragenden Baukränen das Bild. In anderen Städten ist es ähnlich.

So vermessen einen der neue amtliche Propagandaslogan im ersten Augenblick anmuten mag, die Sowjetunion müsse in wenigen Jahren die landwirtschaftliche Pro-Kopf-Erzeugung der USA erreichen und überbieten — amerikanische Wirtschaftler, die die Sowjetunion im Sommer besuchten, haben der Überzeugung Ausdruck gegeben, die Sowjets würden in zehn bis fünfzehn Jahren nicht nur den westeuropäischen, sondern möglicherweise sogar den amerikanischen Produktionsstand — in Landwirtschaft und Industrie — und Lebensstandard

erreicht haben. Deutsche Stahlindustrielle äußerten sich sehr anerkennend über den technischen Stand der Industriewerke hinter dem Ural. Die Industrialisierung der Sowjetunion ist unter großen materiellen Entbehrungen der Bevölkerung und gewiß auch unter beträchtlichen Opfern an persönlicher Freiheit durchgeführt worden; sicher hatte die Landwirtschaft die Hauptlast zu tragen. Heute dürfte man im wesentlichen über den Berg hinüber sein, und man will endlich besser leben. Es wird soviel Nahrung erzeugt, daß man der Landwirtschaft in diesem Sommer die Zügel lockern konnte und ihr nicht mehr die niedrigen Preise für Zwangsablieferungen zumuten muß, die bisher im Interesse einer billigen Versorgung des Industriearbeiters mit Grundnahrungsmitteln wohl notwendig waren. Die agrarischen Kollektivwirtschaften sind aus der wirtschaftlichen und politischen Bindung an die Motoren-Traktoren-Stationen befreit worden; sie können sich jetzt ihre eigenen Maschinen kaufen.

Es ist klar, daß der Aufstieg der sowjetischen Schwerindustrie, die ständig steigende Produktion an Eisen, Stahl, Erdöl usw. nicht das Ergebnis einer ununterbrochenen Kette von Fehlinvestitionen, Ausschußerzeugung und bürokratischer Mißwirtschaft sein kann. Die sowjetische Wirtschaft hat in der Vergangenheit zweifellos unendlich viel Material, Menschen und Arbeitskraft verschlissen und vergeudet, und zum Teil tut sie es heute noch; sie hat aber auch ungeheuer viel gelernt. Ihrem immer mehr verfeinerten System der Planwirtschaft ist bei aller Tendenz zur Bürokratie auf die Dauer die Effektivität und Produktivität nicht abzustreiten. Man hüte sich bei uns, die Auswirkungen der vor einem Jahr eingeleiteten Dezentralisierung der Industrie und die damit verbundene Hebung der Initiative in den niederen Instanzen zu unterschätzen. Der Wiederaufbau der vom Kriege zerstörten Gebiete ist beträchtlich fortgeschritten. Nicht minder imponierend ist der Neuaufbau.

Städte und Industriewerke in der Steppe

Gewiß steht überall Modernes, Gigantisches und Bahnbrechendes noch dicht neben Altem, Rückständigem und Verrottetem, so wie in den Städten, auch in Moskau, himmelhoch ragende steinerne Neubauten von riesigen Ausmaßen neben alten, niedrigen Holzhäuschen stehen. Einige Kilometer oberhalb des wiederaufgebauten Stalingrad fuhr ich auf einer alten, überladenen Wagenfähre, die wohl kaum unseren polizeilichen Vorschriften entsprochen hätte, über den breiten Wolgastrom hinüber zum anderen Ufer, wo eines der größten Stau- und Wasserkraftwerke der Welt mit einem Aufwand von sieben Milliarden Rubel gebaut wird. 40 000 Menschen arbeiten an dieser Anlage, die, wenn sie fertiggestellt sein wird, sechsmal soviel elektrische Energie erzeugen soll, wie in ganz Rußland vor der Oktober-Revolution produziert wurde. Die Arbeiter wohnen nicht in Baracken, wie ich vermutet hatte, sondern man hat für sie in der Steppe eine neue Stadt mit Klubhaus, Theater, Kinos, Schulen und Kindergärten aufgebaut, die noch auf keiner Landkarte zu finden ist. Und wenn das Wasserkraftwerk vollendet ist, sollen die Arbeiter von Wolschski — so heißt die neue Stadt — in einer Schiffswerft, einem Autoreparaturwerk und verschiedenen Fabriken der Leichtindustrie arbeiten, die alle erst geplant sind.

Eine ähnliche Stadt, die man vor knapp zehn Jahren in die Steppe hinein zu bauen begonnen hatte, habe ich in Georgien, etwa 30 km von der Hauptstadt Tbilissi (Tiflis) entfernt, gefunden: Rustawi. Sie ist um ein Hüttenwerk herum entstanden und zählt, ähnlich wie Wolschski, heute 60 000 Einwohner. Obwohl die Kohle aus etwa 200, das Eisenerz sogar aus 300 km Entfernung herangeschafft werden muß, hat man das Werk an dieser Stelle errichtet, weil das für die Ver-

teilung der Erzeugnisse (eine Million Tonnen Röhren und Bleche jährlich) angeblich der günstigste Ort war. Allerdings deutete mir Prof. Petrow vom zentralen Gosplan-Institut in Moskau an, daß man heute das Werk wahrscheinlich nicht mehr in Rustawi errichten würde — wie er überhaupt freimütig zugab, daß es bei der Planung im einzelnen immer wieder Pannen gebe, die korrigiert werden müßten. Aber offenbar beeinträchtigen diese das Gesamtergebnis nicht mehr entscheidend.

Gut genährt und schlecht gekleidet

Man sieht in der Sowjetunion heute durchweg gut genährte Menschen. Die Ansprüche, die der Sowjetbürger an die Ernährung stellt, liegen quantitativ beträchtlich, aber auch qualitativ um einiges über denen unseres Durchschnittsbürgers. Die Grundnahrungsmittel Brot, Fleisch, Milch und Gemüse sind billig. Alles, was darüber hinaus geht, auch die Mahlzeiten im Restaurant, sind teuer. Trotzdem sind die Gasthäuser, da viel Geld unter den Leuten ist, gewöhnlich überfüllt. Die Bedienung ist durchweg langsam und wenig aufmerksam, wie überhaupt das ganze Service-Problem weder materiell noch personell bewältigt ist; es ist bisher hinter den vordringlichen Fragen der Produktion als zweit- oder drittrangig zurückgestellt worden. Die Wohnungsnot ist bei weitem nicht mehr so groß, wie sie einmal nach dem ersten Weltkrieg war. Es wird sehr viel gebaut, und die Mieten sind so billig, daß sie nicht einmal die Instandsetzungskosten decken. Eine Dreizimmer-Wohnung kommt auf etwa 60 Rubel monatlich (nach dem Touristen-Umrechnungskurs rund 25 DM). Für Alter und Krankheit sorgt der Staat. Jedenfalls wird der Kampf gegen den Bolschewismus im Westen schon in einigen Jahren nicht mehr mit dem augenfälligsten und eingängigsten aller Argumente, dem des bedeutend niedrigeren Lebensstandards, geführt werden können.

Knapp, teuer und nur in geringer Auswahl zu haben sind immer noch Textilien. Man sieht zwar kaum zerlumpte, wohl aber durchweg sehr einfach und unelegant angezogene Menschen. Der Ausländer und vor allem die Ausländerin fallen im Straßenbild sofort durch die Kleidung auf. Zur Behebung der Textilnot, überhaupt zur Steigerung der Erzeugung von Artikeln des zivilen Bedarfs, soll nach einem von Ministerpräsident Chrustschow im Mai dieses Jahres entwickelten Plan die chemische Industrie, vor allem die der Kunstfasern und Kunststoffe, mit einem Aufwand von 100 Milliarden Rubel ausgebaut werden. Als ich im Juni in der Sowjetunion weilte, gaben sich gerade Delegationen von deutschen, amerikanischen, britischen und kanadischen Wirtschaftlern die Klinke in die Hand, denn im Rahmen des Chemieplanes sollen im westlichen Ausland für nicht weniger als 3300 Millionen Rubel Maschinen angekauft werden. Auf meinen Einwand, daß das für den Westen vielleicht nur ein vorübergehendes Stoßgeschäft werden könnte, auf das dann eine um so kräftigere sowjetische Autarkie folgen werde, entgegnete Prof. Petrow von Gosplan, die Sowjetunion sei an einer ständigen Ausweitung des Handels mit dem Ausland interessiert; ihr Bedarf sei praktisch unbegrenzt und sie stehe auf dem Standpunkt, daß eine gesunde Arbeitsteilung in der Welt auch ihre eigene Produktion und Produktivität fördere. Aus dem Kreis der deutschen Industriellen, die die Sowjetunion besuchten, war das Wort von den „unvorstellbaren Dimensionen" zu hören, die das Geschäft mit der UdSSR annehmen könne. Mir scheint es unumgänglich, daß die deutsche Wirtschaft sich rechtzeitig einen gebührenden Anteil am Sowjetgeschäft sichert. Hier liegt eine der besten Garantien gegen eine Absatzkrise im Inland sowohl wie gegen eine Exportkrise.

Die Planung der Sputniks

Bei der Diskussion über die sowjetische Planung ist gewöhnlich nur von der wirtschaftlichen Planung die Rede, kaum aber von der erziehungsmäßigen, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen. Viel zu wenig beachtet wird bei uns immer noch die Planung des Ausbildungswesens und der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion. Der Schock, den die Sputniks im Westen, besonders in den USA erzeugten, zeigt, wie falsch die Sowjets immer noch eingeschätzt werden. Man muß sich endlich einmal von der alten Vorstellung lösen, daß der analphabetische „Muschik" 70 Prozent der Bevölkerung ausmache. Von einer kleinen Gruppe von Menschen abgesehen, die wegen ihres hohen Alters nicht mehr lesen und schreiben lernten, gibt es keine Analphabeten mehr in der Sowjetunion. Während man sich bei uns um die Einführung eines neunten Schuljahres streitet, gibt es in der UdSSR bereits eine zehnjährige Schulpflicht. Schon von früh auf wird das Kind durch Klubs für Basteln, Segelflug usw. angeregt und in seinen Neigungen gefördert. Man hat es nicht mehr nötig, den jungen Menschen durch Druck in einen bestimmten Beruf hineinzuzwingen, sondern man kann jeden sich nach seinen Neigungen und Fähigkeiten entwickeln lassen und im übrigen das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften durch schärfere oder weniger scharfe Prüfungen, durch Belohnungen und Prämien regeln. Heutzutage kann ohnehin nur noch jeder vierte Absolvent einer zehnklassigen Schule zum Studium zugelassen werden. Das Problem für die Sowjets ist zur Zeit, wie sie ein allzustarkes Abwandern von den manuellen zu den intellektuellen Berufen verhindern. Deshalb soll in Zukunft von jedem, der studieren will, zunächst einmal Vertrautheit mit praktischer Arbeit verlangt werden. Nicht entscheidend für die Zulassung zum Studium ist die materielle Lage des Studenten oder seiner Eltern.

Züchtung der Genies

Einer der zahlreichen sowjetischen Wissenschaftler und Ingenieure, die an der Entwicklung der Sputniks mitgewirkt haben, Prof. Pobjedanossow, erklärte mir die sowjetische Überlegenheit gegenüber den Amerikanern auf diesem Gebiet damit, daß man in der Sowjetunion vorziehe, die Genies selbst zu züchten, statt sie, wie in den USA, im Ausland einzukaufen. Die sowjetische Planung von Erziehung und Wissenschaft habe gegenüber der amerikanischen die gleichen Vorteile wie der Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb. Wirkliche große Erfindungen könnten nur noch durch Genie-Teams gemacht werden, und zwischen diesen Teams und ihren Mitgliedern gebe es keine den Fortschritt bremsenden Eifersüchteleien wie z. B. bei den getrennten Raketen-Entwicklungs-Programmen von Heer, Luftwaffe und Marine in den USA, wo sie durch die Konkurrenz der beteiligten Privatfirmen noch verstärkt würden. Es muß hinzugefügt werden, daß die Sowjets nicht nur, wie die übrigen Großmächte, für die materielle, sondern auch für die geistige Aufrüstung riesige Summen zur Verfügung stellen; nach den Veröffentlichungen der UN stehen sie in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. Dabei stellen sie nicht nur für die reine Zweckforschung, sondern gerade auch für die Grundlagenforschung, ja sogar für die geisteswissenschaftliche Ausbildung und Forschung sehr großzügig die Mittel bereit. Der Wettbewerb mit der Sowjetunion auf diesem Gebiet wird leider von den westlichen Ländern, besonders auch von der Bundesrepublik, stark vernachlässigt.

Man kann, etwas überspitzt, sagen, daß die Sowjetunion heute den stärksten Eindruck auf Materialisten und Erfolgsanbeter macht, während Menschen, die vorwiegend aus humanitären Gründen zum Sozialismus gekommen sind, ange-

sichts der harten Wirklichkeit oft ihre Enttäuschung nicht verhehlen können. Ich habe amerikanische Besucherdelegationen beobachtet und festgestellt, daß die Amerikaner sich in diesem Lande am schnellsten zurechtfinden. Ich selbst dagegen habe mich an manchen Tagen meines Aufenthaltes einer gewissen Depression nicht entschlagen können beim Nachgrübeln über die Tyrannei des Planungsmechanismus, der das Individuum zum Rädchen einer Riesenmaschine zu machen droht. Aber vielleicht ist das gar nicht ein typisch kommunistisches, sondern ein allgemeines Phänomen der modernen Großwirtschaft überhaupt.

Die persönliche Freiheit

Die Sowjetunion ist keine Demokratie, wenigstens nicht in unserem Sinne. Rußland war nie eine Demokratie. Und wenn auch die Menschenrechte in der Sowjetverfassung mit ähnlichen Worten wie im Westen garantiert sind, so stellt sich das Problem der persönlichen Freiheit für den durchschnittlichen Sowjetbürger anders als für eine kleine Gruppe von Intellektuellen vom Schlage Pasternaks. Die Frage, die mir neulich einmal gestellt wurde, nämlich, ob die Menschen in Rußland einen gedrückten oder verschüchterten Eindruck machten, geht am Kern der Sache vorbei. Nach dem, was man hört, gab es in der Stalin-Ära Zeiten, in denen auch auf dem einfachen Sowjetbürger ein Druck lastete: die Furcht, plötzlich als Konterrevolutionär oder Saboteur verhaftet, verurteilt oder verschickt zu werden. Heute kann keine Rede mehr davon sein. Die Allmacht der Geheimpolizei ist längst gebrochen, es gibt keine sogenannten „administrativen" Verurteilungen und Verschickungen mehr. Und wenn auch die von den Gerichten verhängten Strafen oft streng sind, so gibt es doch so etwas wie eine „sowjetische Gesetzlichkeit". Freilich ist auch dieser Begriff weitgehend durch die Generalklausel gefärbt, daß das sowjetische Recht die Rechte der Arbeiter und Bauern zu verteidigen habe.

Der Sowjetbürger, besonders der jüngere, hat, im Gegensatz zu früheren Jahren, heute keine Bedenken mehr, den Fremden aus dem „kapitalistischen Westen" auf der Straße, im Restaurant und im Theater anzusprechen, ihn nach den Autopreisen und anderen Verhältnissen zu Hause zu fragen und mit ihm zu diskutieren. In seine Wohnung allerdings wird er, ähnlich wie der Franzose, den Ausländer nicht so leicht einladen und Andeutungen dieser Art gewöhnlich mit höflichen Ausreden aus dem Wege gehen. Hier spielen zweifellos Spionagefurcht, Angst vor Unannehmlichkeiten mit der Polizei, aber auch ein altes russisches Mißtrauen gegenüber dem Fremden eine Rolle. Auch hat der Ausländer in der Sowjetunion bei weitem nicht soviel Bewegungsfreiheit wie in den westlichen Ländern, besonders den USA.

Säkularisierte sowjetische Moral

Durchaus unhaltbar ist ein Vulgärargument, daß besonders in der antibolschewistischen Kreuzzugspropaganda immer wieder vorgebracht wird: das moralische. Der Besucher aus dem Westen, der allenthalben männliche und weibliche Statuen mit züchtigen Badehosen bekleidet oder bei Dunkelheit die Parkanlagen mit Scheinwerfern hell angestrahlt sieht, könnte eher auf den Gedanken kommen, der Sowjetbürger sei prüde. Die Ideen der Ungebundenheit und des Sich-Auslebens, wie sie unmittelbar nach der Revolution etwa von Alexandra Kollontai vertreten wurden, haben nur kurze Zeit gewirkt und im Volke nie Anklang gefunden. Das Ideal des Russen ist heute wie früher die Familie mit Kindern und Großmutter. Zwar gilt für die Scheidung nicht das Schuldprinzip, sondern der Grundsatz der Zerrüttung; aber die Scheidung ist keineswegs mehr so einfach

wie in den zwanziger Jahren, als die einseitige Erklärung eines Ehepartners genügte. Ich habe Gerichtsverhandlungen erlebt, in denen der Richter den scheidungswilligen Ehegatten inständig zuredete, ob sie es nicht noch einmal miteinander versuchen wollten, im Interesse der Kinder usw.

Es ist richtig, daß Kirche und Religion zumindest im sowjetischen Industrie- und Großstadtleben kaum mehr eine Rolle spielen, wenn sie auch nicht verfolgt werden, seit Stalin 1943 die Kirche in den Dienst des „Vaterländischen Krieges" stellte. Um so beachtlicher ist es, daß sich auch in dem säkularisierten, atheistischen Sowjetleben ohne übernatürliche Bindungen moralische Begriffe entwickelt haben. Ja, gerade junge und überzeugte Kommunisten heben gern mit einem gewissen Stolz auf ihre eigene Moral das von ihnen als heuchlerisch empfundene Mißverhältnis hervor, das oft im Westen zwischen dem moralischen Bekenntnis und der unmoralischen Wirklichkeit, z. B. der Prostitution, besteht.

Krieg oder Frieden?

Eine der ersten Fragen, die dem Fremden von Sowjetbürgern gestellt wird, ist die nach Krieg und Frieden. Die Friedenssehnsucht des Volkes ist echt. Allzusehr hat es, besonders in den westlichen Gebieten des Landes, unter dem Krieg gelitten, und gar zu gerne möchte es, nach so vielen Jahren der Entbehrung, jetzt etwas vom Leben haben. Die westlichen Diplomaten und sonstigen ständigen Beobachter in Moskau betonen aber auch ziemlich übereinstimmend, daß die verantwortlichen Politiker der Sowjetunion auf keinen Fall einen Krieg gebrauchen können, weil er ihre wirtschaftliche Aufbauplanung stören würde. Während früher die Bolschewisten jede Krisenerscheinung der kapitalistischen Welt laut als eine neue Etappe der Weltrevolution begrüßten, haben Chrustschow und seine Freunde die amerikanische „recession" mit großer Sorge betrachtet, weil sie von ihr eine Intensivierung der Rüstungsindustrie und eine Verschärfung der internationalen Spannungen befürchteten. Chrustschows Angebot an die amerikanische Industrie, sie möge Maschinen für den Ausbau der sowjetischen chemischen Industrie liefern, macht kein Hehl daraus, daß es vorwiegend darauf abzielt, die amerikanischen Industriellen von dem Ausweichen in die Rüstungsproduktion abzuhalten. Auch das Interesse der Sowjetregierung für Lieferungen der Firma Krupp liegt auf dieser Linie.

Deutsche Technik, deutscher Fleiß und deutsche Zuverlässigkeit erfreuen sich nach wie vor größten Ansehens in der Sowjetunion. Der deutsche Besucher trifft eher auf Sympathien als auf Spuren von Deutschfeindlichkeit. Freilich, die Erinnerung an den Überfall von 1941 ist ebenso wie die Furcht vor einer Wiederholung lebendig und wird durch Stilblüten aus der Bundesrepublik wie die vom „sowjetischen Todfeind" wachgehalten. Daß es ausgerechnet am Vorabend des 17. Jahrestages von Hitlers Angriff auf die Sowjetunion vor der Sowjetbotschaft in Rolandswerth zu feindlichen Demonstrationen anläßlich der Erschießung von Nagy und Genossen kam, wobei Fensterscheiben eingeworfen wurden, ist uns als Zeichen neuer deutscher Angriffslust übel vermerkt und mit entsprechenden Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft in Moskau vergolten worden. Kein geringerer als der deutsche Botschafter Dr. Kroll hat mit einer Offenheit, die ihm eine Zitierung nach Bonn einbrachte, solche Demonstrationen als schädlich für die Beziehungen zwischen beiden Ländern und gefährlich für den Frieden gegeißelt. Hier kann man nur die Anekdote wiederholen, mit der dieser Artikel eingeleitet wird. Jeder sowjetische Gesprächspartner, mit dem ich mich während der drei Wochen Sowjetunion unterhalten habe, hat mir erklärt, daß die deutsche Frage nur in einer allgemeinen Atmosphäre besserer deutsch-sowjetischer Beziehungen gelöst werden könne.

Für die Bundesrepublik, die gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu nichtdemokratischen Ländern wie Spanien, Portugal und der Türkei unterhält, kann der Hinweis auf ideologische Unterschiede kein ernsthafter Grund für die Verewigung von politischen Spannungen und Konflikten sein. Die innerpolitischen Verhältnisse in der Sowjetunion sind nicht unsere Sache. Von ihrer Gestaltung die Art und Weise unserer Beziehungen zu diesem großen Lande abhängig zu machen, wäre eine unerlaubte Einmischung in dessen innere Angelegenheiten. Wir müssen ja auch unsere anderen internationalen Partner so nehmen, wie sie sind, um so mehr also auch eine Großmacht, von der wesentlich die Lösung unserer nationalen Frage mit abhängt. Oder glaubt jemand, daß den Demokratisierungstendenzen, die sich in der Sowjetunion bemerkbar machen, damit gedient wäre, wenn man den Gegnern Chrustschows Auftrieb verschaffen und das Land in die Isolierung zurücktreiben würde? Chrustschow ist kein Isolationist nach der Art Stalins, sondern ein Politiker vom Schlage Peters des Großen, der das offene Tor nach dem Westen für sein Volk als lebensnotwendig ansieht. Es wäre töricht, wenn der Westen, vor allem die Bundesrepublik, das nicht nützen würde.

Pastor Herbert Mochalski

Sterben für Berlin? *)

Bis Mai hat jeder Zeit, sich seine Antwort zu überlegen: die Sowjets wie die Amerikaner, Engländer und Franzosen. — Die Antwort steht heute schon fest: Keiner will für Berlin sterben. Sechs Monate sind Zeit genug, um Regierungen, Parlamente und die öffentliche Meinung begreifen zu lassen, daß Gewaltanwendung den eigenen Untergang bedeutet. Die Verbündeten des 2. Weltkrieges werden 13 Jahre nach der Niederwerfung Deutschlands wegen der Hauptstadt eben dieses Landes keinen späten Akt der Selbstzerstörung vollziehen. Der Empfang des Repräsentanten Deutschlands durch die Londoner Bevölkerung gibt hinreichend Auskunft. Sterben für Berlin? Auch für Ungarn wurde nur am Radio gestorben — außer in Budapest.

Es gibt nichts mehr „freizukämpfen" — außer dem Weg in den gemeinsamen Untergang. Darum wird es keinen Panzerzug und keinen Militärkonvoi nach Berlin geben. Wer leben will, darf Gewalt nicht mehr anwenden. Er muß verhandeln. Weil sie nicht sterben wollen für Berlin (wer kann das wünschen?), werden sie verhandeln. — Die Sowjets haben den ersten Zug getan. Sie wollen Berlin verlassen. Die westlichen Alliierten sollen dasselbe tun. Westberlin soll den Status einer entmilitarisierten „Freien Stadt" bekommen. — Nun sind die Westmächte am Zug. Sie wollen in Berlin bleiben. Sie können aber nicht hindern, daß die Sowjets gehen. Sollen die Westmächte einen Krieg beginnen, weil die Sowjets ein Land räumen? Wo sind wir nur hingeraten?! Wir verlangen, daß die Sowjets bleiben!

*) Dieser Artikel wird auch in der nächsten Ausgabe der „Stimme der Gemeinde" zum Abdruck kommen. D. Red.

Wir haben einen Stellungskrieg geführt. Zehn Jahre lang hat sich der Westen eingegraben. Berlin wurde dabei zur „Frontstadt" erklärt. Weil uns nichts anderes einfiel, meinten wir, es werde immer so bleiben. Was uns einfiel, machte die Front nur starrer. Der „Politik" der Aufrüstung, dem ständig vermehrten Druck, sind die Sowjets nicht gewichen. Dann bleibt nur noch der Krieg? Der Krieg kann nicht stattfinden, weil er den eigenen Untergang bedeutet. Die „Politik" der Aufrüstung drückt die Sowjets nicht heraus — weder aus Deutschland noch aus Osteuropa —, weil heute nicht einmal ein Krieg das fertig bringt. Unsere Politik der Aufrüstung und Drohung hat sich festgelaufen. Wir haben uns in unserem erstarrten Rüstungsdenken den Weg verbaut, noch einen anderen Zug zu tun als den, den wir nicht tun können, weil er für uns selber der letzte Zug wäre. Unsere „Politik" vertraut noch auf Gewalt zu einem Zeitpunkt, da mit Gewalt oder auch nur mit Androhung von Gewalt nichts mehr auszurichten ist. Das ist die Sackgasse, in der wir stecken. Seit 10 Jahren hat uns die Politik Adenauers, jenes Relikt des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der A- und H-Bombe, immer tiefer in diese Sackgasse hineingeführt. Wer es bisher nicht wahrhaben wollte oder meinte, dieser Zustand werde unverändert und damit unbemerkt andauern, ist durch den „Fall Berlin" jäh aufgeschreckt. Die Sowjets haben einen politischen Zug getan; sie räumen ein Gebiet und verlangen die Neutralisierung. Wir sind eingegraben, erstarrt, auf „Stärke" festgelegt. Für einen politischen Gegenzug haben wir uns selber keinen Raum gelassen, ist kein Feld frei. Sterben für Berlin? Ein Krieg bringt keine Lösung, sondern das Ende.

Zur Diskussion steht Deutschland. Die Sowjets haben in ihrer Berlin-Note — natürlich mit den durch die Lage Berlins bedingten Modifikationen — für diesen Bereich wiederholt, was sie mit ihrer Note vom 10. März 1952 für ganz Deutschland in Vorschlag brachten. D. h.: Ihr Interesse ist nach wie vor darauf gerichtet, Deutschland als Gefahrenherd auszuschalten. Ein blinder Antikommunismus hat uns unfähig gemacht, die Sorge der Sowjetunion vor einer westdeutschen — und nun gar atomaren — Aufrüstung als eine Realität ernst zu nehmen. Die seit 1949 von Adenauer ständig wiederholte Behauptung von der Bedrohung Deutschlands durch die Sowjetunion („die Lage ist noch nie so ernst gewesen") hat aber nicht aus der Welt schaffen können, daß wir die Sowjetunion vertragsbrüchig überfielen — und nicht umgekehrt. Nach dieser Erfahrung beharrt die Sowjetunion auf dem Potsdamer Abkommen zwischen den drei bzw. vier Mächten, d. h. auf der Entmilitarisierung Deutschlands. Die Note vom 10. März 1952 hatte für die Wiedervereinigung dies als einzige Voraussetzung. Die Berlin-Note verlangt, unter ausführlicher Bezugnahme auf diesen Inhalt des Potsdamer Abkommens, das gleiche für den Bereich Berlin. Die Entmilitarisierung ist die Voraussetzung für ein gut nachbarliches Verhältnis zur Sowjetunion und — nach wie vor — der Schlüssel zur Wiedervereinigung. Entmilitarisierung heißt: keine deutschen Armeen mehr, die allein in der Lage wären, einen Krieg zu führen oder die einem Militärbündnis angehören, das sich gegen einen Staat richtet, der am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Wir werden den Bundeskanzler und seinen Außenminister in den nächsten Wochen viel auf Reisen sehen. Er wird die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs beschwören, „fest" zu bleiben. Er wird damit wiederholen, was Madame Tschiang-kaischek vor ihm in ähnlicher Situation tat. Lemmer, Gerstenmaier, Nellen, Kiesinger u. a. wissen, daß es so nicht geht. Sie müssen nun hervortreten. Die Politik Adenauers ist am Ende. Die Sowjets haben es enthüllt. Die Westmächte werden es bestätigen. Sterben für Berlin? Man ist nicht in Genf gemeinsam auf einem guten Wege,

die atomare gegenseitige Bedrohung zu verringern, um dann wegen Berlin einen atomaren Krieg zu riskieren.

Es bedarf schnell und dringend einer Änderung unserer Politik. Absage an das Rüstungsdenken, an die Politik der Drohung und der eingebildeten Stärke kann die selbstverschuldete Erstarrung lösen. Wir müssen endlich begreifen, welches unsere wirklichen Möglichkeiten sind. Wir liegen nicht nur geographisch zwischen Ost und West. Auch unsere Bedeutung als Staat — geteilt oder ungeteilt — ist nur noch die eines „Zwischen". Wenn wir unsere Politik nicht danach einrichten, werden wir nur Enttäuschungen erleben. Man wird uns gebrauchen, aber ebenso fallen lassen. — Unsere Möglichkeiten sind bescheiden, jedenfalls im Vergleich zu der Bedeutung, zu der uns der Bundeskanzler mit Worten und der Verteidigungsminister mit der atomaren Aufrüstung hinaufzuspielen versucht haben. Diese Möglichkeiten sind aber nicht gering, wenn wir das „Zwischen" als unsere wirkliche Lage anerkennen und annehmen. Die Großmächte haben immer wieder Verständnis für die Zwischenposition gehabt, weil sie ihrem eigenen Interesse nach Entspannung nützlich sein kann. So sind der Eden-Plan, der Gaitskell-Plan, die Vorschläge von Kennan und zuletzt der Rapacki-Plan in der Erörterung geblieben.

Die Berlin-Note der Sowjets kann nur mit einem politischen Schritt beantwortet werden. Wenn Westdeutschland dazu nicht die Initiative mit einer neuen Politik ergreift, haben wir in wenigen Monaten ein dreigeteiltes Deutschland. Die Nichtachtung der Sowjet-Note vom 10. März 1952 hat die Festigung der DDR und damit die Preisgabe der Einheit Deutschlands an zwei selbständige Staaten zur Folge gehabt. Die Berlin-Note der Sowjets vom Dezember 1958 gibt die Chance, aus der Verfestigung und Erstarrung herauszukommen. Die Deutschland-Frage insgesamt ist mit Berlin zur Diskussion gestellt. Werden wir diese Chance nutzen? Die Westmächte können sich mit einer Lösung der Berlin-Frage zufrieden geben, die zu den beiden deutschen Staaten noch einen dritten hinzufügt. Wir können es nicht.

Wir müssen für die Deutschland-Frage insgesamt Lösungen entwickeln und angehen, die unserer „Zwischen"-Lage Rechnung tragen. Der Verlauf der Genfer Konferenz sollte uns zu solchen Vorschlägen ermutigen. Der Rapacki-Plan gewinnt als ein möglicher Schritt zur Entspannung in einem größeren Zwischenbereich neues Interesse. Seine Möglichkeiten sind nicht oder nicht genügend diskutiert. Vielleicht ist jetzt der richtige Zeitpunkt, daß politisch denkende Menschen aus West- und Osteuropa dieses Versäumnis nachholen. Eine Entspannung im größeren „Zwischenbereich" wird auch die Deutschland-Frage entschärfen. Und anders als durch politische Mittel, auf dem Wege von Verhandlungen ist sie nicht zu lösen. —

Sterben für Berlin? Sie werden verhandeln. Die Frage ist nur, ob wir dabei sein werden. — Sie werden sich einigen, auch wenn wir „fest" bleiben, eingegraben, erstarrt im Rüstungsdenken. Darum müssen wir heraus aus dem Graben. Nicht um die Einigung, sondern um die Dreiteilung zu verhindern und um endlich einen Schritt auf die Wiedervereinigung hin zu tun.

Matthias Joseph Mehs *)

Jetzt geht es um's Ganze

Beim Schachspiel kann es geschehen, daß durch einen unerwarteten Zug mit einem Bauern der ganze Aufbau des Gegners in Frage gestellt ist. Wenn dann nicht mit einem kühnen Gegenzug oder gar mit einer völligen Umgruppierung pariert wird, ist das Schachmatt für den Angegriffenen nicht mehr aufzuhalten.

In solcher Lage befindet sich zur Zeit die Bundesrepublik, nachdem der Kreml den Vorstoß gegen Berlin gemacht hat. Er wirbelt im Westen und vor allem in Bonn deshalb soviel Staub auf, weil nun plötzlich, ob man es will oder nicht, die Frage nach der Richtigkeit der bisherigen Politik gestellt wird. Man war seiner Sache bis jetzt so sicher, glaubte im Gefühl der Stärke, es könne, vom Krieg abgesehen, gegen den man ja ausreichend gerüstet ist und immer noch weiter rüstet, nichts Erregendes mehr passieren, und wird nun über Nacht gewahr, daß doch noch nicht alles bedacht war. Und das Peinlichste: der Russe hat wieder einmal die Initiative ergriffen, eine Blamage erster Größe für den westlichen Geist, dem bis heute noch kein zündender Vorschlag zur Entspannung eingefallen ist.

An sich brauchte kein Grund zur Unruhe zu sein. Denn man könnte den Vorschlag des Kreml, West-Berlin zur Freien Stadt zu machen, einfach als unmöglich ablehnen, was zweifellos richtig ist, und alle andern Schritte, die nach sechs Monaten dann russischerseits geschehen, in Ruhe abwarten, um dann entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Doch diesmal liegt der Fall anders, tiefer. Durch die ganze Welt geht ein Spüren, daß der Schachzug Chrustschows die Tür zur letzten Chance für eine weltweite Entspannung, die zugleich die Voraussetzung auch für die Lösung der deutschen Frage ist, aufgestoßen hat. Nicht sein Vorschlag für West-Berlin ist die Hauptsache — er wird vom Westen einhellig abgelehnt —, sondern das, was nunmehr der Westen und vor allem Bonn selbst zur Entspannung vorzubringen haben. Es ist dem Westen überlassen, die geöffnete Tür entweder zu benutzen oder zuzuschlagen. Diese Fragestellung beginnt man überall zu begreifen. Sie löst zugleich, namentlich in England, aber auch in den Vereinigten Staaten, den Zweifel aus, teilweise sogar die klare Erkenntnis, die bisherige Politik sei auf verkehrtem Geleise gelaufen. Nur im Bonner Auswärtigen Amt scheint es noch nicht zu dämmern. Und das hat seine Gründe.

Da haben wir zunächst den Dogmatismus in der Politik des Bundeskanzlers. Für ihn, und auch für seinen amerikanischen Freund Dulles, gibt es auf der Welt nicht nur gute und böse Menschen, sondern auch Völker und Länder. Amerika und Westdeutschland gehören zu den guten, Sowjetrußland und Ostdeutschland zu den bösen. Aus diesem Dogmatismus, dieser selbstgerechten Klassifizierung der Erdbewohner resultiert das Überzeugtsein von der eigenen Unfehlbarkeit und von der Niedertracht und Gemeinheit der anderen. Die andern können Binsenwahrheiten aussprechen, für den politischen Dogmatiker sind sie Geistesgut des Leibhaftigen. Alles, was der Westen bislang getan hat, war gut und in Ordnung, und alles, was von jenseits des eisernen Vorhanges kam, wurde als verwerflich und gefährlich angesehen. Das Grundgefühl gegen den Osten ist daher Mißtrauen und Haß, das gegen den Westen, zumal gegen Amerika, Vertrauen und Hörigkeit. Ein so natürlicher Gedanke wie gute Nachbarschaft zum Osten konnte bei solcher Gemütslage glaubhaft nicht aufkommen.

---

*) Matthias Joseph Mehs war in der ersten Legislaturperiode des Bundestages Abgeordneter der Fraktion der CDU/CSU.

Der zweite Grund für die Unfähigkeit, die gegenwärtige Lage zu verstehen, liegt in dem Beharrungsvermögen, um nicht zu sagen Starrsinn vieler Politiker. Beharrung und Fortschritt sind die Elemente, die Geschichte und Politik bestimmen, die Beharrung ist am stärksten. Das bedeutet in unserm Fall: Der Westen und mit ihm Bonn sind jeder Änderung ihrer politischen Linie abhold. Daß aus einem Saulus ein Paulus wird, zählt zu den größten Seltenheiten. Bundeskanzler Adenauer wird niemals zugeben, seine Politik sei nicht richtig gewesen. Wenn er, gewiß aus bestimmten und gewichtigen Gründen, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, die allgemeine Wehrpflicht, die Einfügung der Bundesrepublik in die Nato, die atomare Bewaffnung betreiben und diese Programmpunkte von der Bundestagsmehrheit, auf die er als Vorsitzender der stärksten Regierungspartei einen bestimmenden Einfluß hat, sich hat bestätigen lassen, dann ist eben alles andere falsch und schadet in seinen Augen Deutschland, obschon ohne weiteres einzusehen ist, daß beispielsweise allein schon die Nato-Mitgliedschaft, also die Einordnung Westdeutschlands in ein militärisches Bündnissystem, das die Russen als gegen sich gerichtet betrachten müssen, jede Entspannung, jede Abrüstung und damit natürlich unser nationales Hauptanliegen, die Wiedervereinigung, unmöglich macht. Von Moskau kamen laufend Warnungen, aber das waren doch nur Äußerungen von böswilligen Feinden, auf die man überhaupt nicht hört. Die sozialdemokratische Opposition meldete schwerste Bedenken an, aber die Sozialdemokratie ist doch das Verderben Deutschlands. Die Denkschriften Pfleiderers, zwar gelesen, verschwanden unbeachtet in Schubläden oder gar Papierkörben. Männer wie Kennan, Rapacki, Schweitzer und die Göttinger sind in den Augen des Bundeskanzlers einfach falsche Propheten. Mit anderen Worten: Das geschichtliche Beharrungsvermögen verhindert die Einsicht in ein anderes Denken.

Das Entscheidende des russischen Vorstoßes liegt nun darin, daß er die bisherige Konzeption des Westens und zumal des offiziellen Bonns ins Wanken gebracht hat, und man muß zugeben, daß er gut gezielt war. Alle Äußerungen, die aus dem Bonner Regierungslager kommen, beweisen die Furcht vor der Aufdeckung des bis jetzt beschrittenen falschen außenpolitischen Weges. „Nur nicht an der bisherigen Richtung rütteln! Fest bleiben! Und nicht davon reden, wer in der Vergangenheit recht gehabt habe! Keine psychologische Demontage!" Man merkt, wie unsicher man in Bonn geworden ist. Diese Wirkung war zweifellos von Rußland beabsichtigt. Eine weitere Absicht ist, den Westen zu bewegen, endlich einmal mit Gegenvorschlägen herauszukommen, die eine echte Entspannung bringen, insbesondere auf Bonn einen Druck auszuüben, endlich einmal zu bekennen, was uns Deutschen die Einheit und der Friede wert ist. Die angsterfüllte Welt ist des ewigen Notenwechsels allmählich satt, bei dem bis heute doch nichts anderes herauskam, als daß einer dem andern den berühmten Schwarzen Peter zuschob unter mehr oder minder groben gegenseitigen Unfreundlichkeiten. Diese Noten des kalten Krieges können nicht ad infinitum fortgesetzt werden. Nun hat Moskau die Initiative ergriffen — besser wäre es, der Westen hätte es getan —, um den Westen, von dem es sich bedroht fühlt, zu veranlassen, entweder den kalten Krieg auf die Spitze zu treiben (der dann leicht in den heißen Krieg übergehen kann) oder endlich einen ernsthaften Schritt zur Auflockerung der auf die Dauer schier unerträglichen Spannung zu tun. Starke Worte wie „einig zusammenstehen", „den Ball zurückwerfen", „die Note zurücknehmen" nützen jetzt nichts mehr. Es muß mit einem handfesten Plan gedient werden, mit einem kühnen Vorstoß nach vorn, der eindeutig beweist, daß der Westen für den Frieden Opfer zu bringen bereit ist. Der Friede ist die größten Opfer wert, wenn sie uns die Einheit bringen und unsere Freiheit und Sicherheit garantieren. Zu einer solchen Lö-

sung scheinen die Russen bereit zu sein, man sollte sie endlich einmal beim Wort nehmen.

Es stellt sich daher an die Westmächte und vor allem an Bonn die Frage: Wenn am Ende der Verhandlungen ein gesicherter Friede in Einheit und Freiheit steht, ist dieses Ziel dann wert:
daß wir die Deutsche Demokratische Republik de facto anerkennen?
daß wir mit der DDR einen losen Staatenbund bilden, der keinem Militärblock angehört?
daß wir also aus der Nato austreten?
daß wir mit der DDR für unsern Staatenbund ein Grundgesetz ausarbeiten mit dem Ziel eines Bundesstaates?
daß wir auf eine atomare Bewaffnung verzichten?
daß die Sicherheit unserer Territorien international garantiert wird und alle fremden Truppen abziehen?

Um mit einer Entspannung einmal den Anfang zu machen, könnten alle diese Fragen von uns in vertrauensvollen Verhandlungen bejaht werden. Das große Endziel aber müßte sein ein europäischer Staatenbund, der keinem außereuropäischem Machtblock angeschlossen ist, ein ausreichend bewaffnetes Europa, das keinerlei Gebietsansprüche stellt und nur sein Gebiet, seine Völker und seinen Frieden schützt und verteidigt.

Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Halle/S.

Bemerkungen zur Deutschland-Frage und zum Berliner Problem

Der bekannte Völkerrechtler der Universität Halle, Prof. Reintanz, Mitglied des Hauptvorstandes der Ost-CDU, ist Leser unserer Zeitschrift. Das eingesandte Manuskript veröffentlichen wir gern, in der Meinung, daß Gedanken und Überlegungen zur Lösung der deutschen Frage in beiden Teilen Deutschlands gerade jetzt eingehende Beachtung verdienen. D. Red.

Man mag es wahrhaben wollen oder nicht — Tatsache ist, daß es gegenwärtig auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten — die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik — mit unterschiedlicher sozialökonomischer Struktur und Entwicklungstendenz gibt. Deutschland — das ist heute Bundesrepublik plus Deutsche Demokratische Republik. Nur wer die Augen vor der Wirklichkeit verschließt und sich damit selbst betrügt — und der Selbstbetrug ist bekanntlich der schlimmste Betrug! — mag an dem von der Bundesrepublik hartnäckig verfochtenen Ausschließlichkeitsstandpunkt festhalten und den anderen Staat als Irredenta-Gebiet betrachten. Nur wer politisch blind ist, klammert sich noch an die Politik der sog. Stärke und glaubt, die Sowjetunion würde die Deutsche Demokratische Republik als ein internationales Handelsobjekt benutzen.

Die beiden deutschen Staaten sind jedoch nicht irgendwelche nebeneinander lebenden Staaten. Sie sind zwei deutsche Staaten und haben daher vor dem gan-

zen deutschen Volk die Pflicht, die staatliche Einheit des deutschen Volkes wiederherzustellen.

Es handelt sich aber nicht darum, irgendeine staatliche Einheit herzustellen. Es muß vielmehr ein neuer gesamtdeutscher Staat geschaffen werden, der friedliebend und demokratisch und nicht militaristisch und diktatorisch strukturiert ist. Das erwarten die Völker Europas, das erwartet die Mehrheit des deutschen Volkes.

Aus der Feststellung, daß es heute zwei deutsche Staaten gibt, folgt, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht durch die vier Großmächte gleichsam von oben dekretiert werden kann. Das war bis 1949, vielleicht noch bis 1954/55, möglich. Heute geht das nicht mehr. Heute haben die vier Großmächte die Aufgabe, ein solches internationales Klima zu schaffen, das die neue deutsche Staatwerdung begünstigt — nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Auch der oft berufene Weg zur Wiedervereinigung über freie Wahlen ist nicht mehr gangbar. Bis 1952 oder auch noch bis 1954 oder sogar 1955 wären Wahlen als erster Schritt zur Wiedervereinigung denkbar und möglich gewesen. Heute können sie nur noch am Ende eines mehr oder weniger langen Prozesses der Annäherung beider deutscher Staaten stehen und den Weg zur Wiedervereinigung abschließen.

Was bleibt unter diesen Umständen als gangbarer Weg? Da wir von der Existenz zweier selbständiger deutscher Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Struktur ausgehen müssen, folgt daraus für die Wiedervereinigung, daß nur ein völkerrechtlicher Vereinigungsprozeß möglich ist, der zu gegebener Zeit zu einer staatsrechtlichen Verschmelzung weiterzuführen ist; der Weg führt also vom Staatenbund zum Bundesstaat und evtl. zum Einheitsstaat in einer weiteren Entwicklungsstufe.

Staatenbund als völkerrechtliche Vereinigung ist mehr als Staatenbündnis, weil er auf Dauer berechnet ist, über ständige Organe verfügt, umfassender in der Zielsetzung ist und — wie die Geschichte lehrt — den Trend zum Bundesstaat und Einheitsstaat hat. Seine Organe üben keine Gewalt über die Mitglieder aus; ihre Beschlüsse sind für die einzelnen Mitgliedstaaten nur dann bindend, wenn sie von ihnen akzeptiert werden.

Wenn von sachlich ähnlichen Vorschlägen Dr. Hermann Etzels aus dem Jahre 1955 und des Oberbürgermeisters a. D. Elfes aus dem Jahre 1956 abgesehen wird, so wissen wir heute, daß der Gedanke eines deutschen Staatenbundes in Bonn entstand und in Berlin konkretisiert und publiziert wurde. Danach soll jedes Herrschaftsverhältnis des einen deutschen Staates über den anderen ausgeschlossen werden; ein gemeinsames Organ, der aus der gleichen Anzahl von Vertretern beider deutscher Parlamente bestehende Gesamtdeutsche Rat, soll beratende Funktionen ausüben. Die Existenz beider Staaten und damit ihre innere Ordnung würde nach dem Berliner Vorschlag unberührt bleiben.

Zu den Aufgaben des Gesamtdeutschen Rates würde es gehören, Vorschläge für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, den Kulturaustausch, die Währung und den Handel u. a. auszuarbeiten. Über ihre Annahme und Durchführung entscheiden die beiden deutschen Staaten entsprechend ihrer Verfassung selbständig.

Die politische Grundlage zur Bildung des Deutschen Staatenbundes könnte eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik bilden über:

Verbot der Kernwaffenherstellung, -lagerung und -anwendung;

Ausscheiden aus der Nato bzw. dem Warschauer Vertrag, Festlegung der beiderseitigen Truppenstärken;

Ersuchen an die vier Großmächte auf baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Truppen.

Wer diese Vorschläge in ihrer Gesamtheit sine ira et studio prüft, wird nicht bestreiten können, daß sie in der gegenwärtigen Situation ein ernsthafter Versuch sind, in der Frage der deutschen Wiedervereinigung voranzukommen. Man kann ihnen auch nicht mit historischen Reminiszenzen etwa an den Deutschen Bund von 1815 begegnen, um ihre angebliche Undurchführbarkeit zu beweisen, denn jeder historische Vergleich hinkt, und im übrigen liegt es beim deutschen Volk selbst, in welchem Tempo es das Stadium des Staatenbundes durchläuft.

Das Projekt eines Staatenbundes hat sich bisher nicht verwirklichen lassen. In Bonn wurden Bremsklötze vor den Wagen „Staatenbund" gelegt. Auch in der Frage eines Friedensvertrages als eines ersten Schrittes zur Wiedervereinigung über einen Staatenbund regt sich offiziell bisher nichts, wenn man von den Vorschlägen aus dem Osten und den Ablehnungen aus dem Westen absieht. Um so lebhafter geht es z. Zt. in der Berliner Frage zu, die ein Teil des Deutschland-Problems darstellt, das wieder ein Teil des europäischen Sicherheitskomplexes ausmacht. Wer also die Berliner Frage anpackt, zieht damit früher oder später auch die anderen Fragen nach. Darum war es gut, daß Chrustschow diese Frage aufwarf und auch gerade jetzt zugriff, um die Dinge wieder in Bewegung zu bringen.

Berlin, im April 1945 von den sowjetischen Truppen erobert, gehörte zur sowjetischen Besatzungszone, in der der sowjetische Oberbefehlshaber entsprechend den Vereinbarungen der Alliierten von 1944 und 1945 die „oberste Gewalt" ausübte. Berlin wurde in vier Sektoren geteilt, und jeder der vier Großmächte wurde ein Sektor zur „Verwaltung" überwiesen; auch das war 1944 und 1945 von den Alliierten vereinbart worden. Berlin war weder eine fünfte Besatzungszone, noch bildeten seine Sektoren Bestandteile der Besatzungszonen. Der Rechtsstatus Berlins gründete sich auf das Kriegs- und Besatzungsrecht. Insgesamt stellte das Viermächteabkommen über die Verwaltung Berlins einen integrierenden Bestandteil der Abkommen über die Viermächteverwaltung Deutschlands dar. Wer also in Berlin Rechte ausüben will, muß auch die Einhaltung der Rechte hinsichtlich Deutschlands als Ganzes gewährleisten; wer seinen Rechtspflichten in dem einen Teil nicht nachkommt, verletzt das ganze Vertragswerk und begibt sich der Rechte daraus.

Mit der Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Herausbildung zum souveränen Staat ging Berlin in das Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik als deren Hauptstadt ein. Daraus ergibt sich, daß Berlin kein zwölftes Land der Bundesrepublik sein kann.

Die Deutsche Demokratische Republik war und ist z. Zt. noch durch Vertrag von 1955 mit der Sowjetunion zur Respektierung des bestehenden kriegsrechtlichen Besatzungsstatutes von Berlin verpflichtet und übt dementsprechend in Berlin ihre Hoheitsbefugnisse nicht voll aus.

Die Großmächte haben den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt, und das kriegsrechtliche Besatzungsregime in Deutschland gehört seit 1954/55 der Vergangenheit an. Nur in Berlin besteht es faktisch, nicht rechtlich, noch fort, denn durch die Nichteinhaltung der Potsdamer Beschlüsse durch die Westmächte sind auch die Vereinbarungen über die Viermächteverwaltung Berlins hinfällig geworden. Wem nützt dieser Zustand? Den kalten Kriegern kleinen und großen Formats, deren friedensgefährdendes Treiben in Westberlin keines weiteren Beweises bedarf!

Die Sowjetunion hat zur Bereinigung der Westberliner Situation den Plan einer entmilitarisierten Freistadt Westberlins zur Diskussion gestellt. Sie wird ab Mitte

1959 ihre Kontrollbefugnisse gegenüber den in Westberlin stationierten Amerikanern, Briten und Franzosen nicht mehr ausüben. Die Deutsche Demokratische Republik wird von diesem Zeitpunkt ab allein über die Benutzung der Land-, Wasser- und Luftwege auf ihrem Staatsgebiet durch die Truppen der Westmächte entscheiden.

Die Frage des staatsähnlichen Gebildes „Freistadt Westberlin" und ggf. die Verkehrskontrolle auf den DDR-Verkehrswegen Westdeutschland—Westberlin wird in den kommenden Monaten voraussichtlich alle Beteiligten an den Verhandlungstisch führen. Die diplomatische Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik ist dabei keine conditio sine qua non. Diplomatische Anerkennungen können möglich sein, aber die internationale Stellung der Deutschen Demokratischen Republik ist heute so gefestigt, daß diese Frage nicht entscheidend ist. Entscheidend ist für die Deutsche Demokratische Republik allein, daß die Verhandlungen insgesamt zu einer Festigung des Friedens führen.

Wie die Verhandlungen enden werden, vermag niemand vorauszusagen. Eines ist sicher: die angeblich „nichtexistente" und „sogenannte DDR" wird sich vernünftigen Kompromissen in der einen oder anderen Frage nicht verschließen, aber es dürfen keine Kompromisse einseitig zu ihren Lasten und zu Lasten einer friedlichen Entwicklung in Berlin und in Deutschland sein. Alle Beteiligten werden gut tun, immer daran zu denken, daß das Problem Berlin nur ein Teilproblem ist. Das größere Problem heißt Wiedervereinigung Deutschlands und Frieden und Sicherheit in Europa. So gesehen, können die Verhandlungen über Berlin einen ersten Schritt zur Lösung weiterer Probleme darstellen und erstarrte Fronten wieder in Bewegung bringen.

Rolf von Schoen

Politik der Stärke — wohin?

Als vor vier Jahren bekannt wurde, daß der FDP-Abgeordnete Pfleiderer in Ost-Berlin mit Botschafter Semjonow eine Zusammenkunft gehabt hatte, riefen maßgebliche Bonner Stellen nach dem Verfassungsschutz, der jenen ehrenwerten Politiker dann einer leider wenig fairen und auch nicht gerade sehr würdigen Behandlung unterzog. Ein Jahr später fuhr Bundeskanzler Dr. Adenauer an der Spitze einer westdeutschen Delegation nach Moskau: Plötzlich war es erlaubt, was nur wenige Monate zuvor noch als unantastbares Tabu gegolten hatte, als Verrat an den westlichen Verbündeten. Kontakte mit den Sowjets erscheinen seither nicht mehr unbedingt als schon staatsgefährlich.

Dieser Besuch im Kreml hatte aber noch eine weitere bedeutsame Folge. Bis zur damaligen Stunde hatten wir damit gedroht, wir würden zu jedem Staat, der die DDR anerkenne, die Beziehungen abbrechen. Die Sowjetunion hatte die DDR anerkannt. Trotzdem wurden nunmehr diplomatische Beziehungen zu ihr aufgenommen. Somit ward gegen einen zweiten bis dahin unverletzlichen Grundsatz von uns selber verstoßen.

Allem Anschein nach werden wir indessen in nächster Zeit im westdeutschen wie im gesamten westlichen Lager überhaupt noch mehrere derartige Schwenkungen vornehmen müssen. Ministerpräsident Chrustschow hat über-

raschend das Viermächte-Statut über Berlin einseitig aufgekündigt, um den östlichen Stadtsektor der Befehlsgewalt der DDR zu unterstellen. Gewiß zielt er mit diesem Schritt nicht nur auf einen propagandistischen Erfolg, daß die Sowjets im Interesse des Friedens Berlin geräumt hätten, während es die Westmächte auch nach Abzug der Russen noch weiterhin besetzt hielten. Vielmehr geht seine Absicht wohl nicht zuletzt dahin, der DDR ein Pfand in die Hand zu spielen, mit dessen Einsatz sie — z. B. durch Androhung einer Blockade — auf die Westmächte einen Druck auszuüben vermag, damit sie das ostzonale Regime endlich anerkennen. Ob wir dann wirklich in der Bundeshauptstadt unsere Drohungen wahrmachen und zu den westlichen Verbündeten unverzüglich alle Beziehungen abbrechen werden? Oder werden wir uns dann nicht selber dazu herbeilassen müssen, Pankow endlich anzuerkennen, was wir schon längst hätten tun sollen, spätestens 1951, als uns Ministerpräsident Grotewohl seine ersten Noten bezüglich der Wiedervereinigung übersandte? Und um das Ausmaß der diplomatischen Niederlage voll zu machen, werden wir uns auch noch bei Tito zu entschuldigen haben für unsern so unüberlegten, trotz Pfleiderers eindringlicher Warnungen erst vor wenigen Monaten vorgenommenen Abbruch der diplomatischen Beziehungen. In der Tat: Eine wahre Serie höchst überflüssiger Canossagänge, die wir uns leicht hätten ersparen können, hätten wir nicht die Nonkonformisten und Warner in so völlig unbelehrbarer und auch wenig schöner Weise als angebliche „Agenten der bolschewistischen Weltverschwörung" jahrelang derart entschieden verfemt! Jene Andersdenkenden, die jetzt leider doch wieder einmal Recht bekommen sollen!

Doch dies alles ist wahrscheinlich bloß der erste bittere Kelch, der dem Abendland als Quittung für unsere halsstarrig einseitige „Politik der Stärke" kredenzt wird. Es liegen Berichte vor, wonach die Sowjetregierung eine Gruppe von Wissenschaftlern, der u. a. auch der Italiener Pontecorvo angehören soll, Peking zum Bau der ersten chinesischen Atombombe zur Verfügung gestellt habe. Bisher hat man bei uns im Westen angenommen, Moskau mißtraue dem südöstlichen Nachbarn selber viel zu sehr, als daß es sich jemals zu diesem Schritt herbeilassen werde. Wenn aber nun jene Meldung zutrifft, ist der weitere Gang der Dinge leicht vorauszusehen: Spätestens in jenem Augenblick, wo Mao Tse-Tung seine erste Atombombe zur Explosion bringen läßt, wird sich selbst Staatssekretär Dulles zur Anerkennung Rot-Chinas bequemen müssen, wird er ihm ferner auch Sitz und Stimme in der UNO nicht länger verweigern können. Aber wie dem auch sein mag: früher oder später werden wir auf diese oder jene Weise zu dieser Anerkennung doch gezwungen werden. Spricht dieser Umstand, daß wir stets von neuem von den Kommunisten überspielt und ausgepunktet werden, indessen nicht dafür, daß unsere Politik doch offenbar weit weniger stark ist, als wir meinen, und deshalb richtiger als eine solche der Schwäche bezeichnet werden sollte, wo wir immer wieder bald hier, bald dort in der Welt von den Machthabern des Ostblocks ausmanövriert werden?

Gewiß werden dagegen entschiedene Widersprüche laut werden, wird man uns hier entgegenhalten, die eingetretene Entwicklung sei zwar bedenklich, doch bewiesen die geschilderten Vorkommnisse noch lange nicht die Unrichtigkeit unserer außenpoltischen Konzeption im großen ganzen, die durch solche kleinen Schönheitsfehler ja keineswegs in Frage gestellt würde. Allein, auch diesen Optimismus wagen wir zu bezweifeln. Einer Rundfunkmeldung zufolge soll Staatssekretär Dulles unlängst erklärt haben, eine Wiedervereinigung sei nicht denkbar vor dem Tage der endgültigen Bereinigung zwischen den USA und der Sowjetunion, die vielleicht erst in fünfzig Jahren stattfinden werde. Aber werden sich währenddessen die beiden Hälften Deutschlands nicht so sehr auseinandergelebt haben,

daß an eine Wiedervereinigung auf friedlicher Basis hernach kaum mehr gedacht werden kann? In einem halben Jahrhundert ließe sich ja wohl noch eher eine Vereinigung der Bundesrepublik und Österreichs oder Österreichs und der Schweiz durchführen als eine solche der östlichen und westlichen Zone unseres Vaterlandes! Oder glaubt Staatssekretär Dulles, daß uns dann die Wiedervereinigung als eine Frucht unserer Stärke zufallen werde, welcher Moskau bis dahin endlich erliegen müsse? In der Tat legt seine Erklärung diesen Schluß sehr nahe, zumal da auch andere Zeichen in die gleiche Richtung weisen. Es ist z. B. höchst aufschlußreich, noch unter den neueren Aussagen amerikanischer Politiker immer wieder solche zu finden, die wohl nur so aufgefaßt werden können, als rechne man im Weißen Hause noch immer mit einem irgendwann einmal erfolgenden plötzlichen Umschwung der Dinge. So erklärte z. B. Präsident Eisenhower vor Jahresfrist, der Welt tue ein „Sprung in den Frieden" not. Aber friedliche Entwicklungen vollziehen sich niemals sprunghaft, auch nicht in der Abfolge einiger Tage und Wochen, sondern nur allmählich und unauffällig im Laufe von Jahren und Jahrzehnten. Und so müssen wir uns ernsthaft fragen: Deuten diese Erklärungen nicht, obschon freilich nur versteckt, doch sehr darauf hin, als setzten unsere Politiker, mögen sie es noch so fest abstreiten, ihre Hoffnungen heute noch auf eine mehr oder minder gewaltsame Lösung wie etwa auf einen dereinst überraschend erfolgenden inneren Zusammenbruch des bolschewistischen Systems oder auf ein ernstes Zerwürfnis zwischen Moskau und Peking? Dabei werden wir vor beiden Erwartungen aufs entschiedenste gewarnt: vor der ersten von guten Kennern Rußlands, die uns darauf hinweisen, es wäre viel wahrscheinlicher, daß das bolschewistische System, statt zusammenzubrechen, sich weiter liberalisieren werde, um größere Krisenfestigkeit zu erhalten; und vor der zweiten von zahlreichen einsichtigen Beobachtern, die es als absurd bezeichnen, auf eine Lockerung des Bündnisses zwischen Moskau und Peking zu spekulieren, wo gerade unsere westliche Politik alles unternimmt, um dieses Bündnis immer noch fester zu schmieden.

So wäre es vielleicht doch gut, würden wir diese unsere bisherige Politik endlich einer etwas ernsteren Prüfung unterziehen, wozu uns Männer von Rang und Weitblick seit langem schon auffordern. Prof. Carlo Schmid hat uns nahegelegt, wir sollten etwas mehr unsere Phantasie walten lassen; denn nur neue Einfälle könnten uns wirklich weiterhelfen. Darauf entgegnen die Verfechter unserer derzeitigen amtlichen Außenpolitik, Phantasie gehöre doch nun nicht gerade ins Gebiet der Politik. Aber können wir sie in der Staatskunst wirklich entbehren? Soll sie weiterhin ein Privileg des Ostens bleiben, der an Einfällen schier unerschöpflich zu sein scheint und daher dauernd mit neuen Überraschungen aufzuwarten weiß?

Im Artemis-Verlag, Zürich, ist jüngst eine interessante Abhandlung von Prof. Karl Schmid erschienen über Europas Seelenverfassung, mit dem vielsagenden Titel „Hochmut und Angst". Es ist indessen anzunehmen, daß wir auch für seine Stimme nur taube Ohren haben werden und wir uns weiterhin über jede derartige Kritik so erhaben dünken, daß wir sie mit Nichtachtung strafen zu dürfen meinen. Nicht wir, nein, jene Kritiker seien, so erklärt man in Regierungskreisen, mit Blindheit geschlagen und verkennten neidisch unzweifelhafte Verdienste. Denn gerade das Festhalten an unserer Konzeption zeuge doch, so fährt man fort, von unbeirrbarer Geradlinigkeit und Konsequenz. In der Tat: wir werden weiterhin unseren eingeschlagenen Kurs verfolgen, ohne neue Einfälle, unbeirrbar geradlinig und konsequent — bis zur nächsten plötzlichen Schwenkung, die uns das unzweifelhaft überlegene Geschick des Kremls aufzwingen wird. Man fragt sich nur: wie lange noch?

Prof. J. Korowin, Moskau

Verändert der Rapacki-Plan das Kräfteverhältnis in Europa?

Der Verfasser, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und bekannter sowjetischer Jurist und Experte für Völkerrechtsfragen, legte uns auf unsere Bitte hin seine Auffassungen über die Möglichkeiten vor, die sich im Zusammenhang mit dem Rapacki-Plan, insbesondere mit dessen jüngster Modifikation, für eine Minderung der Spannung in Europa eröffnen könnten. D. Red.

Bei einer Analyse des Plans zur Schaffung einer waffenfreien Zone in Mitteleuropa halte ich es für nötig, in erster Linie die Stärke und Zerstörungskraft der bestehenden Massenvernichtungsmittel in Betracht zu ziehen, zumal sie für die auf einem verhältnismäßig kleinen Territorium lebenden großen Bevölkerungsmassen eine tödliche Gefahr bedeuten. Das gegenwärtige Entwicklungsniveau der Mittel zur Beförderung todbringender Geschosse und die Menge der angehäuften Kernwaffen dürften völlig ausreichen, um in minimaler Zeit Städte, ausgedehnte Gebiete, ja ganze Länder in Schutthaufen und die Menschen, die Erwachsenen wie auch die Kinder, in die Asche einer Atomexplosion zu verwandeln. Es gilt hierbei, mit allem Nachdruck zu unterstreichen, daß die verhängnisvolle Gefahr einer unvorhergesehenen Anwendung der Atomwaffe infolge einer Zufälligkeit, eines mißverstandenen Befehls oder einer Geistesstörung bei Piloten von Atombombenflugzeugen oder Personen, die Raketenabschußrampen bedienen usw. besteht. In jedem dieser Fälle sind atomare Gegenschläge unvermeidlich.

Wenn ich schweren Herzens von dieser brutalen Wahrheit spreche, so tue ich es, um die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines positiven Herangehens an Vorschläge zu unterstreichen, die zu einer Stärkung der Sicherheit und Verminderung der Gefahr eines Krieges im Weltmaßstab oder in einzelnen Teilen der Welt beitragen könnten. Gegenwärtig, wo die Erörterung der Frage einer allgemeinen Abrüstung, des Verbots der Herstellung und des Einsatzes von Kernwaffen sowie die Frage ihrer Herausnahme aus den Rüstungen der Armeen bei entsprechender Kontrolle ebenso wie die Erörterung anderer die ganze Welt berührender Probleme angesichts der von den Westmächten eingenommenen Haltung in eine Sackgasse geraten ist, kommt dem Suchen nach Möglichkeiten für eine teilweise Lösung von Gesamtproblemen große Bedeutung zu. In Teillösungen sehe ich bei der gegenwärtigen Situation notwendige Schritte auf dem Wege zu einer Minderung der internationalen Spannung, der Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen Ost und West und einer späteren Lösung großer strittiger und schwierigerer Probleme.

In dieser Hinsicht stellt der unter der Bezeichnung „Rapacki-Plan" bekannte Vorschlag Polens, eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen, einen sachlichen Vorschlag dar. Die Gegner des „Rapacki-Plans" im Westen äußerten wiederholt die Meinung, daß dieser Plan vom militärischen Standpunkt aus vorteilhafter für den Osten sei. Vermutungen dieser Art wurden jedoch im Grunde genommen von niemand anderem für falsch erklärt als von dem Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa, Norstad, der am 23. Dezember 1957 in Paris erklärte, vom militärischen Standpunkt aus bedeute der polnische Vorschlag kein Hemmnis für das Verteidigungssystem der Nato. Tatsächlich umfaßt der „Rapacki-Plan" alle Arten von Kernwaffen. Er stellt sich nicht die Aufgabe, das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Europa zu beeinflussen, würde sich doch

seine Wirksamkeit in gleicher Weise auf die Staatengruppe der Nato wie auf die des Warschauer Vertrages erstrecken.

Ich möchte jetzt von den Schlußfolgerungen sprechen, zu denen ich auf Grund aufmerksamer Beobachtung der Positionen gelangt bin, die die verschiedenen Seiten dem „Rapacki-Plan" gegenüber einnehmen. Hier kommen ganz deutlich zwei unterschiedliche Arten des Herangehens an das Problem der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zum Vorschein. Die Gegner des polnischen Vorschlages sind der Ansicht, daß die atomare Bewaffnung der Truppen des Atlantikpaktes in Europa die Überlegenheit der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages auf dem Gebiet der herkömmlichen Bewaffnung ausgleichen soll. Eine solche Einstellung geht von der Notwendigkeit aus, das sogenannte „Kräftegleichgewicht" auf dem Wege des Wettrüstens zu suchen, das stets eine Verschärfung der internationalen Spannung zur Folge hatte und hat.

Die Position der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages wird durch ein anderes Herangehen an die Frage der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone bestimmt. Ohne das bestehende Kräfteverhältnis in Europa anzutasten, zeigt der polnische Vorschlag einen realen Weg zur Einschränkung der Rüstungen auf. Dieser Vorschlag erkennt das „Kräftegleichgewicht" an — ein Gleichgewicht jedoch nicht auf dem Wege des Wettrüstens, sondern durch Rüstungseinschränkung, die eine Minderung der Spannung und eine Festigung der Sicherheit in Europa zur Folge haben würde.

Auf der Pressekonferenz vom 4. November 1958 legte Rapacki den modifizierten polnischen Plan dar. Bei seiner Ausarbeitung waren sachliche Argumente und selbst gewisse Ansichten, die sich vom polnischen Standpunkt unterscheiden, in Betracht gezogen worden. Der Umstand, daß alle wesentlichen Bemerkungen und Vorbehalte des Westens, die im Zusammenhang mit den früheren polnischen Vorschlägen vorgebracht worden waren, Berücksichtigung fanden, zeugte von dem aufrichtigen Streben und der Bereitschaft Polens, realistische Lösungen zu finden, um so die Spannung zu vermindern und die Sicherheit in Europa zu festigen. Das kam auch in der Bereitschaft zum Ausdruck, die Frage der Realisierung des „Rapacki-Plans" in zwei Etappen zu erörtern.

Das Verbot der Herstellung von Atomwaffen auf dem Territorium Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Verzicht darauf, jene Armeen auf dem Territorium der Zone mit Kernwaffen und den entsprechenden Anlagen auszurüsten, die hierüber noch nicht verfügen, Maßnahmen, wie sie Polen für die erste Etappe vorschlägt, würden zu einem atomaren Rüstungsstopp in Mitteleuropa führen. Dies würde die Aufrechterhaltung des schon erreichten „Kräftegleichgewichts" bedeuten, die Unterbindung eines weiteren Anwachsens der militärischen Stärke und des Wettrüstens in diesem Teil Europas. Wirksame Kontrollmaßnahmen, wie sie der Plan vorsieht, würden die Überwachung der faktischen Erfüllung der für die erste Etappe der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone festgelegten Bedingungen garantieren.

Ein völliger Verzicht auf atomare Bewaffnung im Bereich der Zone sowie eine gleichzeitig vereinbarte Einschränkung der Rüstungen herkömmlichen Typs in der zweiten Etappe bei einer entsprechenden Kontrolle würden gleichfalls das „Kräftegleichgewicht" nicht verletzen. Diese Maßnahmen würden es ermöglichen, einen ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Rüstungseinschränkung zu machen. Die unmittelbare praktische Folge hiervon wäre die Liquidierung der Gefahr, daß möglicherweise im Falle eines Atomkrieges Länder mit einer Bevölkerung von über 100 Millionen Menschen zerstört würden.

Ich möchte noch auf den gegen den „Rapacki-Plan" erhobenen Einwand eingehen, er sehe keine Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands vor. Das stimmt. Seinen Zielen und dem Kreis der von ihm aufgeworfenen Fragen nach konnte der „Rapacki-Plan" auch gar nicht das Deutschland-Problem oder das Problem der Sicherheit in ganz Europa umfassen. Meiner Ansicht nach besteht sein Wert und sein realistischer Charakter gerade darin, daß er nicht Anspruch darauf erhebt, alle großen Probleme lösen zu wollen. Der „Rapacki-Plan" könnte aber eine Bewegung zur schrittweisen Lösung jener Probleme einleiten. Schätzt man die Lage, wie sie sich in Europa herausgebildet hat, realistisch ein, so fällt es schwer, sich eine Wiedervereinigung Deutschlands in einer Atmosphäre der Gespanntheit, des wechselseitigen Mißtrauens und des Wettrüstens vorzustellen. Andererseits würde die Verwirklichung des „Rapacki-Plans" zur Herausbildung einer politischen Atmosphäre in Europa beitragen, die die Lösung des Deutschlandproblems erleichtern würde.

Um bis zum Schluß logisch zu sein und der herben Wahrheit gerade in die Augen zu sehen, gilt es zu sagen, daß das atomare Wettrüsten im Westen zu einer unvermeidlichen Folge führen kann: Der Osten wäre genötigt, eine Verstärkung seiner militärischen Macht anzustreben, um keine Gleichgewichtsstörung zuzulassen. Deshalb kann die — angeblich der Erhaltung des „Kräftegleichgewichts" dienende — Errichtung und Vermehrung atomarer Anlagen in Mitteleuropa sich keinesfalls zugunsten einer erhöhten Sicherheit der Völker dieser Zone auswirken oder zur Wiedervereinigung Deutschlands beitragen.

Der polnische Vorschlag in seiner jetzigen Form gibt zweifelsohne eine gute Grundlage ab für eine rasche und beträchtliche Minderung der Spannung in Mitteleuropa. Die Sowjetunion und die anderen Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages bekräftigen ihre Bereitschaft, zugleich mit der Schaffung eines atomwaffenfreien Mitteleuropas an die Verringerung der numerischen Stärke ihrer Truppen sowie der herkömmlichen Rüstungen auf dem Territorium der atomwaffenfreien Zone zu gehen. Der Osten ist auch zur Errichtung eines umfassenden und wirksamen Kontrollsystems in der in Vorschlag gebrachten Zone bereit.

Zum Schluß sei noch unterstrichen, daß der „Rapacki-Plan" als ein positiver Versuch für die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung nutzbar gemacht werden könnte.

Dr. Irene Hilgers-Hesse

Indonesien im Umbruch

Das Gespräch fand im Java-Expreß auf der Strecke zwischen Djakarta und Djogjakarta statt. Mir gegenüber saß eine junge Indonesierin, Absolventin der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Gadjah-Mada-Universität in Djogjakarta/Mitteljava. Sie begleitete mich auf meiner Reise nach „Jogja", wohin ich mich nach turbulenten Tagen in der Drei-Millionenstadt Djakarta begeben wollte.

Wir reisten komfortabel, unser Diesel-Zug war mit einer Klimaanlage versehen. Er glitt durch die zauberhafte Welt der javanischen Tropenlandschaft,

vorbei an grünenden Sawahs (bewässerte Reisfelder), in denen sich der lichte Himmel widerspiegelte; den Horizont umsäumten die Berge der Vulkan-Barriere, umschwebt von zarten weißen Wolken. Wir überquerten reißende gelbe Flüsse, in denen sich badende, braune Menschen tummelten. Auf den vielen Stationen hörten wir den gedehnten Ausruf javanischer Namen, Purwokerto, Karanganjar, Kebumen... Jedes Mal drängte sich eine Fülle lärmender, buntgekleideter Menschen zu den Eingängen der 3.-Klasse-Wagen, die schon überfüllt sind; aber man lächelt und rückt zusammen, nicht umsonst werden die Indonesier „the softest people on earth" genannt.

Im Vorbeifliegen fiel mein Blick auf unzählige, im Grün der Bananen- und Kokosbäume eingebettete Dessas (Dörfer) dieser übervölkerten Insel Java, die allein über 50 Millionen von den 84 Millionen Indonesiern beherbergt. Meine Begleiterin Zaharah bemerkte, daß heute noch 80 % Indonesier in den landwirtschaftlichen Gebieten wohnen, daß also nur ein verhältnismäßig geringer Anteil der Bevölkerung in den Städten angesiedelt ist. Die Landbevölkerung untersteht auch zur Jetztzeit dem „adat", dem indonesischen Gewohnheitsrecht. Dem „adat" gemäß wird z. B. der Dorfälteste für eine gewisse Zeitperiode gewählt. Ihm steht der Rat der Ältesten zur Seite, der ebenfalls aus der Versammlung der Dorfbewohner gewählt wird. Ein wesentliches Prinzip des Gemeinschaftslebens ist der „gotong-rojong", die wechselseitige Hilfe aller Dorfbewohner bei anfallenden Arbeiten größeren Ausmaßes. Streitigkeiten werden geschlichtet, indem beide Parteien dem Oberhaupt und dem Ältestenrat gegenübergestellt werden; durch einen Meinungsaustausch, dem „musjawarat", wird eine Übereinstimmung der Meinungen, „mufakat", aller Anwesenden erzielt, die als Regelung des Disputs gilt.

„Ist dies nicht", meinte meine Freundin, „ein wahrhaft demokratisches System? Die Regierung wünschte, diese Prinzipien auf die Organisation des Staates zu übertragen, und als konstruktive Institution schuf sie, gerade als wir von der Vielzahl politischer Parteien mit Zersplitterung bedroht wurden, den beratenden Nationalrat, der aus 47 Repräsentanten der funktionellen Gruppen der Gesellschaft zusammengestellt ist, nämlich aus Vertretern der Moslems, der Christen, der Hindus, der Buddhisten, der Frauen, der Wirtschaft, des Militärs, der Polizei, der verschiedenen Inseln u. a. Dieser Rat, der dem Kabinett gegenüber nur eine beratende Funktion hat und kein Veto einlegen kann, verfährt nach dem bewährten Prinzip des Ältestenrats, nach dem des „musjawarat" und des „mufakat". So ist bei uns die kleine dörfliche Siedlung als Keimzelle unserer Demokratie anzusehen. Ich glaube, Ihr vergeßt oft im Westen, daß Indonesien noch vor einem Jahrzehnt 300 Jahre politischer Inaktivität hinter sich hatte und daß es vor einer Fülle von Problemen steht, die nicht ohne Störungen und Rückschritte zu lösen sind, wenn man z. B. an die Rebellion der Aufständischen denkt. Immerhin haben wir die aus westlichen Verhältnissen geborene und dort langsam gewachsene Demokratie übernommen und praktiziert, aber unter welchen Voraussetzungen? Zu Beginn unserer Selbständigkeit waren 94 % unserer Mitbürger Analphabeten, unsere politischen Führer kannten oft nur die uralten demokratischen Formen der dörflichen Ratsversammlung mit ihren einstimmigen Beschlüssen, und sie alle hatten keine ausreichenden Kenntnisse in der Kommunalpolitik." „Ja, aber Ihr habt doch schon eine junge intellektuelle Schicht, die im Westen geschult ist, und sich mit Begeisterung den Aufgaben in der Heimat widmen wird", meinte ich. „Auch das ist ein Problem" meinte Zaharah, „diese jungen Leute versuchen oft schnellstens alles zu verkörpern, was sie draußen gesehen und erfahren haben, und übersehen dabei die Hemmungen in der Entwicklungsgeschwindigkeit, die durch die derzeitigen Verhältnisse verursacht

werden. Wievielen Einflüssen sind wir hier an der großen Völkerstraße vom Westen zum Osten ausgesetzt! Vom Westen her ebenso wie von Japan, China, Rußland und Indien. Können wir uns überhaupt schon auf eine bestimmte politische Linie festlegen? Vielleicht seht Ihr es oft nicht ein, daß wir im Umbruch der Geister stehen, in einem Gärungsprozeß, in einem Stadium des Bemühens, uns mit uns selbst auseinanderzusetzen."

Mein Blick schweifte über die in Uppigkeit schwelgende Tropenlandschaft, und ich dachte an die Fülle landwirtschaftlicher Produkte. Zaharah sagte mir, daß Indonesien zur Zeit etwa 60 % des Weltbedarfs an Kapok liefert, 90 % der Cinchonarinde, aus der das Chinin gewonnen wird, 85 % des Pfeffer- und 29 % des Koprabedarfs. Dazu treten noch als weitere Exportgüter Gummi, Erdöl, Zinn, Bauxit, Tabak, Tee, Kakao, Zucker, Palmöl, Tapioca, Pflanzenfasern wie Rosella und Rami, und die Waldprodukte: Holz, Rotan, Gummiharz und Terpentin. Trotzdem leidet Indonesien an großen finanziellen Schwierigkeiten, seine Bodenschätze sind erst „angekratzt" und noch keineswegs exploitiert. Dr. Moh Hatta sagte einmal, das Hauptziel der Wirtschaftsplanung sei die Umwandlung der Exportwirtschaft, nämlich von einer Wirtschaft, deren Ziel die Produktion von Handelsartikeln für den Weltmarkt gewesen sei, zu einer Nationalwirtschaft, deren Hauptgewicht auf den Binnenmarkt gelegt werden solle; die Exporte sollten in der Hauptsache zur Beschaffung der Mittel dienen, die für die Einfuhr notwendiger Erzeugnisse bereitgestellt werden müßten.

„Wie steht es denn mit der Investierung ausländischen Kapitals" fragte ich, „denn daran dürfte man in Indonesien doch stark interessiert sein?" „Gewiß verhilft uns das ausländische Kapital zur Förderung unserer Produktion, und es wird von uns akzeptiert, solange uns Eigenmittel nicht im genügenden Maß zur Verfügung stehen. Aber ebenso wichtig ist für uns die Hebung des Bildungsniveaus unseres Volkes", meinte Zaharah und erinnerte an ein Wort des Staatspräsidenten Sukarno bei dessen Deutschlandbesuch im Jahre 1956: „Wir brauchen zwar Kapital — das ist eine grundlegende Feststellung. Aber wichtiger noch als das Kapital ist die Erziehung unseres Volkes. Unsere Landsleute müssen lernen, mit dem finanziellen und technischen Kapital richtig umzugehen. Es herrscht immer noch ein großer Mangel an Schulen, Lehrern und Lehrmitteln, so daß eine Schulpflicht für Indonesien bisher noch nicht eingeführt werden konnte. Aber immerhin zeigen einige statistische Zahlen, daß auf diesem Gebiet schon viel geleistet worden ist. Gab es in der holländischen Zeit (1941) 13595 Grundschulen mit 1879270 Schülern, so zählte man 1954 bereits 27342 Grundschulen mit 5597045 Schülern, und bei den höheren Schulen war das Verhältnis so, daß es 1941 nur 94 Oberschulen mit 19338 Schülern gab und 1954 schon 312 mit 991325 Schülern. Die indonesische Jugend ist ungeheuer lernbegierig und aufnahmefähig. Die Familien sind so sehr an der schulischen Bildung ihres zahlreichen Nachwuchses interessiert, daß Umsiedlungen der gesamten Familie von den Dörfern in die Städte aus diesen Gründen keine Seltenheit sind."

„Noch eine Frage, Zaharah, ehe wir uns Djogja nähern, man hört hier und dort im Westen, daß Indonesien ein Land sei, das dabei sei, dem Kommunismus zu verfallen, wie denkst Du darüber?" „Um wieder unseren Nationalrat zu erwähnen, so mußte sich dort das einzige kommunistische Mitglied den Überlegungen fügen, die von den Nichtkommunisten getroffen wurden, denn sonst wäre kein „mufakat" erzielt worden. In den allgemeinen Wahlen erhielt die PKI (die kommunistische Partei Indonesiens) immerhin 39 Sitze und wurde damit zur vierstärksten Partei des Parlaments. Die nichtkommunistischen Parteien des Landes, die die Ursache zur stärkeren Zunahme der KPI in den verschlechterten wirtschaftlichen Bedingungen wie auch in der Aktivität der PKI suchten, wurden hier-

durch alarmiert und wandten sich besonders in Java gegen die kommunistische Ideologie, obwohl man im Westen stark zu der Ansicht neigt, daß nur Bewohner außerhalb Javas gegen den Kommunismus eingestellt seien. Man kann noch nichts über Zukünftiges sagen; unsere Außenpolitik geht oft andere Wege als die eure, wir halten uns z. B. fern von dem Abschluß von Militärpakten, aber unsere grundlegenden demokratischen Prinzipien sind doch die gleichen."

Wir näherten uns Djogjakarta, der Stadt der nationalen Erhebung, die dem Herzen des indonesischen Volkes wohl am nächsten steht. Weißsilbern erhebt sich über dem Flußtal des Tjodé die Kuppel der Sjuhada-Moschee, die den Opfern der Revolution geweiht ist. Es ist eine Stadt, die durchaus keinen Anspruch auf bauliche Schönheit erheben kann, aber sie ist erfüllt von drängendem Leben, gewillt, die Tradition seiner alten Kulturen zu pflegen, ohne sich dem Neuen zu versagen.

Nach monatelangem Reisen führte mich der Zufall wieder mit Zaharah zusammen. Es war auf dem Flugplatz von Medan/Sumatra, wo wir voneinander Abschied nahmen. Ihre letzten Worte waren eine Bitte, eine Bitte an uns hier im Westen, Geduld und Verständnis aufzubringen für eine Nation, die im Kampf um ihre Existenz steht.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Wissenschaftler der dritten Pugwash-Konferenz in Kitzbühel

I. Die Notwendigkeit, keine Kriege mehr zu führen

Unsere Zusammenkünfte in Kitzbühel und in Wien fallen in eine Zeitepoche, in der es bereits ganz augenscheinlich geworden ist, daß die Entwicklung der Kernwaffen der Menschheit das Mittel in die Hand gegeben hat, die Zivilisation und sich selbst zu zerstören, und daß die Vernichtungsmittel noch immer wirksamer gemacht werden. Die Teilnehmer unserer Zusammenkünfte haben die Entwicklung seit Jahren mit Sorgen verfolgt und sie stimmen darin völlig überein, daß ein totaler Atomkrieg eine weltweite Katastrophe von noch nie dagewesenen Ausmaßen bedeuten würde. Wenn auch ein internationales Übereinkommen über die Ausschaltung von Kernwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel aus den Arsenalen der Welt zustande käme, dürfte doch nicht übersehen werden, daß das Wissen, wie man solche Waffen erzeugt, nicht mehr verloren gehen kann. Diese Waffen werden für alle Zukunft eine Bedrohung der Menschheit darstellen, denn in einem künftigen großen Krieg würde jeder der kriegführenden Staaten sich nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet fühlen, sogleich mit der Produktion von Kernwaffen zu beginnen, weil sich keiner darauf verlassen wird, daß nicht der andere seinerseits dasselbe tut. Ein industrialisierter Großstaat würde dazu weniger als ein Jahr benötigen, um wieder Atomwaffen anzusammeln. Dann würden die im Frieden abgeschlossenen Verträge, sie nicht einzusetzen, nur noch das einzige Hemmnis gegen ihre Verwendung sein. Aber infolge der entscheidenden Wirkung von Atomwaffen würde die Versuchung, den Vertrag zu brechen, unwiderstehlich werden, besonders für den verlierenden Teil. Es scheint daher, daß in jedem größeren zukünftigen

Krieg Atomwaffen benützt werden und zu all den schweren Konsequenzen führen, die später hier beschrieben werden.

Es wird manchmal davon geredet, daß lokalisierte Kriege mit beschränkten Kriegszielen noch immer ohne katastrophale Konsequenzen geführt werden könnten. Die Geschichte lehrt aber, daß das Risiko der Ausweitung lokaler Konflikte auf größere Kriege zu groß ist, um im Zeitalter der Masservernichtungsmittel in Kauf genommen zu werden. Darum muß die Menschheit sich die Aufgabe stellen, alle Kriege überhaupt, einschließlich der lokalen Kriege, auszuschalten.

II. Die Voraussetzungen für die Beendigung des Rüstungswettlaufs

Der Rüstungswettlauf ist das Ergebnis des gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Staaten, und er trägt seinerseits noch zur Steigerung des Mißtrauens bei. Jeder Schritt, der den Rüstungswettlauf verlangsamt und auf einer vernünftigen Basis und mit den notwendigen Kontrollmaßnahmen auch nur zu kleineren Einschränkungen der Rüstungen und der Streitkräfte führt, ist wünschenswert. Wir begrüßen daher alle Schritte in dieser Richtung und besonders die kürzlich zwischen Delegierten aus Ost und West in Genf erzielte Übereinstimmung hinsichtlich der Möglichkeit, zu registrieren. Wir als Wissenschaftler sind besonders darüber befriedigt, daß dieses einstimmig erzielte Übereinkommen — das erste nach einer langen Serie erfolgloser Abrüstungsverhandlungen — durch das gegenseitige Verständnis und die gemeinsame sachliche Behandlung des Problems durch Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern erzielt worden ist. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens die Ergebnisse und Schlüsse des Berichtes der technischen Experten gebilligt haben. Dies ist ein bedeutender Erfolg, und wir hoffen ernstlich, daß diese Billigung zu einem internationalen Übereinkommen betr. Einstellung aller Kernwaffenversuche und zu einem wirksamen Kontrollsystem führen wird. Das würde ein erster Schritt zur Verminderung der internationalen Spannungen und zur Beendigung des Rüstungswettlaufes sein.

Man ist sich allgemein darüber einig, daß ein Übereinkommen über Abrüstung, besonders über atomare Abrüstung, durch Kontrollmaßnahmen ergänzt werden muß, um beiden Vertragspartnern die Gewähr zu geben, daß das Übereinkommen nicht von dem Partner verletzt wird. Auf Grund ihrer Sachkenntnis ist es den Wissenschaftlern durchaus klar, daß wirksame Kontrolle in einzelnen Fällen relativ leicht, in anderen dagegen sehr schwer sein wird. So sind sich z. B. die Experten in Genf darüber einig geworden, daß die Einstellung der Atombombenversuche durch ein geeignetes Netz von Beobachtungsstationen kontrolliert werden könnte. Auf der anderen Seite ist es dagegen ein überaus schwieriges, vielleicht sogar unlösbares technisches Problem, die Vernichtung aller existierenden Vorräte von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln zu kontrollieren. Ein Übereinkommen, die Produktion von Atomwaffen einzustellen, ist ein Problem, dessen Schwierigkeit etwa in der Mitte zwischen dem der beiden extremen Beispiele liegt.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Anhäufung großer Arsenale von Atomwaffen ein völlig verläßliches System der Kontrolle einer weitgehenden nuklearen Abrüstung sehr schwer, vielleicht unmöglich macht. Wenn eine solche Abrüstung überhaupt zustande kommen soll, müssen sich die Nationen — abgesehen von der technischen Kontrolle — auf eine Kombination von politischen Vereinbarungen wirksamer internationaler Sicherheitsabmachungen und auf Erfahrungen über erfolgreiche Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten verlassen können. All dies kann ein Klima des gegenseitigen Vertrauens schaffen, das bisher noch nicht existiert und die Gewähr dafür gibt, daß die Nationen die beiderseitigen politischen Vorteile einsehen, die in der Vermeidung des Mißtrauens liegen.

In Anbetracht der Schwierigkeiten der technischen Situation fühlen sich die Wissenschaftler verpflichtet, ihren Landsleuten und ihren Regierungen die Notwendigkeit einer Politik vor Augen zu führen, die das gegenseitige internationale Vertrauen stärkt und die gegenseitige Angst voreinander verringert; Vertrauen kann nicht durch Beteuerungen des guten Willens allein hergestellt werden, es braucht einen langen Prozeß von politischem Ausgleich und aktiver Zusammenarbeit.

III. Was ein Krieg bedeuten würde

Die im folgenden dargelegten Schlußfolgerungen über mögliche Konsequenzen eines Krieges basieren auf den unserer Konferenz vorgelegten Berichten. Aus diesen Dokumenten geht folgendes hervor:

Wenn in einem künftigen Krieg ein erheblicher Teil der bereits fertiggestellten Atombomben auf städtische Ziele abgeworfen würde, so könnten die meisten Zivilisationszentren in den kriegführenden Staaten zerstört und der größte Teil ihrer Bevölkerung getötet werden. Diese Folgerungen gelten gleicherweise, ob Bomben benutzt werden, die ihre Sprengkraft entweder hauptsächlich der Kernfusion (sogenannte „saubere" Bomben) oder vorwiegend der Kernspaltung (sogenannte „unaubere" Bomben) verdanken. Solche Bomben würden — abgesehen von der Zerstörung der Hauptzentren der Bevölkerung und der Industrie — auch noch die Wirtschaft des angegriffenen Landes durch Zerstörung lebenswichtiger Verkehrsmittel und Verteilungseinrichtungen völlig ruinieren.

Die Großstaaten haben jetzt schon enorme Lager von „unsauberen" Bomben angehäuft und setzen diese Aufrüstung anscheinend noch weiter fort. Vom rein militärischen Standpunkt aus haben die „unsauberen" Bomben gewisse Vorteile in bestimmten Situationen, und diese Vorteile machen ihre Anwendung in einem totalen Krieg sehr wahrscheinlich. Der aus der weitgehenden Verwendung solcher „unsauberen" Bomben hervorgehende lokale Niederschlag würde den Tod eines großen Teils der Bevölkerung des angegriffenen Landes zur Folge haben. Eine größere Anzahl von Bomben, von denen jede die gleiche Zerstörungskraft wie Millionen Tonnen des konventionellen Sprengstoffes Trinitrotoluol hätte, würde bei ihrer Explosion radioaktive Niederschläge erzeugen, die nicht nur über dem angegriffenen Feindgebiet, sondern in verschiedener Stärke über die ganze Erde verteilt würden. Das würde als Folge der akuten Wirkung der Strahlung viele Millionen Tote bedeuten, und zwar nicht nur in dem angegriffenen Feindgebiet, sondern auch in den nicht kriegführenden Ländern.

Zu dieser unmittelbaren Vernichtung von Menschen kämen noch die sehr bedeutenden Spätfolgen von Strahlungsschäden in menschlichen und anderen organischen Lebewesen auf der ganzen Welt. Das sind einerseits die somatischen Effekte wie Leukämie, Knochenkrebs und vorzeitige Alterung der Menschen, andererseits die genetischen Effekte, die sich in einer Schädigung der Nachkommenschaft äußern.

Der gegenwärtige Stand unseres Wissens von der Vererbungslehre versetzt uns zwar noch nicht in die Lage, ganz genaue Vorhersagen über die Folgen zu machen, die sich aus einer erheblichen Vermehrung der Mutationen in einem Atomkrieg ergeben würden. Aber die Vererbungstheoretiker glauben wohl mit Recht, daß diese Mutationen für die Zukunft des überlebenden Teils der Menschheit sehr verhängnisvoll wären.

Mat hat vorgeschlagen, die Anwendung nuklearer Waffen auf solche Objekte zu beschränken wie militärische Stützpunkte, Truppenansammlungen, Flughäfen und andere Verkehrszentren, daß Angriffe auf größere Bevölkerungszentren auf diese Weise vermieden werden könnten. Aber selbst die kleinsten sogenannten taktischen Atomwaffen haben einen großen Wirkungsbereich, und Städte sind meistens gleichzeitig auch Versorgungs- und Verkehrszentren. Wir glauben daher, daß ein Krieg trotz Einschränkung der Bombardierungsziele eine weitgehende Verwüstung des Landes, in dem er geführt wird, und eine weitgehende Vernichtung seiner Bevölkerung zur Folge hätte. Außerdem würde ein Abkommen, Städte aus den Kriegshandlungen herauszuhalten und sie nicht für militärische Zwecke zu verwenden, besonders von der verlierenden Seite nicht eingehalten werden. Der Verlierer würde außerdem leicht der Versuchung unterliegen, Atombomben gegen Bevölkerungszentren des Gegners einzusetzen, um im letzten Moment den Willen zur Fortsetzung des Krieges zu brechen.

IV. Strahlungsschäden durch die Bombenversuche

Nach unserer ersten Konferenz waren wir uns darüber einig, daß die von den Bombenversuchen verursachten biologischen Schäden relativ klein sein mögen gegenüber den Strahlungsschäden aus den natürlichen Quellen, daß aber dennoch Schädigungen als Folgen der Bombenversuche auftreten und genau studiert werden müssen. Seitdem wurden ausgedehnte Untersuchungen vom wissenschaftlichen Komitee der Vereinten

Nationen über die Effekte radioaktiver Strahlungen angestellt und die authentischen Ergebnisse publiziert. Auch in diesem Fall sind Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern zu einem übereinstimmenden Ergebnis gekommen, nämlich, daß die Bombenversuche tatsächlich ein bestimmtes Ausmaß an Schäden mit sich bringen und eine erhebliche Anzahl von Opfern in unserer Generation und in den folgenden fordern werden. Während das Ausmaß der genetischen Schäden noch immer klein zu sein scheint im Vergleich zu den aus natürlichen Ursachen stammenden, kann das Auftreten von Leukämie und Knochenkrebs als Folge der Radioaktivität aus den Versuchsexplosionen gemäß Schätzungen des Komitees der Vereinten Nationen einen erheblichen Prozentsatz der von den natürlichen Ursachen stammenden Fälle ausmachen. Diese Folgerung basiert auf der nicht von allen Fachleuten geteilten Annahme, daß solche Effekte selbst durch die schwächste Strahlung erzeugt werden können. Aus dieser Ungewißheit ergibt sich, daß das Problem genau studiert werden muß und daß man in der Zwischenzeit vorsichtshalber von sehr unsicheren pessimistischen Voraussetzungen ausgehen muß. Es ergibt sich die allgemein gebilligte Folgerung, daß alle überflüssigen Strahlungen vermieden werden sollten.

Es ist selbstverständlich, daß die biologischen Schäden in einem Krieg, in dem viele Kernwaffen verwendet werden, unvergleichlich größer wären als jene, die durch die Versuchsexplosionen entstehen, und daher das Hauptproblem unserer Zeit die Herstellung von Voraussetzungen ist, die Kriege überhaupt ausschalten.

V. *Naturwissenschaft und internationale Zusammenarbeit*

Wir glauben, daß wir als Wissenschaftler einen erheblichen Beitrag zur Herstellung von internationalem Vertrauen und Zusammenarbeit leisten können. Naturwissenschaft ist schon traditionsgemäß ein internationales Unternehmen, und Wissenschaftler verschiedener Nationen finden leicht eine gemeinsame Basis des Verständnisses: sie benützen dieselben Begriffe und gleichen Methoden und haben trotz der Unterschiede ihrer philosophischen, wirtschaftlichen und politischen Ansichten keine Schwierigkeit, auf gemeinsame Ziele hinzuarbeiten. Bei der rapid anwachsenden Bedeutung der Naturwissenschaft in allen menschlichen Belangen gewinnt dieses Gebiet gegenseitigen Verständnisses wachsende Bedeutung.

Die Fähigkeit der Wissenschaftler der ganzen Welt, einander zu verstehen und miteinander zu arbeiten, liefert ein Mittel, um die Kluft zwischen den Nationen zu überbrücken und sie zu gemeinsamer Zielsetzung zu vereinigen. Wir glauben, daß internationale Zusammenarbeit in Bereichen, in denen sie auf internationaler Basis möglich ist, ein wichtiges Mittel wäre, ein Gefühl der Gemeinsamkeit der Nationen zu erzeugen. Es kann zur Entwicklung jenes Klimas von gegenseitigem Vertrauen beitragen, das wir zur Lösung der politischen Konflikte zwischen den Nationen als notwendig ansehen. Ein solches Klima würde auch eine wirksame Abrüstung erleichtern. Wir hoffen, daß die Wissenschaftler der ganzen Welt ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Menschheit und ihrer eigenen Nation darin sehen, Zeit, Energie und Denkarbeit der Förderung internationaler Zusammenarbeit zu widmen.

Verschiedene wissenschaftliche Unternehmungen auf internationaler Basis waren bereits erfolgreich. Es seien nur der schon hundert Jahre alte Weltwetterdienst erwähnt, ferner die beiden internationalen Polarjahre, die vor 75 bzw. 25 Jahren dem internationalen geophysikalischen Jahr vorausgingen, und sodann die beiden Genfer Atomkonferenzen „Atome für den Frieden". Wir hoffen ernstlich, daß eine ähnliche Zusammenarbeit auch auf anderen wissenschaftlichen Gebieten zustande kommen wird. Man kann mit einem begeisterten Widerhall solcher Unternehmungen in der ganzen Welt rechnen.

Wir befürworten weiter einen unbeschränkten Austausch wissenschaftlicher Informationen zwischen den Völkern und einen weitgehenden Gelehrten-Austausch. Wir glauben, daß Nationen, die ihre nationale Sicherheit auf der Geheimhaltung wissenschaftlicher Entwicklungen aufbauen, das Interesse des Friedens und des wissenschaftlichen Fortschritts für die Erlangung nur vorübergehender Vorteile opfern.

Wir glauben, daß die Wissenschaft der Menschheit am besten dient, wenn sie sich von aller Beeinflussung durch irgendwelche Dogmen freihält und sich das Recht vorbehält, alle Thesen einschließlich ihrer eigenen anzuzweifeln.

VI. Die Technik im Dienste des Friedens

Reine und angewandte Naturwissenschaft werden in steigendem Maße voneinander abhängig. Die Errungenschaften experimenteller und theoretischer Grundlagenforschung geben immer rascher zu neuen technischen Entwicklungen Anlaß. Dieser Beschleunigungsvorgang macht sich sowohl in der Erzeugung von Waffen mit immer größerer Zerstörungskraft geltend wie auch in der Entwicklung von Mitteln für erhöhten Wohlstand und Wohlfahrt der Menschheit. Wir glauben, daß die Tradition von gegenseitiger Verständigung und internationaler Zusammenarbeit, die schon lange in der Grundlagenforschung existierte, auf viele Gebiete der Technik ausgedehnt werden kann und soll. Die internationale Atomenergie-Organisation zum Beispiel bezweckt nicht nur Zusammenarbeit zur Erforschung von Tatsachen der Kernphysik, sondern will auch den Völkern der Welt dazu verhelfen, eine neue Energiequelle zur Verbesserung des materiellen Wohlstandes zu erschließen. Wir glauben, daß internationale Zusammenarbeit auf diesem und auf anderen Gebieten — wie etwa im Hinblick auf wirtschaftlichen Fortschritt und Gesundheitsdienst — intensiviert werden sollte.

Der außerordentlich niedrige Lebensstandard in industriell unterentwickelten Ländern der Welt ist und bleibt eine Quelle internationaler Spannungen. Es besteht das dringende Bedürfnis, Studien und Programme für die wirksame Industrialisierung für diese Länder voranzutreiben. Das würde nicht nur den Lebensstandard der Mehrheit der Weltbevölkerung heben, sondern auch dazu dienen, die Konfliktmöglichkeiten zwischen den hochindustrialisierten Mächten herabzusetzen. Solche Studien würden ein fruchtbares Feld für gemeinsame Arbeit zwischen Wissenschaftlern aller Länder eröffnen.

Der wachsende Fortschritt in der leichten und schnellen Übermittlung von Mitteilungen und unser wachsendes Verständnis dafür, wie Naturkräfte die Lebensverhältnisse der Völker in verschiedenen Teilen der Welt beeinflussen, zeigen uns in einer noch nie erlebten Weise, wie sehr die Wohlfahrt jeder einzelnen Nation mit der der ganzen Menschheit zusammenhängt und von ihr abhängig ist und wie rasch sie durch gemeinsame internationale Anstrengungen erhöht werden könnte. Wir glauben, daß durch solche Bemühungen die Koexistenz zwischen Nationen verschiedener sozialer und ökonomischer Struktur nicht nur im Zeichen friedlichen Wettstreits, sondern überhaupt in dem der Zusammenarbeit stehen und dadurch stabiler werden könnte.

Die Wissenschaftler erkennen deutlich die große Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen durch Entwicklung und Anwendung der modernen Technik. Bleibt der Friede erhalten, steht die Menschheit an der Schwelle eines großen naturwissenschaftlichen Zeitalters. Die Naturwissenschaft kann der Menschheit ein wachsendes Verständnis der Naturkräfte vermitteln und auch die Wege bereiten, diese Kräfte zu bändigen, was eine gewaltige Steigerung von Wohlfahrt, Gesundheit und Wohlstand aller Menschen zur Folge haben würde.

VII. Die Verantwortung der Wissenschaft

Es ist die Pflicht der Wissenschaftler aus aller Welt, zur Erziehung und Bildung der Menschen dadurch beizutragen, daß sie ihnen ein Verständnis für die Gefahren und Möglichkeiten vermitteln, die aus der beispiellosen Ausdehnung der Naturwissenschaft erwachsen. Wir appellieren an unsere Kollegen in allen Ländern, diese Bemühungen sowohl bei der Erwachsenenbildung als auch im Schulunterricht zu unterstützen. Insbesondere sollte die Erziehung darauf gerichtet sein, alle Formen der menschlichen Beziehungen zu vertiefen und vor allem jede Glorifizierung von Krieg und Gewalt auszuschalten.

Auf Grund ihrer Sachkenntnis sind die Wissenschaftler in der Lage, die Gefahren und auch die Verheißungen, die sich aus naturwissenschaftlichen Entwicklungen ergeben, frühzeitig zu erkennen. Sie haben dafür eine besondere Kompetenz und tragen andererseits auch eine besondere Verantwortung hinsichtlich des dringendsten Problems unserer Zeit. Unter den herrschenden Verhältnissen des nationalen Mißtrauens und des daraus entstehenden Rüstungswettlaufs sind alle Zweige der Naturwissenschaft — Physik, Chemie, Biologie und Psychologie — immer stärker in militärische Angelegenheiten verwickelt worden. In den Augen der Menschen vieler Länder ist der Name Naturwissenschaft bereits gleichbedeutend mit dem der Waffentechnik geworden. Die Naturwissen-

schaftler werden entweder wegen ihres Beitrages zur nationalen Verteidigung bewundert oder aber verdammt, weil sie die Menschheit durch die Erfindung der Massenvernichtungsmittel in eine kritische Lage gebracht haben. Die anwachsende materielle Unterstützung der Naturwissenschaft in vielen Ländern ist hauptsächlich eine Folge ihrer direkten oder indirekten Bedeutung für die militärische Schlagkraft des Landes und ihres Beitrages zum Erfolg des Rüstungswettlaufs. Das lenkt die Naturwissenschaft aber von ihrem eigentlichen Zweck ab, der darin besteht, das menschliche Wissen zu vermehren und bei der Bändigung der Naturkräfte zum Wohle aller zu helfen.

Wir bedauern die Umtände, die zu dieser Situation geführt haben, und appellieren an alle Menschen und ihre Regierungen, die Voraussetzungen für einen dauernden und stabilen Frieden zu schaffen.

Diese Erklärung wurde einmütig von den 70 Wissenschaftlern, deren Namen hier folgen, angenommen: Australien: M. L. E. Oliphant; Österreich: H. Thirring; Bulgarien: G. Nadjakov; Kanada: B. Chisholm, Sir Watson-Watt; Tschechoslowakei: V. Knapp, J. Kozesnik; Dänemark: M. Pihl; Deutschland: M. Born, G. Burkhardt, H. Hönl, W. Kliefoth, H. Lenz, G. Rienäcker; Frankreich: Father D. Dubarle, B. Gregory, J. Guéron, A. Lacassagne; Großbritannien: Lord Boyd-Orr, K. Lonsdale, C. F. Powell, M. H. L. Pryce, J. Rotblat, Lord B. Russell, Sir G. Thomson; Ungarn: L. Janossy; Indien: H. J. Bhabha, K. S. Krishnan, P. C. Mahalanobis; Italien: E. Amaldi, E. Boeri; Japan: I. Ogawa, S. Tomonaga, Y. Miyake, S. Sakata, H. Yukawa; Niederlande: B. R. A. Nijboer; Norwegen: G. Randers; Polen: L. Infeld; Vereinigte Staaten: H. Brown, D. D. Cavers, Ch. Coryell, W. Davidon, B. Feld, B. Glass, M. Grodzins, D. Hill, M. Kaplan, H. J. Muller, J. Orear, H. Palevsky, L. Pauling, E. Rabinowitch, F. Seitz, W. Selove, L. Szilard, A. Weinberg, V. Weisskopf, E. Wigner; UdSSR: N. N. Bogolubov, N. A. Dobrotin, E. K. Fedorov, E. A. Korovin, A. M. Kuzin, V. P. Pavlichenko, D. V. Skobeltzyn. A. V. Topchiev, V. S. Vavilov, A. P. Vinogradov; Jugoslawien: P. Savic

Die 18 Unterzeichner der Göttinger Erklärung vom 12. April 1957 haben sich dieser Warnung angeschlossen:

„Die Erklärung, die von Wissenschaftlern verschiedenster Nationen und auch verschiedenster politischer Richtungen einhellig unterschrieben worden ist, scheint uns in ihrem Urteil so abgewogen und in ihrem Inhalt so wichtig, daß wir den Wunsch haben, sie möchte auch in Deutschland einem großen Leserkreis bekannt werden."

Alternativen in den USA zur Außenpolitik von Staatssekretär Dulles

Nach dem überwältigenden Sieg der Demokratischen Partei bei den diesjährigen Kongreßwahlen vom 4. November schrieb der amerikanische Kolumnist William S. White:

„Die Kontrolle der Weltangelegenheiten im strategischen Sinne wird weitgehend und rasch vom Präsidenten und Staatssekretär John Forster Dulles aus folgenden Gründen auf den Kongreß übergehen:

1. Die Eisenhower-Regierung liegt in den letzten Zügen. Die bisher nie sehr stark ausgespielte Fähigkeit des Präsidenten, den Senat zu beeinflussen, wird von jetzt ab noch geringer sein.

2. Die meisten engen Kontakte Dulles' mit dem Senat sind durch die Umstände verloren gegangen, wie z. B. den Entschluß seines engsten Freundes im Kongreß, Senator H. Alexander Smith (Republikaner aus New Jersey) nicht zur Wiederwahl zu kandidieren. Der Mann, der nun als Hauptsprecher der Republikanischen Partei in außenpolitischen Fragen Nachfolger Smith's wird, Senator Bourke B. Hickenlooper (Republikaner aus Iowa) ist nicht als „Dulles-Mann" bekannt.

3. Unabhängig von dem Ausgang der Kongreßwahlen hätte der Senat auf jeden Fall seinen Anspruch auf die Außenpolitik wieder geltend gemacht.

Es kann daher mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß mit Anfang Januar 1959 unsere Außenpolitik mehr auf dem Kapitol-Hügel gemacht werden wird, als es zu irgend einer Zeit vor dem zweiten Weltkrieg der Fall war. Staatssekretär Dulles verkörpert die schwindende Macht der Regierung. Die aufsteigenden Kräfte für die Außenpolitik werden sich aus den Senatoren Johnson und J. William Fulbright (Demokrat aus Arkansas) und Mike Mansfield (Demokrat aus Montana) zusammensetzen."

(Während Senator Lyndon B. Johnson — der demokratische Fraktionsvorsitzende des Senats — bisher auf außenpolitischem Gebiet wenig hervorgetreten ist, hätte White ebenso gut den demokratischen Senator Hubert H. Humphrey (Minnesota) mit nennen

können, der als Mitglied des Auswärtigen Senatsausschusses und Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstungsfragen maßgeblichen Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik ausübt.)

D. Red.

Senator J. William Fulbright führte am 6. August 1958 im amerikanischen Senat in Washington unter dem Thema „Am Rande des Zusammenbruchs" folgendes aus:

„Die Wahrheit, Herr Präsident, ist, daß unsere Außenpolitik unzureichend, veraltet und irregeleitet ist. Sie basiert teilweise auf einer falschen Konzeption unserer wirklichen, langfristigen nationalen Interessen und teilweise auf einer irrigen Beurteilung des Zustands der Welt, in der wir leben. Noch schlimmer, sie widerspiegelt eine gefährliche Apathie und eine ganz unverständliche Unwilligkeit, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Wir sollten eine vollständige Neubetrachtung und Neu-Orientierung unserer Außenpolitik nicht länger hinausschieben. Wir haben schon viel zu lange gewartet.

Immer wieder haben wir die Dinge hinausgeschoben. Immer wieder haben wir uns treiben lassen, bis die Umstände einen unerträglichen Zustand erreichten, und dann sind wir bis an den Abgrund gerast. Diesmal haben wir sogar einen Fuß über den Abgrund gehalten. Da hängen wir nun, warten und fragen uns, was als Nächstes kommen wird. Wir schauen jetzt direkt in den Abgrund des Krieges, eines Krieges, den wir nicht wollen und der nur die katastrophalsten Folgen für die ganze Menschheit haben kann.

Aber die Frage von Frieden oder Krieg ist nur eines unserer Probleme. Ebenso beschwerlich — und noch um ein gut Teil komplizierter — sind die Fragen, was unsere langfristige Stellung in der Welt sein wird und welche Art Welt wir für die beste halten, um unseren langfristigen Interessen zu dienen. Es ist keine Antwort, wenn man sagt, wir wollen in Frieden in einer freien, friedlichen und sicheren Welt leben. Das ist eine Hoffnung, die wir alle teilen, aber es ist nur eine Hoffnung: Es ist keine Politik.

Meine Befürchtung, Herr Präsident, ist die, daß — wenn wir so fortfahren, wie wir es bisher getan haben — wir auf diplomatischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet so viel Boden verlieren werden, daß die Frage eines Schieß-Krieges wirklich gegenstandslos wird.

Bevor wir unseren verbleibenden Halt verlieren, ist es Zeit, daß wir uns umsehen, wo wir stehen. Noch wichtiger ist es, uns zu fragen, wie wir in diese schlimme Lage geraten sind. Nur der blindeste Optimismus würde unsere internationale Lage als eine sichere bezeichnen. Die Tatsache ist, daß wir in Schwierigkeiten sind, sehr tiefen Schwierigkeiten, gleichgültig, was demnächst im Nahen Osten passieren wird. Die exponierte Stellung, die wir in diesem Gebiet innehaben, ist nur ein Spiegelbild dieser Schwierigkeiten.

Vor einem Jahr hatten wir ein anderes Spiegelbild davon, als die Sowjets ihren ersten Sputnik abfeuerten. Dieses Ereignis zeigte uns, was viele bereits wußten, aber was diese Regierung zu ignorieren beliebte. Es zeigte uns, daß anderswo in der Welt eine Kapazität für wissenschaftliche, intellektuelle und technische Fortschritte entstanden war, die uns bald überholen würde, wenn sie es nicht schon getan hat. Dies geschah in einem Land und unter einem System, das dem unsrigen und der Freiheit, die wir schätzen, feindlich gegenübersteht. Es warf die grundlegende Annahme über den Haufen, auf der unsere Verteidigung seit dem zweiten Weltkrieg ruhte, der Annahme von unserer Fähigkeit, eine wesentliche wissenschaftliche und technische Vorherrschaft in unserem Lande aufrechtzuerhalten. Die Abfeuerung des ersten Sputniks, Herr Präsident, trieb uns in eine augenblickliche Gegenüberstellung zur Wirklichkeit. Manche von uns erkannten, daß diese Nation sich seit Jahren in einer Art Narren-Paradies gewiegt hatte, in fröhlicher und oberflächlicher Selbstzufriedenheit, während anderswo andere mit ernsterem Gemüt gearbeitet haben. Es kam die Erkenntnis, daß wir das Bildungswesen ernstlich vernachlässigt hatten. Es kam die Erkenntnis, daß andere gearbeitet hatten, während wir faulenzten. Die Umwandlung war augenblicksbedingt. Die selbstzufriedenen und teilnahmslosen Tendenzen unserer Führung verbreiteten sich bald über den übrigen Teil der Nation. Einerseits bestand die Bereitschaft, sich mit der Tatsache abzufinden, daß unsere wissenschaftliche Führung entweder entschwunden oder im Schwinden begriffen war;

andererseits bestand die Täuschung, daß der Sputnik vielleicht nicht sehr wichtig sei — eine Spielerei nannte ihn jemand, glaube ich. Schließlich hatten wir immer noch das Strategische Luft-Kommando und interkontinentale Geschosse und vielleicht sogar eine Mondrakete im Bau. So kehrten wir an unser Geschäft und ans Vergnügen zurück, wie es üblich ist.

Dann ereigneten sich vor einigen Wochen Dinge in Latein-Amerika, die uns an die Unsicherheit unserer Stellung in der Welt erinnerten. Dort, in einem Gebiet, mit dem wir einst die herzlichsten, freundlichsten und engsten Verbindungen hatten, in diesem Gebiet, das vor allen anderen als „sicher" betrachtet wurde, ereignete sich eine symbolische Explosion, die in ihrer Wirkung auf die Nation nicht weniger überraschend war als der erste Sputnik. Vor wenigen Jahren war ein früherer Vizepräsident in Latein-Amerika mit fast hysterischer Zustimmung begrüßt worden. Der gegenwärtige Vizepräsident wurde bespuckt und mit Steinen beworfen. Auch das war ein Maßstab dafür, wie tief wir gesunken sind. Auch dies gab uns Anlaß zum Nachdenken. Was hatten wir getan? Schließlich war dieser Ausbruch von Abneigung und Zorn gegen etwas anderes gerichtet als die Person von Mr. Nixon.

Nochmals wandten wir für eine kurze Zeit unsere Aufmerksamkeit der ernsten Frage zu, was falsch gelaufen war. Nochmals begann die Gemütsforschung, und wiederum dauerte es nicht lange. Wir fanden eine leichte Beruhigung in dem selbstgefälligen Glauben, daß nur eine Handvoll von Lateinamerikanern an den Ausschreitungen teilgenommen hatten und daß sie entweder Kommunisten oder kommunistische Anhänger waren. Erneut verbreitete sich die gleiche apathische Gleichgültigkeit von der Regierung auf das Volk. Wiederum wich Lateinamerika von den Frontseiten auf die letzten Seiten zurück.

Jetzt ist es wieder passiert. Wir wachen eines Morgens auf und finden, daß fremde Hände in einem Nahost-Land die Kontrolle haben, von dem wir glaubten, daß es das zuverlässigste sei, so zuverlässig, daß wir es ermutigt hatten, sich einem befreundeten Militärpakt anzuschließen. Sein König, der uns als guter und fortschrittlicher Mensch geschildert wurde, lebt nicht mehr. Wir sehen uns neuen Herrschern im Irak gegenüber, die trotz der Hunderte von Millionen, die wir für Nachrichtengruppen ausgegeben haben, für uns unbekannte Größen sind. Wir wußten kaum, ob wir sie an unser Herz drücken oder sie der gleichen Vergessenheit überantworten sollten, der wir die chinesischen Kommunisten ausgeliefert haben, in dem naiven Glauben, daß sie irgendwie verschwinden würden, wenn wir ihre Existenz nicht anerkennen. Am nächsten Morgen finden wir, daß unsere Marinesoldaten im Libanon gelandet sind. Es bedurfte dieses Schocks, Herr Präsident, um unsere irrende Aufmerksamkeit erneut auf die äußerst gefährlichen Zustände zu lenken, die in der Welt herrschen, in der wir leben. Wie lange wird unsere flüchtige Wachheit diesmal dauern, Herr Präsident, bevor sie wieder verschwindet? Es wäre vielleicht gut für uns, wenn wir uns fragten, wo der nächste Schock fällig ist? Eines ist sicher: Wenn wir so weitermachen wie bisher, erwarten uns in nicht allzu ferner Zukunft weitere Schocks in vielen Teilen der Welt. Wenn wir so weitermachen wie bisher — auf die Art, wie eine Katze über ein heißes Blechdach läuft — werden wir von einer Krise zur anderen taumeln, und zwar über den ganzen Erdball, ohne daß wir unsere Füße wieder fest auf die Erde bekommen. Wir werden nicht einmal für einen weiteren Augenblick der Teilnahmslosigkeit Zeit haben, bevor wir uns einem unsagbaren Desaster gegenübersehen. Schlimmstenfalls wird es das Desaster eines Krieges sein, für dessen Verhinderung wir in den vergangenen zehn Jahren angeblich alles aufgeboten haben. Bestenfalls werden wir uns dem Desaster einer Isolierung dieses Landes von vernünftigen und wesentlichen Beziehungen mit großen Teilen der Welt gegenübersehen. Wir können sehr wohl — wie das bereits in China und in der sowjetischen Sphäre der Fall ist — in großen Teilen Asiens und Afrikas sowie in Latein-Amerika und vielleicht sogar in Europa persona non grata sein. Darin liegt eine Ironie, Herr Präsident. Jahrzehntelang haben wir versucht, uns von der übrigen Welt abzuschließen. Wir haben diesen Kurs verlassen, nur um jetzt zunehmend feststellen zu müssen, daß die übrige Welt sich von uns isolieren will.

Es ist Zeit, Herr Präsident, daß wir uns selbst einige sehr tiefschürfende Fragen stellen. Denken wir für einen Augenblick darüber nach. Dieses Land ging aus dem zweiten Weltkrieg auf einer unvergleichlichen Höhe der Weltmacht des Einflusses hervor. Der

größte Teil der Welt war mit uns. Wir wurden von einem Ende der Erde zum anderen als die große Hoffnung der Menschheit angesehen. Selbst unsere früheren Feinde waren nach außen hin nicht unfreundlich. In der Tat ebenso wie im Wort standen wir für den Frieden, für Fortschritt und für die internationale Führung der Freiheit da. Dies war die Woge der Zukunft, nicht der Kommunismus, und keine Macht der Sowjetpropaganda war in der Lage, diese fast allgemeingültige Überzeugung zu erschüttern. Ich brauche den Senat kaum daran zu erinnern, daß diese Überzeugung ein Jahrzehnt später in großen Teilen der Welt verschwunden ist, und in manchen anderen ist sie schwer erschüttert. Die erste Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Warum sind wir abgerutscht? Ist es die sowjetische Propaganda, die für die Änderung verantwortlich ist? Liegt der Fehler in dem diabolischen Genie der Russen, Lügen zu verbreiten, die geglaubt werden, oder liegt es an uns selbst?

Eine Spruchweisheit, die ich vor einigen Tagen hörte, trifft in diesem Zusammenhang zu. Ein Mensch kann oftmals Mißerfolg haben, heißt dieses Sprichwort, aber er ist solange kein wirklicher Versager, bis er damit anfängt, anderen die Schuld zu geben. Ich nehme an, daß dies auch für Nationen gilt, Herr Präsident, und an diesem Punkt ist die Geschichte für die Regierung der Vereinigten Staaten schmerzhaft kennzeichnend. Alles, was verkehrt läuft, wird dem Kommunismus zur Last gelegt. Ich vermute, daß manche Schuld näher bei uns zu Hause liegt.

Wir können die Tatsache beklagen, daß die Russen ihre Heimarbeit gemacht und den Sputnik abgefeuert haben, aber wir sollten lieber auf unser eigenes Versäumnis schauen, größeren Nachdruck auf unseren wissenschaftlichen Fortschritt und geistige Errungenschaften zu legen. Wir können die Sowjetunion dafür beschimpfen, daß sie versucht, ihre Beziehungen zu Lateinamerika zu erweitern, oder wir können uns selbst dafür ansehen, die vorteilhafte Intimität, deren wir uns einst mit diesem Teil der Welt erfreuten, verloren zu haben.

Wir können die Sowjetunion dafür kritisieren, einen Halt im Nahen Osten zu suchen, oder wir können unseren eigenen Fehler untersuchen, keine Politik entwickelt zu haben, mit der wir die Zustimmung der Völker dieses Gebiets erringen könnten. Wir können den großen Einfluß der Sowjetunion in China bedauern, oder wir können uns selbst dafür anschauen, alle Kontakte mit dem chinesischen Volk abgeschnitten zu haben, indem wir die Gewohnheit des Vogels Strauss nachahmen. Wir können uns über die sowjetischen Anstrengungen zur Unterwühlung der Nato beschweren, oder wir können uns selbst fragen, warum wir den freien Völkern des Westens keine positive Führung gegeben haben. Wir können die Sowjetunion dafür beschimpfen, sich der Welt als Verteidiger der lebenswichtigen Interessen des einfachen Mannes am Frieden hinzustellen, oder wir können uns selbst für das Versäumnis ansehen, den Hoffnungen der Menschheit auf Frieden eine intelligente Führung zu geben.

Herr Präsident! Seit Jahren sind wir nun den leichten Weg gegangen. Wenn irgendetwas verkehrt läuft — sei es in China oder Nigerien — haben wir immer eine Antwort bereit: Die Sowjetunion steckt dahinter! Welches vollkommene Rezept für die Umgehung der Wirklichkeit und — wie ich hinzufügen möchte — welches nutzlose Rezept! Wenn es einen einzigen Faktor gibt, der mehr als jeder andere die Verlegenheit erklärt, in der wir uns befinden, dann ist es unsere Bereitwilligkeit, die Erscheinung des sowjetischen Kommunismus als Deckmantel für die Fehler unserer eigenen Führung zu benutzen. Die Sowjetunion ist tatsächlich unsere größte Bedrohung — nicht so sehr deswegen, was sie getan hat, sondern weil sie die Ausreden für unsere eigenen Unzulänglichkeiten abgegeben hat. Es wird mir erzählt, daß sogar jetzt noch die Führer der Regierung abends mit Auszügen aus der marxistischen Litanei zu Bett gehen, um ihre Gegner besser zu verstehen. Nun, Herr Präsident, ich habe nichts gegen diesen wissbegierigen Zeitvertreib. Ich meine jedoch, daß er nicht bis zum Punkt der Besessenheit verfolgt werden sollte. Er sollte nicht wie ein Heizkissen benutzt werden, um sich von dem kühlen Geschäft Linderung zu verschaffen, unsere eigene Politik zu untersuchen, im Hinblick auf die Beseitigung der Schwächen und Unzulänglichkeiten, die von den Kommunisten nur zu gern ausgebeutet werden.

Es gab vielleicht eine Zeit, als wir es uns leisten konnten, die kommunistischen Krücken zu benutzen, um uns der unangenehmen Aufgabe zu entziehen, unseren eigenen Unzulänglichkeiten ins Auge zu sehen. Wir hatten einen Überschuß an Macht und gutem Willen in

der ganzen Welt, der es uns ermöglichte, den Tag der Abrechnung hinauszuschieben. Wir haben diesen Überschuß nicht mehr. Jetzt müssen wir entweder uns selbst, unsere Politik und unsere Praktiken im Ausland mit der größten Genauigkeit ansehen, oder wir sehen uns den schwersten Konsequenzen gegenüber. Denjenigen, die immer noch in dem Glauben Trost suchen, daß alle unsere Schwierigkeiten auf die angeblich übermenschlichen Fähigkeiten der Russen zurückzuführen sind, kann ich nur sagen, was das für ein Unsinn ist. Sollen wir etwa zugeben, daß wir als Menschen weniger fähig, weniger klug und weniger talentiert als die Russen sind? Wenn das der Fall ist, dann vermachen wir ihnen lieber ohne weiteres Wehklagen die Welt und uns selbst dazu. Aber wenn wir ihnen als Menschen ebenbürtig sind und wenn die Ideologien, von denen wir zeugen, den ihrigen überlegen sind, wann werden wir im Namen des Himmels dann aufhören, uns hinter der Ausrede zu verstecken, daß sie für unsere Schwierigkeiten verantwortlich sind? Ich kann nicht glauben, daß die Russen irgendwie fähiger als andere Völker sind. Ich kann die offensichtliche Tatsache akzeptieren, daß sie härter auf die Weltherrschaft des Kommunismus hingearbeitet haben als wir auf die Ausbreitung der Freiheit. Ich bin ferner gezwungen, die Wahrscheinlichkeit in Betracht zu ziehen, daß ihnen die Unzulänglichkeiten unserer eigenen Politik geholfen haben, und mehr noch die Führung dieser Politik. Und ich darf hinzufügen, daß ich glaube, ihre Aufgabe ist immer leichter geworden, je schlechter diese Politik geworden ist.

Darum fordere ich den Senat auf, diese Scheuklappen zu beseitigen, diesen trostreichen Glauben, daß die Sowjetunion die einzige Quelle unserer Schwierigkeiten ist. Ich bitte den Senat, dies lange genug beiseitezustellen, um untersuchen zu können, was es ist, was wir selber tun, um die Stellung dieser Nation zu zerstören, die sie seit dem Ende des zweiten großen Konflikts in der Welt eingenommen hat. Wenn wir dies tun, haben wir vielleicht ein besseres Verständnis dafür, warum sich sogar jetzt die Falle rasch gegen uns schließt und warum wir allmählich zwischen der Aussicht auf einen katastrophalen Krieg und der erzwungenen Isolierung von der übrigen Welt verstrickt werden.

Ein wichtiger Faktor, der in diesen Prozeß verwickelt ist, ist es, daß wir aus Furcht vor der Teufelei des Kommunismus uns unterschiedslos in die Rolle des Verteidigers des status quo in der ganzen Welt begeben haben. Sehen Sie sich das Bild dieses Landes durch die Augen der übrigen Welt an! Hier stehen wir, eine Nation, die Jahrzehnte hindurch stolz auf ihre revolutionäre Tradition war, auf ihre Bereitwilligkeit zu experimentieren, die ausgedienten Traditionen eines vergangenen Zeitalters zu verlassen und zu neuen Horizonten vorzudringen. Wir Amerikaner stellten uns unsere Zivilisation als eine Bewegung, nicht als einen Zustand vor, als eine Reise, nicht als einen Hafen, wie ein bekannter Historiker es ausdrückte. Aber heute schrumpft diese dynamische Nation in den Augen der Welt vor der Erscheinung der Revolution zusammen. Hier erscheint eine Nation vor der Welt als das Hindernis für die Veränderung, zu einer Zeit, da die Welt sich in der Wallung eines umwälzenden Wechsels befindet.

Ich schreibe diese besondere Schwäche unserer Position nicht der gegenwärtigen Regierung zu. Ich vermute, daß die Wurzeln dieses furchtbaren Festhaltens am status quo zumindest bis zu der Zeit des Zusammenbruchs von National-China zurück geht. Es besteht die allgemeine Auffassung in diesem Land, Herr Präsident, daß die Hauptschwierigkeit unserer Politik gegenüber China darin liege, nicht genügend militärische oder sonstige Hilfe zur rechten Zeit gegeben zu haben; und daß wir uns nicht genügend mit der nationalistischen Regierung verbunden haben, um sie aufrechtzuerhalten. Ich fürchte, daß das Gegenteil der Fall sein kann, daß wir in dem Drang, den status quo in China aufrecht zu erhalten, zu viel gegeben haben und uns zu stark mit einer Regierung eingelassen haben, die es versäumt hat, die Forderungen ihres Volkes nach Veränderung zu erfüllen. Diese tragischen Ereignisse in China scheinen ein starres Muster festgelegt zu haben, das seitdem fast ununterbrochen befolgt worden ist. Allzu oft, wenn Völker anderswo versucht haben, ihre gottgegebenen Rechte gegen einen unerträglichen status quo zu behaupten, schienen wir auf der Seite derjenigen zu sein, die sich der Behauptung dieser Rechte widersetzten. Allzu oft fanden wir uns gegen jene eingenommen, die gegen Tyrannei und Korruption losschlagen wollten. Wir haben uns auf der Seite von Grundbesitzern befunden, die rücksichtslos ihre Landarbeiter ausbeuteten, und mit Militaristen verbündet, die ihre Völker „auf Vordermann" hielten.

Sehen wir uns die traurige Bilanz der letzten zehn Jahre an! Was zeigt sie? Sie zeigt, daß unterschiedslos Hilfe an Regierungen erteilt wurde, die den Bedürfnissen ihrer Völker dienen, und gleicherweise an jene, die dies nicht tun. Sie zeigt, daß Hilfe eifrig und verschwenderisch an Regierungen gegeben wurde, die ihren Anti-Kommunismus bekennen, obgleich ihre Völker mit gutem Grund von solchen Regierungen enttäuscht sein könnten. Gleichzeitig zeigt sie, daß Hilfe widerwillig — wenn überhaupt — an Regierungen gegeben wurde, die sich weigerten, anti-kommunistische Parolen nachzuplappern, die aber nichtsdestoweniger tiefe Wurzeln in ihren eigenen Völkern haben.

Das ist nicht alles, Herr Präsident. Wenn es um die Frage ging, Geld für anti-kommunistische Propaganda durch das lärmende Informations-Programm auszugeben, wurden zehnfach Millionen von Dollars willig und ohne viel kritisches Urteil ausgeschüttet. Aber wenn die Frage darum ging, Studenten oder die besten kulturellen Errungenschaften zwischen den Nationen auszutauschen, dann gab es viel Haarspalterei über Sparsamkeit und eine kärgliche Verteilung von Almosen. Für diese besondere Politik muß der Kongreß einen großen Teil der Verantwortung tragen.

Immer seit dem Ende des Marshall-Plans, wenn die Frage darum ging, dem verzweifelten Bedürfnis anderer Völker nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt entgegenzukommen, sind wir in unserer Haltung pfennigfuchserisch gewesen. Aber wenn die Frage um Hilfe für die militärischen Einrichtungen anderer Länder ging, hat die Hand tief und ohne Zögern in die Tasche des amerikanischen Volkes gegriffen. Wir haben die Völker der unterentwickelten Länder in großartigem Umfang mit den Zerstörungswaffen des Krieges ausgestattet, und sind geizig gewesen, ihnen die Waffen zum Kampf gegen ihre eigene Armut, wirtschaftliche Übel und innere Schwächen zur Verfügung zu stellen. Militärhilfe wurde im verschwenderischsten Umfang gewährt. Sehen Sie sich an, was jetzt im Irak geschehen ist! Die irakische Armee, die Empfängerin unserer Waffen war, hat die Regierung hinausgeworfen, die wir als die freundlichste und zuverlässigste der arabischen Staaten in ihrer Anhänglichkeit an den Westen ansahen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Waffe, mit welcher der unglückliche junge König ermordet wurde, mit den besten Absichten, aber mit der äußersten Kurzsichtigkeit unter dem militärischen Hilfsprogramm zur Verfügung gestellt worden ist.

Wie viele ähnliche Verschwörungen werden in anderen Armeen ausgeheckt, denen wir helfen, Herr Präsident? Es gibt Milliardenwerte an Waffen und militärischen Ausrüstungen, die in der Welt als Ergebnis dieser Hilfe herumschwimmen. Bevor diese Ausrüstung verrostet ist, bevor diese Vorräte erschöpft sind, fürchte ich, daß uns noch viele andere unangenehme Überraschungen nach dem Muster von Irak bevorstehen, von einem Ende des Globus zum anderen. Es ist auch nicht das erste Mal, daß diese plötzliche und unerwartete Verwendung militärischer Hilfe im Irak passierte. Wie viel von der Ausrüstung, die der Nationalistischen Regierung von China geliefert wurde, ist später von den Kommunisten benutzt worden, um Amerikaner in Korea zu töten? Werden wir niemals lernen, Herr Präsident? Wie viele weitere Amerikaner müssen durch unsere eigenen törichten Waffengeschenke an wankende Regierungen getötet werden, bevor wir lernen?

Herr Präsident, ich weiß, daß diese Regierung nicht allein für die Ecke verantwortlich ist, in die wir in unseren Beziehungen zu anderen Nationen unausweichlich getrieben werden. Während die Außenpolitik in diesem Lande grundsätzlich eine Funktion des Exekutivzweiges der Regierung ist, hat auch der Kongreß einen Anteil an der Verantwortung.

Während wir Fragen darüber stellen, wie die Vereinigten Staaten in ihre Weltverlegenheit gerieten, in der wir uns jetzt befinden, ziemt es uns im Kongreß, Herr Präsident, einen Blick auf unseren eigenen Anteil an diesem Prozeß zu werfen. Es ist milde ausgedrückt, wenn man sagt, daß der Kongreß in seinen außenpolitischen Maßnahmen nicht immer klug gewesen ist. Dies gilt besonders hinsichtlich der Geldzuweisungen. Wir sind, glaube ich, zu großzügig bezüglich der Militärhilfe und zu knauserig hinsichtlich wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten gewesen. Dies ist ein Spiegelbild zunächst von der kärglichen Einstellung, die der Kongreß häufig hinsichtlich Geldangelegenheiten einnimmt; und zweitens von dem Mangel an starker politischer Führung in der Regierung. Ich glaube nicht, daß mit dem ersten Faktor viel geschehen kann. Es ist ein natürliches Ergebnis der Tatsache, daß ein Zweig des Kongresses alle zwei Jahre lokalen Wählerschaften Rede und Antwort stehen muß, die von auswärtigen Kontakten weit entfernt sind. Aber die

Wirkung könnte durch starke, kluge politische Führung vom Weißen Haus überwunden werden, die in der Lage ist — wenn sie den Willen und das Wissen dazu hat — eine besser informierte öffentliche Meinung zu schaffen, ihren politischen Freunden zu helfen und ihren politischen Gegnern zu schaden.

Es ist leicht, Herr Präsident, eine starke, weitsichtige und kluge Exekutive als Heilmittel für unser Leiden zu verschreiben. Dieses Rezept zu erfüllen, ist eine andere Sache. Es gibt keine Drogerie an der Ecke, zu der man dieses Rezept hintragen kann! Und ich könnte hinzufügen, daß — wenn das Rezept für unsere Schwierigkeiten irgendwelche wesentlichen Änderungen im traditionellen verfassungsmäßigen Kongreß-System enthält — der Patient es nicht schlucken wird.

Ich weiß nicht, Herr Präsident, wohin wir unter der gegenwärtigen Führung dieses Landes gehen, die — wenn sie nicht schwach und planlos ist — dazu neigt, hitzig und willkürlich zu sein. Ich bezweifle, ob die Führung selbst es weiß. Ich weiß aber, daß — wenn es keine drastische, durchgreifende Revision unserer Außenpolitik und in der Ausführung dieser Außenpolitik gibt — wir weit ernsteren Schwierigkeiten entgegen gehen als diejenigen, in denen wir uns jetzt befinden. Offen gesagt, ich sehe nirgends am Horizont den Willen, das Verständnis, die Initiative oder die Phantasie, um die Revision herbeizuführen, die so dringend benötigt wird, um den Trieb zum Desaster anzuhalten. Ich sehe diese Charakteristika nicht; und doch sind sie wesentlich für eine friedliche Lösung der Situation im Nahen Osten. Sie sind wesentlich für die Aufrechterhaltung des engen Bündnisses zwischen den westlichen Nationen. Sie sind wesentlich für die Wiederherstellung gesunder nachbarlicher Beziehungen, deren wir uns einst mit Latein-Amerika erfreuten. Sie sind wesentlich für die Stabilität und das Wachstum freundschaftlicher Beziehungen zu den Nationen Asiens und Afrikas und zu einer Lösung der komplexen Probleme des Fernen Ostens.

Wenn wir diese Probleme lösen sollen, Herr Präsident, dann müssen wir aufhören, darüber in den Begriffen einer stereotypen Weltanschauung zu denken. Wir müssen die abgedroschenen Redensarten verlassen und alle unsere Annahmen neu überlegen. Eine der zentralen Fragen, die wir uns stellen müssen, ist, wie wünschen wir, daß die Welt in 5, 10 oder 25 Jahren von heute aussieht? Und bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir hartköpfig zwischen dem unterscheiden, was wirklich lebenswichtige nationale Interessen sind und was schön wäre, wenn wir es haben könnten.

Was ist zum Beispiel wirklich unsere Politik im Nahen Osten? Können wir mit der arabischen Einheit leben oder können wir es nicht? In diesem Zusammenhang sollten wir zu unserer eigenen Überzeugung die wirkliche Beziehung zwischen dem Pan-Arabismus und dem Kommunismus feststellen. Die Annahme, die von der Regierung aufgestellt wurde, daß N a s s e r nur ein Werkzeug des Kreml ist, sollte auf ihre Gültigkeit überprüft werden.

Wäre es nicht klug für uns, den Vorschlag zu erneuern, der zeitweilig bei mehreren Gelegenheiten vorgebracht wurde, eine regionale Entwicklungs-Behörde zu schaffen, die hauptsächlich unter der Leitung arabischer Führer steht und zumindest einen Teil ihrer Gelder von regionalen Quellen bezieht, zum Beispiel durch die Förderung oder den Transport von Erdöl?

Sollten wir nicht einer Politik der Neutralisierung des Gebiets sorgfältige und gründliche Erwägung schenken, mit Garantien von allen interessierten Parteien? Und als Folge davon, würde es nicht klug sein, die Verschiffung von Waffen in dieses Gebiet zu verbieten?

Die Regierung könnte sehr wohl die Gültigkeit der Konzeption des Bagdad-Pakts und der Eisenhower-Doktrin überprüfen. Wenn diese Vorschläge so wertlos sind, wie ich sie halte, ist es höchste Zeit, daß sie revidiert und verlassen werden. Ein frischer, neuer, unbefangener Blick sollte auf die verfehlte Politik gerichtet werden, der wir gefolgt sind und die uns in unseren gegenwärtigen Engpaß geführt hat.

Wo gehen wir im Nahen Osten hin? Dieses große Gebiet ist vorübergehend ruhig, aber auf keinen Fall friedlich. Was ist unsere Politik? Wir können nicht 600 Millionen Menschen auf dem Festland von China für immer ignorieren, aber was tun wir, um es zu ermöglichen, mit ihnen zu den bestmöglichen Bedingungen zu handeln?

Wenn irgend jemand in der Regierung diesen und vielen anderen ähnlichen Fragen, die ich nennen könnte, ernste, phantasievolle und unbefangene Gedanken auf einer vollberuflichen Grundlage widmet, dann habe ich es bisher nicht entdecken können. Und doch gibt es fähige Leute im Privatleben im ganzen Lande, die über diese Fragen nachdenken und — wie ich hoffe — damit beginnen, einige Antworten zu formulieren.

Ich wünschte, die Regierung würde von diesen Leuten mehr Gebrauch machen. Auf jeden Fall hoffe ich, daß der Senat Vorteile aus dieser besonderen Befähigung ziehen kann.

Das ist ein Grund, Herr Präsident, warum ich der bevorstehenden Studie der Außenpolitik durch das Komitee für Auswärtige Beziehungen so viel Wichtigkeit beimesse. Ich weigere mich zu glauben, daß das amerikanische Volk jede Fertigkeit zu schöpferischem, ursprünglichem Denken verloren hat.

Ich gebe nicht vor, daß es Antworten für alle unsere Probleme gibt. Manche Schwierigkeiten in menschlichen Angelegenheiten sind unlösbar. Wenn sich dies für unsere gegenwärtige Situation erweist, dann sollten wir lieber nach Mitteln und Wegen suchen, um uns mit dieser Tatsache abzufinden.

Aber laßt uns, Herr Präsident, zumindest versuchen, zusammenhängende, realistische und wohldurchdachte Ziele zu entwickeln und eine durchführbare Politik, um sie zu erreichen."

Wortlaut der Ausführungen von N. S. Chrustschow auf der Pressekonferenz am 27. November 1958

A. A. Gromyko: Gestatten Sie mir, die Pressekonferenz zu eröffnen. Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Nikita S. Chrustschow, hat das Wort:

N. S. Chrustschow: Ich bat den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, bevor die Texte unserer Noten, die heute an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands, Frankreichs, der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zur Berliner Frage ergangen sind, zur Veröffentlichung übergeben werden, den Pressekorrespondenten diese Dokumente zur Kenntnis zu bringen, damit sie nach Einsichtnahme in die Noten der Sowjetregierung, die sie interessierenden Fragen vorbereiten und diese stellen können.

Frage des Korrespondenten der „Prawda", P. Naumow: Warum hat die Sowjetregierung gerade jetzt beschlossen, für die Aufhebung des Besatzungsstatuts von Berlin einzutreten? Welches Ziel verfolgen die Schritte der Sowjetregierung, die auf eine Veränderung der Lage Westberlins gerichtet sind?

N. S. Chrustschow: Ich werde mich bemühen, auf diese Frage Antwort zu geben. Sie fragen, warum die Frage der Aufhebung des Besatzungsstatuts von Berlin aufgekommen ist und warum es gerade jetzt notwendig ist, diese Frage zu lösen? Das erklärt sich damit, daß sich bestimmte Beziehungen zwischen den Großmächten, oder wie man sich in der Presse auszudrücken pflegt, zwischen West und Ost herausgebildet haben.

Wir haben viele Schritte unternommen, um die Spannungen in den internationalen Beziehungen zu mindern, um die Voraussetzungen zur Beseitigung dieser Spannungen, zur Anbahnung normaler Beziehungen zwischen den Ländern zu schaffen, eine friedliche Koexistenz zu gewährleisten, auf friedlichem Wege die aufkommenden Meinungsverschiedenheiten zu beheben, ohne es zu Konflikten kommen zu lassen. Wir trafen nicht wenig Maßnahmen, um die Wege zu finden zur Lösung dieser Aufgabe, d. h. zur Schaffung einer normalen Lage in der ganzen Welt und vor allem in Europa, zur Sicherung des gegenseitigen Verständnisses und des Friedens zwischen den Ländern, die gegen das faschistische Deutschland Krieg geführt haben. Seit dem Krieg ist Zeit genug vergangen — schon mehr als 13 Jahre.

Das Hindernis, das dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Wege steht, wie es die Vertreter der Westmächte erklären und worauf Westdeutschland ganz besonders besteht, liegt darin, daß sie nicht gewillt sind, die reale Wirklichkeit anzuerkennen.

Die reale Wirklichkeit aber besteht im folgenden: Es existieren jetzt zwei deutsche Staaten: die Bundesrepublik Deutschland, die auf privatkapitalistischer Grundlage beruht, und die Deutsche Demokratische Republik, die auf sozialistischer Grundlage, in sozialistischer Richtung wächst und sich entwickelt.

Erkennt man diesen Grund an, auf den man sich im Westen oft als auf einen triftigen Grund beruft, so muß man diese Lage auf immer verewigen. Die Deutsche Demokratische Republik wird ja wohl kaum Herrn Adenauer und seine Regierung dazu überreden können, daß Westdeutschland in seiner staatlichen Tätigkeit eine sozialistische Richtung einschlage. Natürlich wäre das auch für die Deutschen der Deutschen Demokratischen Republik und für viele Deutsche Westdeutschlands wie auch für die gesamte fortschrittliche Menschheit wünschenswert, und wir als Kommunisten würden es sehr begrüßen.

Aber zu denken, daß Herr Adenauer und die herrschenden Kreise darauf eingehen werden — das hieße in Phantastereien zu verfallen. In Phantastereien aber verfallen gewisse Kreise in Westdeutschland, darunter bedauerlicherweise der Bundeskanzler, Herr Dr. Adenauer, und andere, die, wer weiß warum, darauf rechnen, eine solche Lage herbeiführen zu können, daß die Deutsche Demokratische Republik auf ihr sozialistisches System verzichte und ein kapitalistisches System annehme. Auf dieser Grundlage nämlich würde die „Wiedervereinigung" Deutschlands erfolgen, das heißt die Monopolkreise Westdeutschlands würden die Deutsche Demokratische Republik verschlingen und auf diese Weise ein einheitliches Deutschland, also auf jener sozialen Grundlage schaffen, auf der Westdeutschland besteht. Und erst dann würde es ihrer Ansicht nach möglich werden, einen Friedensvertrag zu schließen.

Sind aber diese Kalküle realistisch? Natürlich nicht! Sie gehören in das Reich der Phantasie, denn die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik werden niemals gewillt sein, den Ausbeutern und Monopolisten zuliebe ihre sozialen und politischen Errungenschaften aufzugeben.

Was soll also geschehen?

Man muß von realen Tatsachen ausgehen. Es existiert ein geteiltes Berlin, in dem das Besatzungsregime aufrechterhalten wird. Der Krieg ging vor mehr als 13 Jahren zu Ende. Ich glaube, jeder normale Mensch wird diese Lage für abnorm halten. Folglich muß man eine Lösung finden, die diese Abnormität aus der Welt schaffen würde, denn aus dem Bestehen des Besatzungsregimes ergibt sich heute nichts Positives.

Die Aufrechterhaltung dieser Lage wird nur für jene Seite vorteilhaft sein, die aggressive Ziele verfolgt. Für die Westmächte ist Westberlin ein bequemer Platz zur Durchführung einer aggressiven Politik gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Sowjetunion und die anderen Länder des sozialistischen Lagers. Infolge einer Politik der Westmächte, die Revanchestimmungen in Westdeutschland entfacht und zum Wiederaufleben faschistischer, reaktionärer Organisationen und Kräfte beiträgt, ist Westberlin gewissermaßen zu einem Krebsgeschwür geworden, und wenn man dieses nicht beseitigt, so droht eine Gefahr, die zu recht unerwünschten Folgen führen kann.

Darum haben wir denn auch beschlossen, einen chirurgischen Eingriff vorzunehmen, d. h. den Besatzungsstatus Berlins aufzuheben und solche Verhältnisse herbeizuführen, die zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den Großmächten, die seinerzeit der Antihitlerkoalition angehört hatten, beitragen würden.

Wir wollen eine normale Lage herbeiführen, normale Verhältnisse, unter denen die Beziehungen zwischen unseren Ländern so wären, wie sie während des Krieges gegen Hitlerdeutschland waren.

Wir sind überzeugt, daß alle Völker, die für die Beendigung des „kalten Krieges", für die Schaffung normaler Zustände in den Beziehungen zwischen den Ländern sind, die dafür sind, daß eine friedliche Koexistenz der Länder, unabhängig von ihrer Ordnung, gesichert wird, daß Reibungen und Konflikte zwischen den Ländern ausgeschaltet werden, daß all diese Menschen die Vorschläge der Sowjetunion über die Lösung der Berliner Frage begrüßen werden.

Hierbei verstehen wir sehr wohl: gewisse Kreise, die für die Fortsetzung des „kalten Krieges" sind, die dafür sind, daß Westberlin als ein Herd von Zwistigkeiten zur Entfachung eines heißen Krieges benutzt werde, diese Kreise werden natürlich betrübt sein und werden sich unseren friedlichen Vorschlägen widersetzen. Wir sind aber überzeugt, daß diese Menschen auf der Welt eine Minderheit bilden. Die überwältigende Mehrzahl

der Menschen wünscht Frieden in der ganzen Welt, und daher hoffen wir auf die Unterstützung dieser Menschen.

Frage des Korrespondenten der „United Press-International", Shapiro: Wäre es richtig, aus der Note der Sowjetregierung den Schluß zu ziehen, daß die Sowjetunion im Laufe eines halben Jahres keinerlei Maßnahmen, die die jetzt in Berlin bestehende Ordnung verändern, durchführen wird?

N. S. Chrustschow: Meiner Ansicht nach ziehen Sie mit Recht den Schluß, daß wir im Laufe der angegebenen Frist, d. h. im Laufe von 6 Monaten, die in Berlin bereits entstandenen Verhältnisse nicht ändern werden, obwohl wie sie für anomal halten. Doch auch anomale Verhältnisse möchten wir auf normalem Wege, d. h. auf dem Wege der Verständigung, verändern.

Wir wollen nicht bei der Beendigung der anomalen Lage eine Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den Völkern hervorrufen. Wir wollen auf dem Wege der Verständigung normale Verhältnisse herbeiführen, die zur Entwicklung einer freundschaftlichen Atmosphäre in den Beziehungen zwischen allen Staaten beitragen würden.

Das sage ich natürlich mit einem Vorbehalt: Wir werden im Laufe der angegebenen Frist die durch das Besatzungsregime geschaffenen Normen einhalten, vorausgesetzt, daß die anderen Länder keine provokatorischen Schritte unternehmen, die die Sache des Friedens bedrohen.

Frage des Korrespondenten des „France Press", K. Sarneko: Bekanntlich ist Berlin die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Warum wird dessenungeachtet vorgeschlagen, dem westlichen Teil Berlins den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu gewährleisten?

N. S. Chrustschow: Diese Frage wird mit Recht gestellt. In der Tat, geht man von den Thesen aus, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergeben, so ist es jedermann klar, daß Berlin sich auf dem Territorium jenes Teiles Deutschlands befindet, auf dem die Deutsche Demokratische Republik geschaffen wurde und sich entwickelt. Daher wäre es die richtigste Lösung, wenn der westliche Teil Berlins, der jetzt faktisch von der Deutschen Demokratischen Republik losgetrennt ist, sich mit seinem östlichen Teil vereinigen würde. Dann würde Berlin zu einer einheitlichen Stadt im Rahmen des Staates, auf dessen Territorium es sich befindet.

Seit Beendigung des Krieges und seit dem Abschluß des Potsdamer Abkommens sind 13 Jahre vergangen. Während dieser Zeit wurden unterschiedliche Richtungen in der Entwicklung der Wirtschaft und in der Staatsordnung in Westberlin und in Ostberlin, in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik eingeschlagen.

Vereinigt man zwei ihrer Zusammensetzung nach ganz verschiedenartige Flüssigkeiten mechanisch in einem Gefäß, so vollzieht sich, wie es in der Chemie heißt, eine bestimmte Reaktion. Wir aber wollen, daß die Lösung der Berliner Frage auf einer Grundlage erzielt werde, die keine stürmische Reaktion hervorrufen würde.

Wir wollen auf Grund der entstandenen realen Verhältnisse an die Lösung dieser Frage herangehen. Und das beste, das realistischste Herangehen an die Lösung der Berliner Frage ist die Anerkennung der Tatsache, daß zwei deutsche Staaten existieren, die Anerkennung der unterschiedlichen Systeme, die in diesen Staaten bestehen.

Davon ausgehend, wäre es am besten, für den westlichen Teil Berlins die Verhältnisse einer Freien Stadt mit eigener Regierung, mit eigenem sozialen und staatlichen System zu schaffen.

Wir glauben, daß man unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf der Grundlage dieser realistischen Einstellung die richtige Lösung der Berliner Frage finden und jenes Krebsgeschwür, zu dem Westberlin jetzt geworden ist, schmerzlos beseitigen kann.

Wir wollen normale Voraussetzungen zur Lösung dieses Problems schaffen, damit die Menschen, die in Westberlin leben und unterschiedliche Ansichten und Überzeugungen haben, nicht gezwungen werden, gegen ihren Willen ein System zu akzeptieren, das ihnen nicht gefällt.

Wir schätzen die Haltung der Deutschen Demokratischen Republik, deren Regierung unsere Vorschläge richtig verstanden hat und sie unterstützt. Diese Haltung schätzen wir, denn sie zeugt vom tiefen Verständnis der Regierung der DDR für die Interessen der Festigung des Friedens und der Wiedervereinigung ihres Landes. Die Regierung der DDR unterstützt diese Maßnahmen hinsichtlich des westlichen Teiles Berlins im Interesse

des Friedens und der Lösung des deutschen Problems und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Schritt als ein guter Präzedenzfall zur Lösung auch anderer strittiger Fragen dienen könnte. Ich glaube, daß alle Menschen, die sich für die Interessen der Sicherung des Friedens einsetzen, diesen Schritt richtig verstehen und ihn billigen werden. Dieser Schritt kann zur Lösung der Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, der Herstellung von Kontakten zwischen den beiden Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik — beitragen.

Frage des Korrespondenten der TASS, Gerassimow: In der westlichen Presse wird behauptet, daß die von der Sowjetregierung ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Beseitigung der Überreste des Besatzungsregimes in Berlin zu einer Verschlechterung der Wirtschaftslage der Stadt und ihrer Einwohner führen könnten. Besteht denn irgendwelche Veranlassung zu solchen Behauptungen?

N. S. Chrustschow: Unsere Vorschläge enthalten, wie ich glaube, die Antwort auf diese Frage. Wir haben erklärt, daß die Sowjetunion die volle Auslastung der Industriebetriebe Westberlins sichern wird. Die Sowjetunion übernimmt auch die Verpflichtung, die Einwohner Westberlins voll und ganz mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Natürlich wollen wir das eine wie das andere auf kommerzieller Grundlage tun. Die Möglichkeiten, die die Sowjetunion besitzt, rufen, wie ich glaube, bei niemandem Zweifel hervor. Die Arbeiter und Unternehmer in Westberlin könnten eine für die Berliner Bevölkerung vorteilhafte Tätigkeit entwickeln. Das wird nicht nur nicht zu einem Sinken des Lebensstandards führen, im Gegenteil, es wird einen höheren Beschäftigungsgrad der Bevölkerung sichern und die Voraussetzungen zur Hebung des Lebensstandards schaffen.

Hegt jemand Zweifel und Besorgnisse in dieser Hinsicht, so muß man sagen, daß diese jeder Grundlage entbehren.

Frage des Korrespondenten der „Iswestija", W. Kudrjawzew: Wie kann man die Erklärung gewisser Politiker der Bundesrepublik Deutschland beurteilen, die sich für die Erhaltung der bestehenden Lage in Berlin einsetzen?

N. S. Chrustschow: Ich glaube, daß ich auf diese Frage zum Teil schon geantwortet habe. Die Politiker und Staatsmänner, die auf der Erhaltung der bisherigen Lage in Berlin bestehen, bestehen auch auf der Erhaltung der anomalen Verhältnisse, die sich in Europa und in der ganzen Welt herausgebildet haben. In den internationalen Beziehungen sind heute Spannungen vorhanden. Auf der Erhaltung der Quelle, der diese Spannungen entspringen, zu bestehen, das bedeutet nicht auf die Beseitigung der internationalen Spannungen hinzuwirken, sondern sie zu verewigen. Jede Spannung in den Beziehungen kann jedoch eine Überspannung hervorrufen, das aber kann in Anbetracht des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der Rüstungen zu recht traurigen Folgen für die Menschheit führen.

Darum muß man die Quelle beseitigen, die die Spannungen hervorruft, darum muß man normale Verhältnisse schaffen, damit die Menschen ruhig schlafen können und damit ihnen nicht die Gefahr des Ausbruches eines neuen Krieges droht, eines Krieges, wo Atom- und Wasserstoffwaffen sprechen werden. Bei den Menschen, die auf der Aufrechterhaltung der anomalen Lage bestehen, fragt man mit Recht: Sind diese Menschen normal?

Frage des Korrespondenten der Reuteragentur, V. Buist: Welche Garantien gibt die Sowjetregierung hinsichtlich Westberlins als einer Freien Stadt? Wird sich die Politik der Sowjetregierung in der Berliner Frage ändern, falls Westdeutschland sein Neuaufrüstungsprogramm aufgeben wird?

N. S. Chrustschow: Die Erklärungen der Sowjetregierung, alle unsere Dokumente geben in dieser Hinsicht volle Garantie. Wir werden alles tun, um die Freie Stadt aufrechtzuerhalten und zu unterstützen, Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu sichern, damit sie sich entwickelt gemäß dem Wunsch der eigenen Bevölkerung.

Würden auch die anderen Länder eine solche Lage anerkennen oder sich zur Unterzeichnung eines gemeinsamen Dokuments einverstanden erklären und, wenn nötig, es durch einen Beschluß der Organisation der Vereinten Nationen festlegen, so wären wir damit einverstanden.

Sie fragen, ob sich die Politik der Sowjetregierung in der Berliner Frage ändern würde, falls Westdeutschland sein Neuaufrüstungsprogramm aufgeben würde. Nein, sie wird sich nicht ändern. Man muß berücksichtigen, daß Deutschland laut Potsdamer Abkommen

nicht bewaffnet werden darf. Darum darf man den Verzicht Westdeutschlands auf das Neuaufrüstungsprogramm nicht als ein Zugeständnis in Beantwortung eines anderen Zugeständnisses betrachten. Das sind verschiedene Dinge, das ist nicht gleichwertig.

Wird Westdeutschland erklären, daß es sich nicht bewaffnen wird, und wird dabei das Besatzungsregime Berlins erhalten bleiben, so wird die Quelle der Spannungen und der Konflikte nicht beseitigt sein. Sie wird dann nach wie vor bestehen bleiben.

Darum muß man diese anomale Lage beseitigen. Es wäre sehr vernünftig, wenn Westdeutschland nicht aufrüsten würde, und noch vernünftiger wäre es, wenn die anderen Länder, die in Ost- und Westdeutschland Streitkräfte haben, ihre Truppen abziehen würden; das haben wir wiederholt erklärt. Die Abschaffung des Besatzungsregimes in Berlin und die Schaffung einer Freien Stadt im westlichen Teil Berlins würde zur Lösung der Frage des Abzuges der Truppen aus Deutschland und auch zur Lösung des Abrüstungsproblems beitragen.

Frage des Korrespondenten der ADN (DDR), H. Leonhardt: Welche Schritte und Maßnahmen wären Ihrer Ansicht nach erwünscht, damit sich die Veränderungen in der Lage Berlins normal und ohne Schwierigkeiten vollziehen könnten?

N. S. Chrustschow: Wir wünschen, daß diese Maßnahmen ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden. Würden die Länder, an die wir uns wenden, nach Erhalt unserer Vorschläge darauf antworten, daß sie diese Vorschläge begrüßen und, wenn nötig, zu einer Zusammenkunft zur Unterzeichnung der entsprechenden Dokumente bereit sind, so wäre es das Vernünftigste. Ich bin überzeugt, daß diese Haltung von allen Menschen gebilligt würde, die für den Frieden in der ganzen Welt eintreten.

Wir erwarten zwar nicht, daß unser Vorschlag überall begrüßt wird, aber wir sind fest überzeugt, daß man unsern Vorschlag richtig beuteilen und als einen den Interessen des Friedens und der Sicherheit der Völker entsprechenden Vorschlag auffassen wird.

Die Berliner Frage ist langwieriger Natur, und daher geben wir auch eine sechsmonatige Frist, damit während dieser Zeit alles gut und allseitig überlegt wird, die Frage von Grund auf gelöst und dieser gefährliche Herd beseitigt wird.

Frage der Korrespondenten der ungarischen Telegraphenagentur, der Zeitung „Nepszabadsag" und des ungarischen Rundfunks, I. Kulcsar, C. Kiss und I. Szabo: Welche Maßnahmen beabsichtigt die Sowjetregierung zu ergreifen, falls die Westmächte auf den Status einer Freien Stadt Berlin nicht eingehen werden?

N. S. Chrustschow: Es wäre sehr unerfreulich, wenn die Regierungen, die es betrifft und an die wir uns wenden, mit unseren Vorschlägen nicht einverstanden wären. Sollte aber diese unerwünschte Erscheinung eintreten, so wird uns das nicht abhalten. Nach Ablauf der Frist werden wir unsere Vorschläge, die in unseren Dokumenten dargelegt sind, durchführen. Warum wir diesen Entschluß gefaßt haben, darüber werde ich mich jetzt nicht verbreiten, denn die Beweggründe sind in den Dokumenten der Sowjetregierung ziemlich ausführlich dargelegt.

Frage des Korrespondenten der DPA (Bundesrepublik Deutschland), B. Nielsen-Stokkeby: Wie wird sich die Sowjetregierung verhalten, falls die Regierung der USA den Vorschlag über den Status Berlins als einer Freien Stadt nicht annehmen wird und falls sie auch ablehnen wird, ihre Truppen aus Berlin abzuziehen und sich nicht zu irgendwelchen Verhandlungen mit der Regierung der DDR verstehen wird?

N. S. Chrustschow: Wir werden es natürlich bedauern, wenn die USA unseren Vorschlag nicht annehmen werden. Das würde uns aber, wie ich bereits gesagt habe, nicht von der Verwirklichung unserer Vorschläge abhalten. Wir haben keinen anderen Ausweg. Als die Westmächte, das heißt die USA, England und Frankreich, die wichtigsten Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands verletzten und die Bundesrepublik Deutschland bewaffneten, protestierten wir dagegen. Man nahm aber keine Rücksicht auf uns, und man fährt fort, den Militarismus wiederaufzurichten. Daher werden wir, falls unser Vorschlag über Westberlin nicht angenommen werden sollte, so handeln müssen, wie die Westmächte gehandelt haben, die die in Potsdam übernommenen Verpflichtungen und die anderen Verpflichtungen, die sich aus den Resultaten der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands ergeben, beiseite gelegt haben.

Frage des Korrespondenten der englischen Zeitung „Daily Worker", S. Russel: Was will in Anbetracht der Tatsache, daß verschiedene Spionageorganisationen und Sender,

die in Westberlin Wühlarbeit treiben, viele Menschen mit Arbeit versorgen, die Sowjetregierung vorschlagen, damit diese Menschen nicht arbeitslos werden?

(Heiterkeit)

N. S. Chrustschow: Diesen Leuten könnte man offenbar bloß empehlen, sich umzuschulen (Heiterkeit), d. h. das Lügen und die Spionage aufzugeben und einer für die Völker nützlichen Arbeit nachzugehen. Und sollte jemand von denen arbeitslos werden, so werde ich ihnen keine Anteilnahme bezeugen. (Bewegung im Saal.)

Frage des Korrespondenten der französischen Zeitung „Le Monde", M. Tatu: Herr Vorsitzender, Sie sagten, daß Westberlin der Deutschen Demokratischen Republik angehört. Bedeutet es, daß dieser Status Westberlins nach Ansicht der Sowjetregierung ein provisorischer Status sein wird und daß die Sowjetregierung in der nächsten Etappe die Einbeziehung Westberlins in die Deutsche Demokratische Republik vorschlagen wird?

N. S. Chrustschow: Ich habe Ihre Frage verstanden und antworte darauf. Wir glauben nicht, daß es eine provisorische Anerkennung oder ein provisorisches Opfer seitens der Deutschen Demokratischen Republik ist. Wir glauben, daß die Lage Westberlins als einer Freien Stadt bestehen wird, solange die Einwohner der Freien Stadt Berlin es wünschen werden; sie werden selber die Zustände einführen, die sie wünschen.

Frage des Korrespondenten der Zeitung „Die Welt", Schewe: Wird, falls Westberlin den Status einer Freien Stadt gewährt wird, ein freier Korridor als Zugang zu dieser Stadt seitens Westdeutschland festgelegt werden, etwa so wie seinerzeit ein Korridor für die Freie Stadt Danzig festgelegt war?

N. S. Chrustschow: Das sind Einzelheiten, über die sich zu äußern schwierig ist. Jedoch glaube ich, daß der Freien Stadt Berlin unbedingt die Garantie für einen ungehinderten Verkehr sowohl in östlicher als in westlicher Richtung gewährt werden muß. In unseren Vorschlägen ist das vorgesehen.

Frage des Korrespondenten der amerikanischen Zeitung „New York Times", Frankel: In der sowjetischen Note an die Regierung der USA ist gesagt, daß, falls die in dem Dokument dargelegten Vorschläge für die Regierung der USA nicht annehmbar sein werden, für Verhandlungen der ehemaligen Besatzungsmächte über die Berliner Frage kein Gegenstand bleiben wird. Ist das so zu verstehen, daß, falls die Regierung der USA mit den im sowjetischen Dokument dargelegten Vorschlägen nicht einverstanden sein wird, die Sowjetregierung nicht interessiert sein wird an der Prüfung irgend welcher anderer Vorschläge zur Berliner Frage?

N. S. Chrustschow: Sehen Sie mal, das hängt davon ab, womit die USA nicht einverstanden sein werden. Werden sie die in unserem Dokument aufgeworfene Frage in ihrer Gesamtheit ablehnen, so wird tatsächlich kein Gegenstand für Unterredungen über die Berliner Frage bleiben.

Sollte aber eine Präzisierung und Erörterung unserer Vorschläge erforderlich sein, so ist das meiner Ansicht nach durchaus zulässig und sogar notwendig. Daher werfen wir die Frage nicht ultimativ auf, sondern wir schlagen eine sechsmontige Frist zu ihrer allseitigen Erörterung, für Zusammenkünfte mit Vertretern der Westmächte vor, um die Vorschläge der Sowjetregierung zu prüfen, falls die Westmächte Bereitschaft zur Prüfung dieser Frage zeigen werden.

Der Korrespondent der Zeitung „Süddeutsche Zeitung", Steinmayer: Es wurde gesagt, daß die sowjetischen Vorschläge hinsichtlich Berlins auf eine lange Frist berechnet sind. Ist damit gemeint, daß sie ungefähr für die Zeit berechnet sind, in der zwei deutsche Staaten existieren werden?

N. S. Chrustschow: Falls sich die beiden deutschen Staaten über die Wiedervereinigung einig werden, so wird dann offenbar die Frage der Aufhebung des Status der Freien Stadt entschieden sein, denn Deutschland wird wiedervereinigt sein, und auf den Wunsch des deutschen Volkes wird Berlin gewiß zur Hauptstadt des geeinten deutschen Staates werden.

Der Korrespondent der amerikanischen Zeitung „New York Herald Tribune", T. Lambert: Ist die sowjetische Note als Kündigung des Potsdamer Abkommens zu betrachten?

N. S. Chrustschow: Was glauben Sie: Wird das Potsdamer Abkommen jetzt befolgt? (Heiterkeit im Saal.)

T. Lambert: Manche glauben es (Heiterkeit im Saal).

N. S. Chrustschow: Die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs haben das Potsdamer Abkommen gröblich verletzt, seine Einhaltung torpediert, und zugleich klammern sie sich an einen Teil dieses Abkommens, um die Okkupation Berlins irgendwie zu verlängern. Die anderen Teilnehmer des Krieges gegen Hitlerdeutschland glauben, daß die Westmächte, nachdem sie die Durchführung verschiedener wichtiger Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vereitelten, das Recht verloren haben, in Berlin zu bleiben. Wie Sie wissen, vertreten wir diesen Standpunkt.

An die Korrespondenten gewandt, fragt N. S. Chrustschow: Wollen Sie noch Fragen an mich richten oder nicht? Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, den Anforderungen der hier anwesenden Pressevertreter gerecht zu werden.

Ich möchte, daß der Schritt der Sowjetregierung hinsichtlich Berlin richtig verstanden werde. Wie bereits gesagt wurde, ist dieser Schritt darauf gerichtet, den Herd der Spannungen zu beseitigen, eine Entspannung in der Welt herbeizuführen, normale Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz und einen friedlichen Wettbewerb zu schaffen. Das ist ein interessantes Gebiet, das der Tätigkeit zum Wohle der Völker ein weites Feld öffnet. Dieses Ziel verfolgte die Sowjetregierung denn auch, als sie ihre Vorschläge zur Berliner Frage machte. Ich fordere Sie auf, uns bei diesem edlen Beginnen zu helfen.

Ich las heute die Rede des Vizepräsidenten der USA, Herrn Nixon, in London. Und wohl zum ersten Mal kann ich sagen, daß ich mit dem Schlußteil seiner Rede, in der er vom friedlichen Wettbewerb sprach, einverstanden bin. Das ist eine seltene Erscheinung. Nixon hat am Ende seiner Rede in London erklärt, daß wir endlich zum wirtschaftlichen Wettbewerb übergehen müssen. Er sagte: Unser Hauptziel soll nicht eine Niederlage des Kommunismus sein, sondern der Sieg des Überflusses über die Not, der Sieg der Gesundheit über die Krankheiten, der Freiheit über die Tyrannei.

Ich begrüße diese Erklärung. Würde Herr Nixon für seine zukünftigen Reden diesen Ton anschlagen, würden es auch die anderen Staatsmänner der USA, Englands, Frankreichs und Westdeutschlands befolgen, so würden wir das begrüßen.

Man kann nicht umhin, die neuen Töne in der Stimme Herrn Nixons festzustellen; der letzte Teil seiner Rede atmet diesmal nicht den Hauch des Zerfalls durch Atomexplosionen, mit denen man den Völkern droht. Wir sind gegen das Wettrüsten, gegen die Gefahr eines neuen Krieges. Wir sind für einen friedlichen Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiet. Wollen wir doch wetteifern: Wer wen?

Herr Nixon spricht von der Bereitschaft, auf friedlichem Gebiet darum zu wetteifern, wer dem Volke den höheren Lebensstandard sichern wird, wer dem Volke die besseren Voraussetzungen für den Genuß der Segnungen der Kultur gewähren, wer dem Volke mehr Freiheit geben wird. Er erklärt die Bereitschaft,darum zu wetteifern, wer die besseren Voraussetzungen bieten wird, „die Tyrannei zu beseitigen". Wir und Herr Nixon haben verschiedene Begriffe von Tyrannei: Was er für Freiheit der Reichen zur Ausbeutung der Armen hält, das halten wir für Tyrannei; wir verbieten die Ausbeutung, und unsere Maßnahmen gegen die Ausbeuter hält er für Tyrannei. Das sind verschiedene Auffassungen.

Mögen aber sogar unterschiedliche Auffassungen von gewissen Begriffen und Ausdrücken bestehen, wichtig ist, daß unsere Bemühungen auf den friedlichen Wettbewerb gerichtet sind.

Zum Schluß sagte N. S. Chrustschow den Korrespondenten: Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Auf Wiedersehen!

Wortlaut des Schreibens von Kirchenpräsident D. Martin Niemöller an die Genfer Konferenz zur Einstellung der Versuche mit Kernwaffen

Mr. Virgie Moore, Leiter der Delegation der USA

Botschafter S. K. Tsarapkin, Leiter der Delegation der UdSSR

Genf (Schweiz)

Sehr geehrte Herren!

In diesen Wochen sind die Gedanken von vielen hundert Millionen Menschen täglich bei Ihnen in Ihren Verhandlungen über die Einstellung der Versuche mit Kernwaffen. Die Menschheit will diese Versuche beendet sehen, und zwar radikal, vollständig und sofort. Eine kommende Generation wird jegliches Hantieren mit diesen Vernichtungsmitteln in unserer Generation als ein Verbrechen an der Menschheit und als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit beurteilen. Die gleiche Erkenntnis setzt sich mit Riesenschritten in der gegenwärtig lebenden Generation durch. Deshalb haben Sie bei Ihren Verhandlungen nicht irgendwie geartete „Interessen" Ihrer Regierungen, sondern die Sache der Menschheit und der Menschlichkeit zu vertreten. Ungezählte Menschen beten darum, daß Sie sich der Größe Ihrer Aufgabe gewachsen und würdig zeigen möchten!

Wiesbaden, 1. Dezember 1958

Mit hochachtungsvollen Grüßen

gez. D. Niemöller

Kirchenpräsident

Rechtzeitig miteinander sprechen

Der englische Labour-Abgeordnete Richard Crossman schreibt am 17. November im „Daily Mirror": „Meiner Ansicht nach sollte unsere Antwort auf Chrustschows Berlin-Manöver nicht darin bestehen, es rundweg abzulehnen, sondern Dr. Adenauer zu ermutigen, mit den Ostdeutschen zu sprechen, in Beratung mit uns und auf unserer Linie. Wenn wir das nicht tun, werden solche Gespräche früher oder später sowieso stattfinden. Und eines schönen Tages werden wir aufwachen und feststellen, daß Deutschland als Teil eines Abkommens mit dem Osten die Nato verlassen hat."

Prof. Dr. F. J. Berber, München, übersandte uns die nachfolgende Zuschrift, die wir gern zum Abdruck bringen, da uns selbstverständlich daran liegt, die Tatsachen zu klären:

Berichtigung

In Heft 10/58 dieser Zeitschrift ist ein Aufsatz von Kurt Hirsch erschienen, in dem behauptet wird, Professor Berber habe die NSDAP-Mitgliedsnummer 78 799 gehabt. Diese Angabe ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß Professor Berber erst im Oktober 1938 in die NSDAP aufgenommen worden ist; seine Mitgliedsnummer befand sich entsprechend dem Zeitpunkt der Aufnahme hoch in den Millionen; die von der Universität bereits 1934 eingeleitete Berufung B.'s auf einen ordentlichen Lehrstuhl konnte wegen des Einspruchs der NSDAP erst 1940 vollzogen werden. Weiter wird behauptet, folgende Ausführungen stammten aus der Feder B.'s: „Die politische Hilflosigkeit Frankreichs hat ihre Ursache vor allem in der Verkommenheit seiner Rasse". Diese Frankreich beleidigende Äußerung ist von B. weder wörtlich noch sinngemäß jemals gemacht worden. Dagegen ist der in diesem Zusammenhang stehende Satz B.'s: „Deutschland ist bereit, die Tapferkeit der französischen Soldaten anzuerkennen", im Artikel Hirsch's ausgelassen.

München, den 26. 11. 1958

gez. Prof. Dr. F. Berber

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.